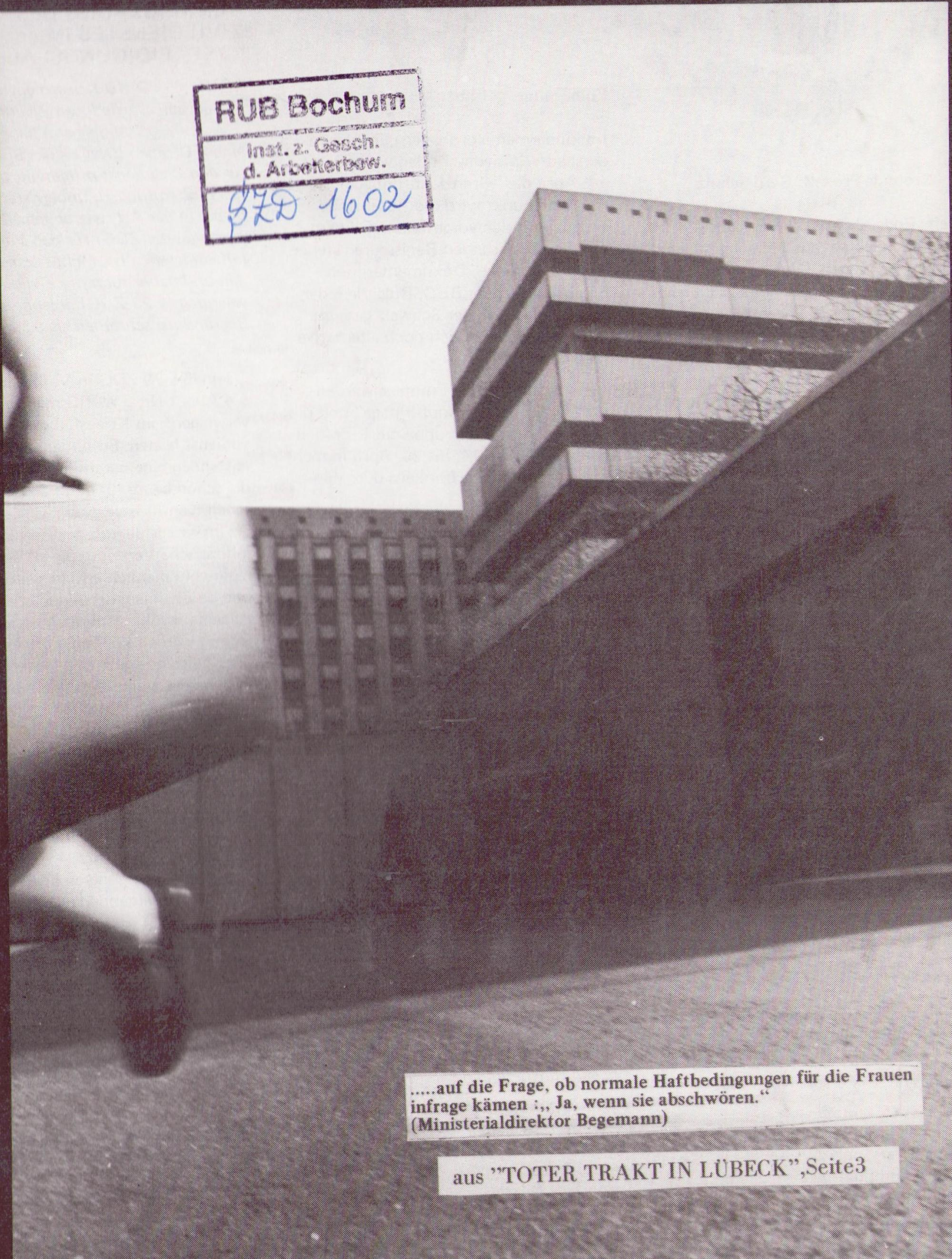
Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 322 22.Februar 1980 2,50 DM incl. 6,5% Mwst.

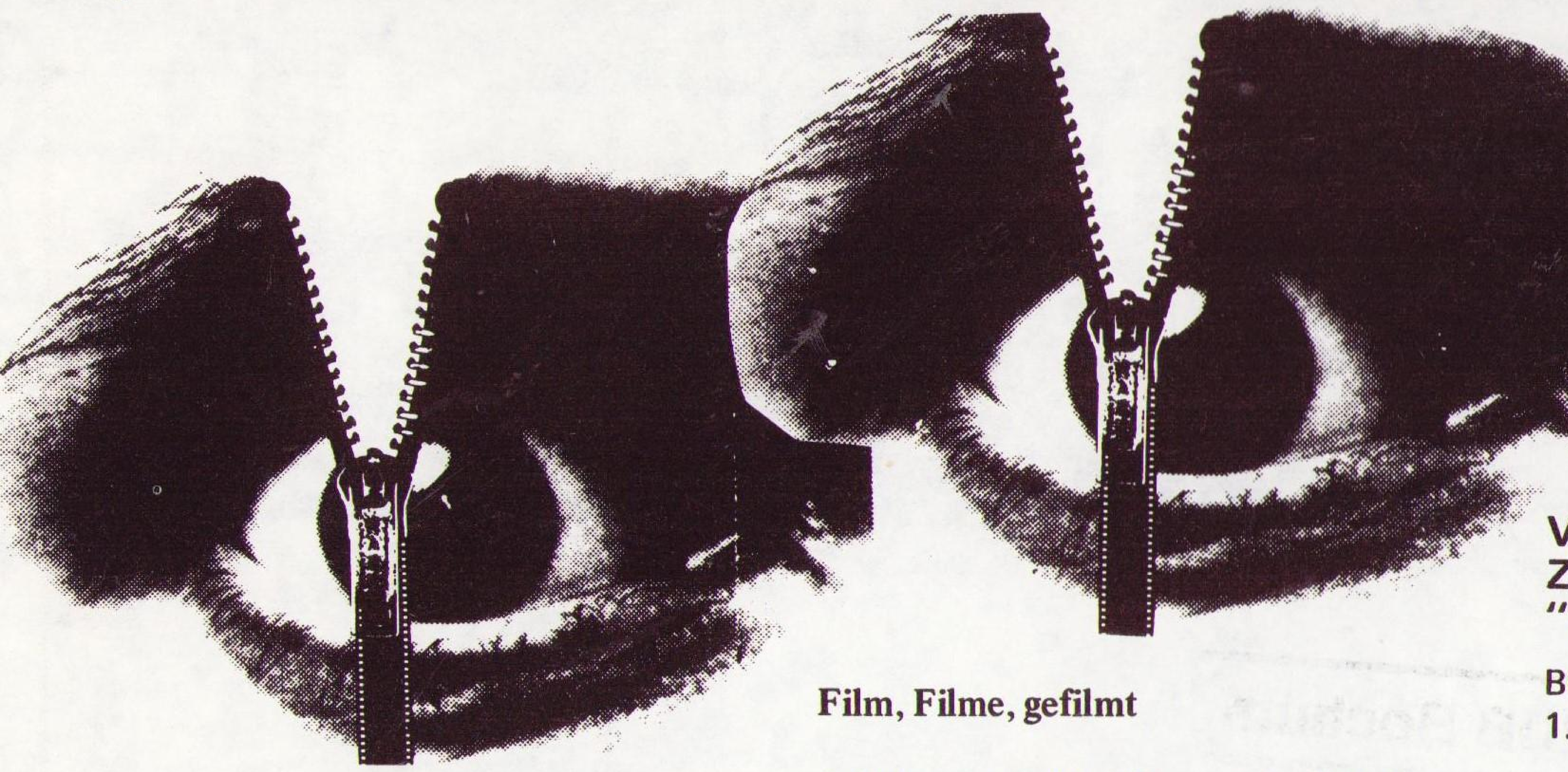
D 1870 CX

RUB Bochum
Inst. z. Gesch.
d. Arbeiterbew.
ZD 1602



.....auf die Frage, ob normale Haftbedingungen für die Frauen infrage kämen :,, Ja, wenn sie abschwören."
(Ministerialdirektor Begemann)

aus "TOTER TRAKT IN LÜBECK",Seite3



Titelfoto: MOSKITO

Grohnde-Prozeß: Gerd Schulz

Seit Ende Januar dieses Jahres sitzt Jerry Gerd Schulz aus Hameln in Hannover im Gefängnis. Zusammen mit einigen anderen AKW-Gegnern war er am 19.3.1977 auf der Demonstration gegen das AKW-Grohnde festgenommen und – wie Eso, Karl, Christian und Andreas – zu über einem Jahr ohne Bewährung verurteilt worden – ohne Beweise, zur Abschreckung der Anti-AKW-Bewegung. Weil Jerry das kommen sah, ist er noch während des Prozesses nach Italien geflüchtet. Dort wurde er nach wenigen Monaten verhaftet und saß dort fast 18 Monate in Auslieferungshaft. Jetzt geht es darum, wieweit diese Zeit auf seine Grohnde-Strafe und eine alte, vorher zur Bewährung ausgesetzte Strafe angerechnet wird. Angeblich soll das nur bis zu drei Monaten geschehen.

Jerry hat aus Italien kaum Kontakte in die BRD gehabt. Deshalb schickt ihm Infos, Zeitungsabos, Bücher, Schreibt ihm, sammelt Geld! Je größer die Öffentlichkeit für Jerry wird, desto leichter wird es für ihn sein, Hafterleichterungen, z.B. Ausgang, durchzusetzen.

Kontakt: Gerd Schulz, JVA, Schulenburger Landstr. 145, 3000 Hannover.

Spenden: PSchkA Hannover, S. Haenisch, 450 592-309, Kennwort „Jerry".

Personalausweis-Verweigerung

München
19. Februar

Willi Schaper, ein Gefangener im Knast München-Stadelheim, weil, wenn er im Herbst 1981 den Knast verläßt, die Annahme des neuen Personalausweises verweigern.

Nach Plänen der Bundesregierung sind diese „neuen" Personalausweise fälschungssicher und Computergenormt.

Wer auch die „neuen" Personalausweise verweigern will, wende sich an:

Willi Schaper, Stadelheimer Str. 12
JVA, 8 München 90

Film, Filme, gefilmt

Im kinoarmen Nordbayern, in Alexandersbad/Wunsiedel, finden vom 10. bis 14. April die "Grenzlandfilmtage" statt. Im Mittelpunkt wird die Auseinandersetzung mit den vorgestellten Filmen und den anwesenden Regisseuren stehen. Es werden Kurz-, Dokumentar- und Spielfilme aus der BRD, Bulgarien, der DDR, Polen und der Schweiz gezeigt. Außerdem treffen sich noch alternative Medienarbeiter.

Im Anschluß an die Filmtage werden der Verein "Grenzlandfilmtage" und die Wunsiedler Frauengruppe die 1. Frauenfilmwoche vom 14. bis 20. April in mehreren Städten Oberfrankens durchführen.

Kontakt: "Grenzlandfilmtage", Postfach 307, 8592 Wunsiedel, Tel.: 09232/1382

NEUE PROZESS-WELLE

Berlin
19. Februar

Zur Zeit laufen bzw. werden mehrere Prozesse in Berlin gegen das „terroristische Umfeld" initiiert: Der 2. Prozeß gegen die 2. Juni-Bewegung. Bereits angelaufen ist der sogenannte „Unterstützer-Prozeß".
In Kürze beginnt der Prozeß gegen die Bug-Info-Herausgeber.
Eine Gruppe von Menschen schreibt dazu:

Wir stellen uns vor, einen Zusammenhang herzustellen zwischen diesen „politischen" Prozessen und den Verfahren, in denen es um den täglichen Widerstand geht. Wir sehen den Kampf gegen den Hochsicherheitstrakt nicht isoliert, sondern in Verbindung mit dem Kampf aller Gefangenen gegen die Verschärfung ihrer schon unmenschlichen Haftbedingungen (....).

Um dies verwirklichen zu können, brauchen wir noch ganz viele helfende Menschen. Zum Beispiel für Prozeßbeobachtung, Prozeßberichte, Druck, Informationsheft herstellen, Archiv führen, Beiträge schreiben.

Kontakt über: Chamissoladen, Berlin, Willibald-Alexis-Str.

VERWEIGERUNG DES ZIVILDIENSTES IM "VERTEIDIGUNGSFALL"

BONN
1. Februar

10 Kriegsdienstverweigerer, die ihren Zivildienst bereits abgeleistet haben, haben in einem Offenen Brief an das Bundesamt für den Zivildienst mitgeteilt, daß sie „einer Einberufung zu unbefristetem Zivildienst in der Art, wie er gemäß § 79 Zivildienstgesetz (ZDG) für den Verteidigungsfall vorgesehen ist, nicht nachkommen werden und daher auch die Zivildienstüberwachung (§ 23 ZDG) ablehnen." Zur Begründung schreiben sie u.a.:

„Gemäß § 79 ZDG in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. 3 WPflG müssen Kriegsdienstverweigerer im Kriegsfall unbefristeten Zivildienst leisten. So bilden die Zivildienstleistenden eine paramilitärische Reserve, die schon heute für den Fall des militärischen Konflikts verplant werden kann. Da im Kriegsfall von der Regierung die militärische Verteidigung als dem Allgemeinwohl dienlich erklärt werden wird und da Zivildienstleistende in allen dem Allgemeinwohl dienenden Bereichen eingesetzt werden können, können Zivildienstleistende gezwungen werden, die militärische Verteidigung zu unterstützen, auch wenn sie nicht direkten „Waffendienst" leisten. Selbst der unbefristete Dienst in streng sozialen Einrichtungen würde im Ersntfall die Funktion haben, Soldaten für die Kriegsfront freizusetzen. Also sind wir im Falle eines Krieges indirekt zur Mitbeteiligung daran gezwungen, obwohl wir gemäß Art. 4 Abs. 3 GG jede Form der Beteiligung an kriegerisch-militärischen Auseinandersetzungen ablehnen."

Kontakt: Andreas Weritz, Goethestr. 20
5300 Bonn 1

Ahaus Aktuell

Der Freundeskreis Ahaus hat auf seinem letzten Treffen in Münster die Herausgabe einer Zeitung beschlossen, die über die Ereignisse in Ahaus und über Aktionen zu Ahaus in Stadt und Land berichten soll. (In Ahaus soll ein Zwischenlager gebaut werden.) Mitte Februar wird nun die erste Ausgabe von AHAUS AKTUELL erscheinen. Ihr könnt sie bestellen bei:

Johannes Massolle, Hornstr. 30, 4400 Münster, Tel.: 0251/ 56 669.

Prozeß gegen B 8-Besetzer

Am 4.März wird im Frankfurter Amtsgericht, Gebäude A, Raum 264 (11.45 Uhr) wieder einmal gegen die Besetzer der Trasse der B8 in Kelkheim (Taunus) verhandelt. Anklage: Zerstörung des Landschaftsschutzgebietes durch den Bau einer Holzhütte. Vor kurzem war ein Prozeß gegen die B8-Leute mit ähnlicher Anklage für die Staatsanwaltschaft wie das Hornberger Schießen ausgegangen. Das Verfahren wurde unter Gelächter eingestellt. Wir hoffen, daß auch dieser Termin wieder lustig wird.

Häuserbesetzung:

HÄUSER ABGERISSEN

Münster, 20.2.1980

In der Nacht zum 26.Januar 80 besetzten einige Leute aus Münster zwei leerstehende Häuser (s. auch ID 319, 320).

Der Traum von etwas menschenwürdigem Wohnen in diesen Häusern wurde jäh am Freitag zerstört. In aller Frühe wurden die beiden besetzten Häuser von 200 Polizisten geräumt und gleich danach abgerissen. Die ca. 30 Bewohner wurden im Schlaf überrascht. Über Megaphone forderte die Polizei die Bewohner auf, die mit Flutlicht angestrahlten Gebäude zu verlassen. Gleichzeitig drangen Polizeibeamte in die Häuser ein und führten die Bewohner einzeln, jeweils von einem Beamten begleitet, aus den Häusern ab.

Die Bewohner setzten dem Überfall keinen Widerstand entgegen. Das Mobiliar wurde auf LKW's verladen und um etwa 7.20 Uhr wurde mit dem Abdecken der Häuser begonnen. Um 14 Uhr hatte der Bagger seine Arbeit erledigt. Daß eine Wohnungsnot in Münster weiterhin besteht, konnte man in den „Westfälischen Nachrichten" lesen: Das Innenministerium berechnete einen Wohnungsfehlbedarf vpm 7% für Münster. Das ist Wohnraum für mehrere 1000 Menschen. Die nun durch den Abriß Obdachlos Gewordenen haben vorerst in der Lambertikirche Zuflucht gefunden.

Die „Wohnraumrettungsinitiative im AKU"

ruft zu einer Demo, Samstag, den 23.Februar, auf. Treffpunkt: 10 Uhr an der Stelle der Abbruchhäuser, Sertürmerstr. (Nähe Kliniken).

Kontakt: über den AStA der Uni Münster, Tel.: 0251/44 174.

Wie finden Sie denn das, Herr Minister ?

Den folgenden Brief richtete Willy Neuhaus aus Nordrhein-Westfalen (Am Hawerkamp 11, 4400 Münster) an den zuständigen Innenminister seines Landes:

Sehr geehrter Herr Hirsch!

Ich wende mich an Sie in Ihrer Eigenschaft als oberster Dienstherr der Polizei im Lande NRW und hätte von Ihnen ganz gerne eine Auskunft bezüglich mir etwas übertrieben erscheinender "Sicherheits"-maßnahmen der Polizei.

Finden Sie es rechtmäßig, wenn bei Verkehrsdelikten Verkehrsteilnehmer mit gezückter und gezielt auf den Kopf gerichteter Pistole kontrolliert werden und durch welche rechtlichen Grundlagen wird solches legitimiert?

Grund meiner Anfrage ist ein Erlebnis, das ich gestern Abend auf der A 44 zwischen Soest und Unna hatte. Dort wurde ich plötzlich von einem Wagen überholt, den ich schon eine Weile im Rückspiegel beobachtet hatte, und der sich alsbald als Polizeiwagen entpuppte. Auf dem Dach des Polizeiwagens erschien das rote „Folgen"–Zeichen und ich signalisierte mit der Lichthupe, daß ich die Aufforderung verstanden hatte. Schon auf dem Weg zu einem Parkplatz, wo wir halten konnten, wurde mir klar, was wohl der Anstoß zu dieser Aktion war. Ich hatte nämlich aus Versehen die Nebelschlußleuchte eingeschaltet, die sich an demselben Knopf wie die Heckscheibenheizung, die ich eigentlich einschalten wollte, befindet und korrigierte meinen Fehler auch sofort.

Ein geeigneter Parkplatz hatte sich auch alsbald gefunden, und ich fuhr vorschriftsmäßig hinter dem Polizeiwagen her und hielt ca. 10 Meter dahinter.

Ich stand noch nicht ganz, als ich plötzlich durch einen starken Scheinwerfer geblendet wurde und im ersten Augenblick nichts mehr sehen konnte. Als ich wieder halbwegs durch meine Augen wahrnehmen konnte, stand neben dem Auto ein Polizist, der eine Pistole auf meinen Kopf gerichtet hielt; sein Kollege stand am Polizeiauto und richtete den Scheinwerfer aus. Als ich in die Mündung der Waffe blickte, wurde mir erst einmal ganz anders. Bisher kannte ich so etwas ja nur aus Kriminalfilmen und Zeitungsberichten; man muß sich ja auch mal klar machen, daß so eine Pistole auch losgehen kann, na ja sie ist es nicht, sonst wäre ich jetzt nicht hier am Schreiben.

Ich gab dem Polizisten zu verstehen, daß ich aussteigen möchte und tat dies auch. Immer noch die Pistole in der Hand haltend verlangte er Autopapiere und Führerschein, welches ich ihm mit leicht zitternden Händen übergab.

Genau wie ich vermutet hatte, war es die Nebelschlußleuchte, die den (berechtigten) Unmut der Polizei geweckt hatte. Ich erklärte meinen Fehler und der Polizist zeigte sich verständig, steckte endlich die Pistole weg und ging mit den Papieren zum Polizeiwagen, wohl um sie zu überprüfen.

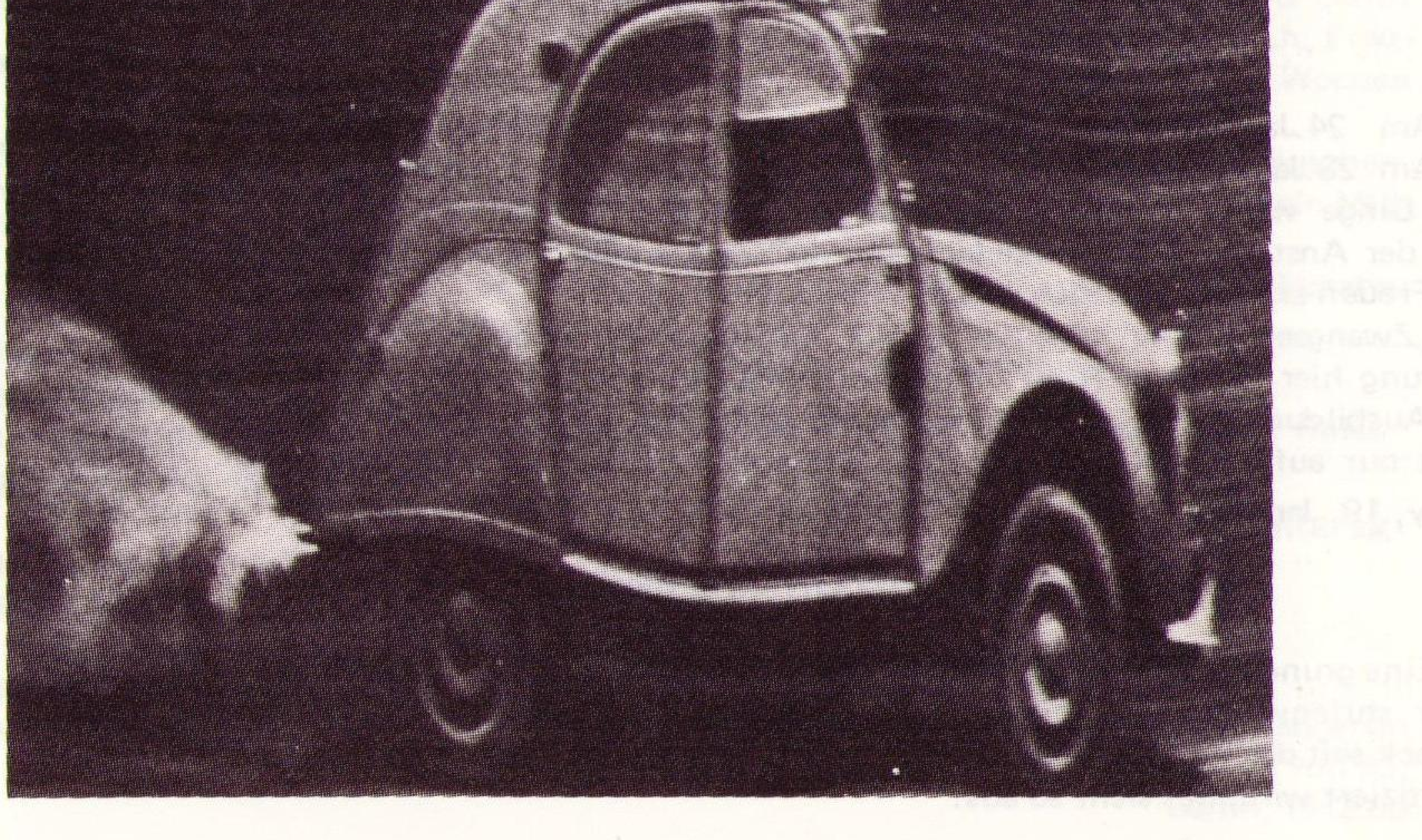
Anschließend kam er zurück und erklärte, daß ein solches Vergehen normalerweise 20,– DM kosten würde, er es diesmal aber bei einer Verwarnung belassen würde, wünschte mir noch eine schöne Fahrt und verabschiedete sich.

Ein durchaus höflicher Beamter, nur erscheinen mir doch die Maßnahmen der Polizei wirklich ein bißchen stark übertrieben.

Ich wäre Ihnen, Herr Hirsch, sehr dankbar, wenn Sie in dieser und ähnlich gelagerten Angelegenheiten aktiv werden würden.

Mit freundlichen Grüßen
verbleibe ich in Erwartung
einer baldigen Reaktion
(Willy Neuhaus)

PS.: Da solche Briefe normalerweise im Dienstweg untergehen, habe ich mich entschlossen, Kopien der ausgewählten Presse zuzuleiten.



Toter Trakt in Lübeck:

VORLÄUFIG HABEN SICH DIE FRAUEN MIT ERFOLG GEWEHRT

Dokumentation der Ereignisse seit dem 23.Januar

LÜBECK/BERLIN/HAMBURG, 20.Februar

Fünf gefangene Frauen aus dem Hochsicherheitstrakt Lübeck sind am 24.Januar (wie im ID 319, allerdings ungenau, berichtet) in den Hungerstreik und am 29.Januar auch in den Durststreik getreten. Am 6.Februar wurden sie in das Hamburger Knast-Krankenhaus verlegt und brachen ihre Aktion daraufhin erst einmal ab.

In der Zwischenzeit gab es zahlreiche Unterstützungsaktionen, die zur Zeit noch weiterlaufen, um zu verhindern, daß die fünf wieder in den Toten Trakt zurückverlegt werden. Im ID kommen viele Klagen an, daß die Presse — einschließlich „Tageszeitung" — nicht die eigenen Berichte der Gefangenen bzw. Aktionsgruppen bringt. Deshalb diese Dokumentation.

Der Vorfall im Trakt

Am 3.Februar wurde die linke „Schaubühne am Halleschen Ufer" in Berlin besetzt. In ihrer Presseerklärung schildern die Besetzer die Beweggründe ihrer Aktion, nämlich die Ereignisse in Lübeck:

Am 23.Januar wurden die fünf Frauen mit einem Trick auf den Flur des alten Teils des Hochsicherheitstrakts geholt, weil die Sicherheitsinspektorin Haensch ihnen allen was zu sagen hätte. Kaum, daß sie auf dem Flur waren, wurden die Zellentüren hinter ihnen verriegelt — sie quasi ausgesperrt. Die Inspektorin eröffnete ihnen, daß sie sofort in den anderen neugebauten Traktteil verlegt werden. In dem Moment, als die Frauen losgehen, quillt aus dem Traktteil, in den sie sollen, ein Rollkommando von 11 - 16 Schließerinnen und Schließern, die sie packen, mißhandeln und in die Zellen des anderen Trakts schleifen.

Nachdem sie sich weigern, sich nackt auszuziehen, kommt es zu einer gewaltsamen ‚Leibesvisitation', d.h. ca. zehn männliche und weibliche Gefängniswärter stürmen in die Zelle und unter Würgen, Schlagen, Arme verdrehen reißen sie den Frauen die Kleidung vom Körper.

Folge des Überfalls bei den Frauen: Leberschmerzen, Nasenbluten, Sehnenzerrung, Gelenkschmerzen, rausgerissene Haarbüschel, blaue Flecken am ganzen Körper und bei Christine Kuby aufgrund einer zertretenen Brille Glassplitter im Fuß.

Nach dieser Zwangsverlegung wird ihnen alles weggenommen, was sie zum Arbeiten brauchen: die Hälfte der Aktenordner (auch Anwalts- und Verteidigerunterlagen), sämtliche Schnellordner, alle Zeitungen und Zeitschriften, Bücher, die nach Meinung der Staatsschutzstellen „zuviel" waren, Broschüren, Prospekte, jedes lose Blatt, alles, was nicht gerade in einem Leitzordner abgeheftet war, d.h. genau die Sachen, an denen die Frauen gerade gearbeitet haben. Mit den restlichen Akten können sie praktisch nichts anfangen.

Hungerstreik — Razzien — Durststreik

Am 24.Januar gehen die Frauen deshalb in den Hungerstreik. Am 28.Januar werden auch die bei einem Hungerstreik notwendigen Dinge wie Tee, Kaffee, Medikamente u.a. aus den Zellen geholt und der Anstaltsarzt Paeschke kündigt die Zwangsernährung an, worauf die Frauen am 29. zusätzlich in den Durststreik treten.

„Zwangsernährung bedeutet immer Lebensgefahr, aber Zwangsernährung hier im toten Trakt, ohne die medizinische Ausrüstung/Personal/Ausbildung etc. . . ist akute Lebensgefahr für die Gefangenen — läuft nur auf's Killen raus. Der Tote Trakt als Endlösung!" (Christine Kuby, 19. Januar).

Schikanen gegen die Öffentlichkeit

Eine grundsätzliche Bedingung für diese Endlösung ist das Programm einer stufenweise eingeführten kontinuierlichen Kontaktsperre, die in Lübeck seit dem 24.Januar, also seit Beginn des Hungerstreiks, verschäft praktiziert wird. Das sieht so aus:

1. Der Eilbrief von Christine Kuby mit der Mitteilung an ihren Rechtsanwalt, daß sich die gefangenen Frauen im Hungerstreik befinden, brauchte eine Woche, bis er ankam. Ebenfalls wurde ihr Brief mit der Mitteilung des Durststreiks zwei Tage von der Anstalt zurückgehalten. Ziel dieser Maßnahmen seitens der Anstalt ist, eine Mobilisierung zur Unterstützung des Hunger- und Durststreiks zu verzögern, somit einen Schutz durch eine Öffentlichkeit zu verhindern.
2. Zeitungen werden, wenn überhaupt, unvollständig an die gefangenen Frauen gegeben und sind meist älteren Datums. Das bedeutet ganz klar eine Informationssperre.
3. Dadurch, daß die gefangenen Frauen keinen gemeinsamen Umschluß und Hofgang mehr haben, wird die Kontrolle über den Gesundheitszustand der einzelnen gefangenen Frauen untereinander total verhindert. Somit ist die Informationsmöglichkeit über die Anwälte an die Öffentlichkeit erschwert, da immer nur ein Anwalt über den Zustand einer Gerangenen Bescheid weiß.
4. Trotz der lebensgefährlichen Situation am sechsten Tag des Durststreiks der gefangenen Frauen werden Anwaltsbesuche nicht genehmigt, mit der Begründung: „dies sei nicht nötig", wie es Rechtsanwalt Tode am 2.Februar von der Anstalt mitgeteilt wurde.

Zusammengefaßt heißt das, daß die Information über die Situation im Lübecker Trakt nach außen verhindert werden soll.

Der „Softi-Staat" erinnert an 1977

Und so beurteilen die Besetzer die Funktion der „Toten Trakte" bei der Bekämpfung der Stadtguerilla:

Während die FDP nach außen ‚Lockerung' des Kontaktsperregesetztes propagiert und damit den Schein einer Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten will, vollzieht sich durch die Hochsicherheitstrakte und in ihnen die stufenweise Einführung der Kontaktsperre, die so schleichend von einem Ausnahmezustand zu einem Normalzustand wird.

Das zeigt, daß die Kontaktsperre nicht nur Reaktion auf Aktionen der Stadtguerilla ist, um die Gefangenen zu Geiseln des Staates zu machen, sondern die Kontaktsperre auch dann benutzt wird, wenn die Gefangenen mit ihrem letzten Mittel eines Hunger- und Durststreiks gegen die vernichtenden Haftbedingungen in den Hochsicherheitstrakten kämpfen.

Darüberhinaus ist die momentane Kontaktsperre in Lübeck ein vorweggenommener Geiselstatus, der nach außen signalisieren soll, was mit den Gefangenen im Falle einer Aktion der Stadtguerilla passiert. Diese Absicht drückt sich konkret in der Äußerung der Sicherheitsinspektorin Haensch gegenüber den gefangenen Frauen bei der Verlegung in den neuen Teil des Hochsicherheitstrakts aus: „Das kennnen Sie ja von '77." Am 18. Oktober '77 wurde die Tötung der Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe in Stammheim durch die völlige Unkontrollierbarkeit aufgrund der Kontaktsperre ermöglicht. Diese Unkontrollierbarkeit wird durch die baulichen Voraussetzungen in den Hochsicherheitstrakten institutionalisiert. (. . .)

Gruppenisolation — Spannungen — Identitätszerstörung

Zur Funktion des Hochsicherheitstraktes ein Auszug aus einem Brief von Till Meyer und Andreas Vogel (Berliner Angeklagte im 2.Juni-Prozeß):

„. . . Die Künstlichkeit der Umgebung wie die Zusammensetzung der Gefangenen, die Isolation wie der Stress sind Bedingung und Voraussetzung. Dadurch, daß Spannungen unter den Gefangenen erzeugt oder bestehende ausgenutzt werden, daß konträre Charaktere bewußt auf engstem Raum zusammengelegt werden, daß nach einem auf den einzelnen Gefangenen zugeschnittenen System von ‚Vergünstigungen' und Strafen vorgegangen wird (erarbeitet durch die ‚Erkenntnisse' der ständigen Kontrollen und der Registrierung aller Lebensäußerungen des Gefangenen) entsteht ein psychologisches System, das sie deshalb zurecht als ‚Behandlungsvollzug' bezeichnen, weil es darauf abzielt, den Gefangenen in seinem ‚Verhalten zu ändern', umzuformen, Einfluß darauf zu kriegen, wo sie ihn durch jahrelange Isolation nicht

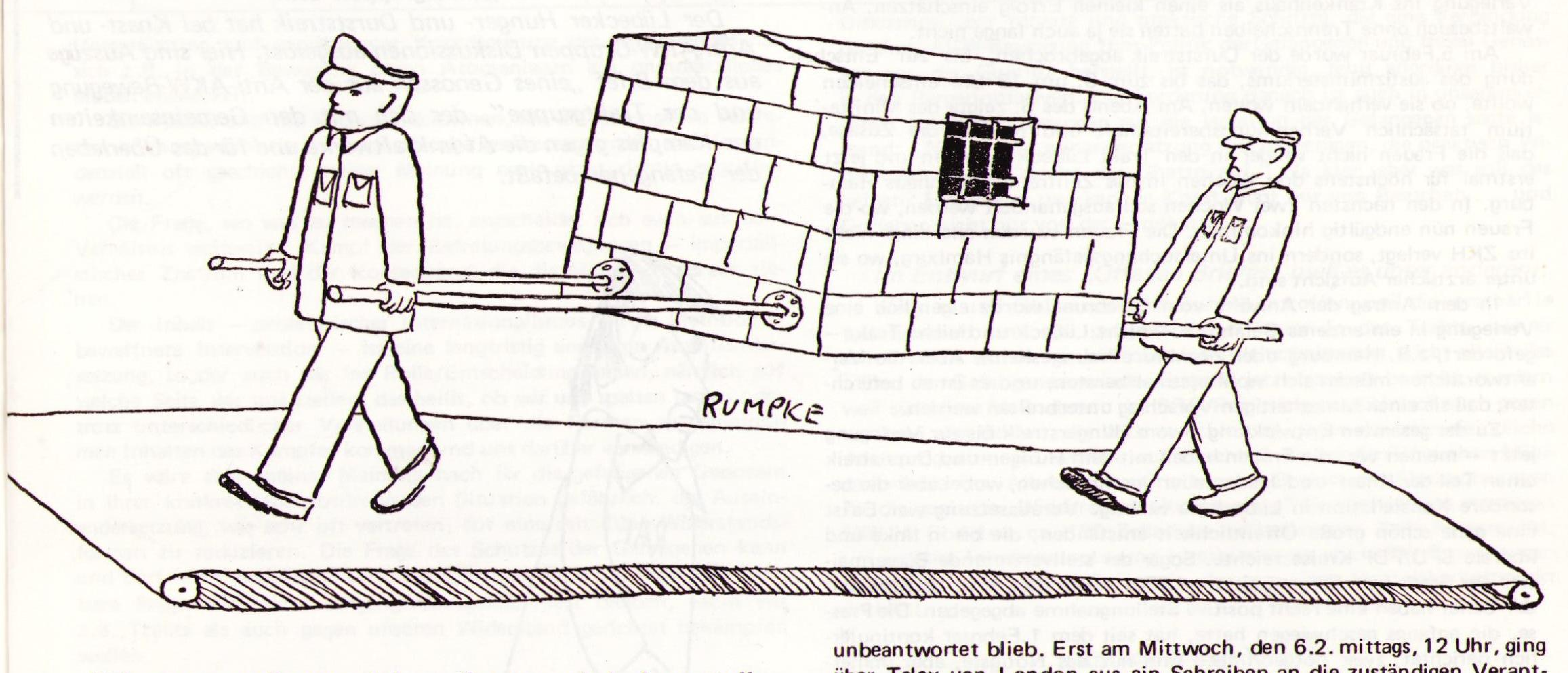
hinkriegen konnten: der Kopf, unsere politische Identität, unseren Widerstandswillen, unser Bewußtsein auszulöschen, zu zerstören. Deshalb Gehirnwäsche-Trakt!

Ziel ist nicht allein die Zerstörung des gefangenen Revolutionärs durch jahrelange Isolation, also die sichtbare und offene physische Zerstörung, die sie erzeugt, sondern die Aufgabe der politischen Identität und des Widerstandswillens, die dann als politischer Entwicklungsprozeß begriffen und propagiert werden soll; also der Verrat an der eigenen Geschichte und dem, was einen zum revolutionären Kampf brachte, soll als Lernprozeß vermittelt werden.

Oder so: für die Counterguerilla-Strategen ist nicht der Kämpfer, der aufgerieben, der im Kampf gegen seine Vernichtung Spuren dieses Kampfes nach außen trägt (der mobilisiert noch) funktional, sondern der Gefangene, der nicht weiß, wo es lang geht, seine tatsächliche Zerstörung, die Gehirnwäsche, die abgelaufen ist als „Lernprozeß" verkündet und selbst daran glaubt. . ."

In einem Lübecker Flugblatt, überschrieben mit dem Zitat „Das Recht auf Leben gilt nicht absolut" (Bundesjustizminister Vogel) sagt Inga Hochstein, eine der fünf Frauen, über die Vorfälle:

„Sie versuchen, ne Situation herzustellen, die den Gefangenen vollständig auf sich reduziert, beschäftigt mit seinem Überleben, eingespannt in ein Regel- und Maßnahmensystem, in dem er nur noch vegetieren soll als Vieh."



Telegramm aus Preungesheim – Besetzung bei „Amnesty"

Solidarität mit dem Kampf der fünf Frauen bewiesen auch Gefangene aus dem Frankfurter Frauenknast Preungesheim in einem Telegramm an die Besetzer der Berliner „Schaubühne". In ihrer Antwort (11.Februar) gaben die Besetzer gleichzeitig einen Bericht über ihre weiteren Aktionen, nämlich die Einschaltung von „Amnesty international". Wichtig ist die Andeutung einer möglichen Integration in den „Normalvollzug" als Forderung der Gefangenen aus der Stadtguerilla. Waren die Hochsicherheitstrakte die zynische „Erfüllung" der Forderung nach Zusammenlegung in interaktionsfähigen Gruppen, so wurde die Ablehnung des "Normal.vollzug" spätestens durch diese Trakte zu einem absurden Glaubenskrieg innerhalb der Linken (s. ID 309). Geht dieser Krieg zuende?

An die Genossinnen im Preungesheimer Knast

Wir, die Besetzer der Schaubühne, haben am 4.2. euer Solidaritätstelegramm fernmündlich aus Frankfurt übermittelt bekommen. Überflüssig zu sagen, daß wir uns darüber sehr gefreut haben und nicht auch zuletzt die Frauen in Lübeck.

Am Montat (4.2.) fand in der Schaubühne eine Pressekonferenz statt, auf der auch ein Anwalt über den neuesten Stand inLübeck berichtete.

Wir alle waren von dem neuesten Stand in Lübeck, die Situation, daß es für die Frauen direkt ‚auf der Kippe' stand, so betroffen, daß wir beschlossen, die Schaubühne weiterhin besetzt zu halten, um sie als Forum der Öffentlichkeit zu nutzen. Außerdem wollten wir auch noch, daß die Schauspieler mit ihren – wie sich rausstellte – pseudo-linken Ansprüchen klar Stellung gegen die Trakte beziehen und sich mit dem Hunger- und Durststreik der Frauen solidarisieren.

Uns wurde aber ziemlich klar zum Ausdrück gebracht, daß sich die Schaubühne nicht mit den Frauen solidarisieren wolle, da – so ein technischer Leiter – es sich um ihren politischen Gegner handele und mit dem könnên sie sich schließlich nicht solidarisch erklären.

Am Dienstag abend (5.2.), 17 Uhr, räumten wir selbst die Schaubühne. Solidarität konnten wir nicht mehr erwarten (klar, daß sich ein -zwei Schauspieler auch anders verhielten, aber machen wollten sie auch nichts). Einige Leute von der Schauspielschule jedoch solidarisierten sich mit den Frauen und zählen auch zu denjenigen, die in einem Telegramm an die Justizminister der Länder zum Ausdruck brachten, daß sie die Forderungen: Keine Rückverlegung der fünf Frauen, sofortige und qualifizierte medizinische Versorgung und alle Gefangenen raus aus den Trakten, unterstützten.

Am Dienstag abend (5.2) um 19 Uhr besetzten wir dann das Berliner Büro von Amnesty International. Unsere Forderung: Korff – a.i. Mann in der Zentrale in London – zuständig für die politischen Gefangenen in der BRD und Westberlin, sollte am 6.2. (Mittwoch) in Kiel bzw. Lübeck direkt und persönlich bei den zuständigen Verantwortlichen intervenieren und sich für die Frauen einsetzen.

Am 31.1. hatten die Verwandten der politischen Gefangenen ein Telegramm an Korff geschickt mit der gleichen Bitte, das bis dato (5.2.) unbeantwortet blieb. Erst am Mittwoch, den 6.2. mittags, 12 Uhr, ging über Telex von London aus ein Schreiben an die zuständigen Verantwortlichen.

Am Mittwoch abend 19 Uhr brachen wir die Besetzung des Berliner Büros von a.i. ab. Gegen 21 Uhr bekamen wir über Telefon die Nachricht: die Frauen sind nach Hamburg ins Zentralkrankenhaus verlegt und bleiben dort für die nächsten drei Wochen. In 14 Tagen werden dann die Verantwortlichen darüber beraten, wo die Frauen dann hinkommen.

In einem Brief vom 5.2., geschrieben bereits aus Hamburg, schreibt Inga Hochstein:

„. . . aufgrund der Zusage des Justizministeriums Kiel, daß wir nicht in den toten Trakt zurückverlegt werden, haben wir am 6.2. nachmittags den Durst- und Hungerstreik abgebrochen. Wir haben uns damit einverstanden erklärt, nach Hamburg ins Zentralkrankenhaus, d.h. Frauenstation verlegt zu werden, um innerhalb der nächsten drei Wochen eine Lösung zu finden.

Wir haben darauf hingewiesen, daß der Versuch, uns zu täuschen, eine Selbsttäuschung wäre, d.h. über die Konsequenz besteht kein Mißverständnis. . .

Daraufhin wurden wir am gleichen Abend aus dem Krankenahsu nach Hamburg verlegt.

. . . Es gibt keinen Grund, weniger wachsam zu sein. . ."

Unsere Forderungen und die der Gefangenen bestehen natürlich weiter:

Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen von mindestens 15 Gefangenen
oder wenn sie es fordern:
Integration in den ‚Normalvollzug'.

Freunde, Verwandte, Genossen von politischen Gefangenen
– die Besetzer der Schaubühne und des Büros von a.i.
Berlin, 11.2.80

Zur Rolle von „Amnesty" sagte die Hamburger „Gruppe zur Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft/Roter Oktober" noch deutlicher:

A.i. hat sich mit einem Telex an die Verantwortlichen und einer Presseerklärung auf die Seite der Gefangenen gestellt. Die Einschätzung, daß es durchaus nicht vergeblich ist, auf solche internationalen Organisationen zuzugehen und dort die progressiven Kräfte zu stärken, hat sich als richtig erwiesen; es hat sich gezeigt, daß die internationale Öffentlichkeit gegenüber der Hegemonie der BRD über Westeuropa sensibilisiert ist. Dies gefährdet Durchsetzung und Verankerung des Projekts „Innere Sicherheit" in ganz Westeuropa und jetzt ganz konkret: war ein sehr wichtiger Beitrag dazu, daß die Gefangenen in ihrem Streik siegen konnten.

„Ein Teil der Knast- und Justizmauer durchbrochen"

Über den Teilerfolg der Lübecker Frauen berichtet die Lübecker Knastgruppe:

Am Abend des 3.Februar wurden die fünf Frauen in das Klinikum Süd in Lübeck verlegt, in die Infektionsstation, ein Extra-Gebäude. Sie waren dort zu dritt und zu zweit auf den Zimmern, konnten Anwaltsbesuch empfangen, der in einem anderen Raum ohne besondere Sicherheitsbedingungen stattfand. Sie konnten auch aus dem Fenster gucken. Das war wohl ein Stück Leben für sie, weshalb wir schon die Verlegung ins Krankenhaus als einen kleinen Erfolg einschätzen. Anwaltsbesuch ohne Trennscheiben hatten sie ja auch lange nicht.

Am 5.Februar wurde der Durststreik abgebrochen, bis zur Entscheidung des Justizministeriums, das bis zum 6. um 15 Uhr entscheiden wollte, ob sie verhandeln wollen. Am Abend des 6. zeigte das Ministerium tatsächlich Verhandlungsbereitschaft und machte die Zusage, daß die Frauen nicht wieder in den Trakt Lübeck kommen und jetzt erstmal für höchstens drei Wochen in das Zentral-Krankenhaus Hamburg. In den nächsten zwei Wochen soll ausgehandelt werden, wo die Frauen nun endgültig hinkommen. Die Frauen wurden allerdings nicht ins ZKH verlegt, sondern ins Untersuchungsgefängnis Hamburg, wo sie unter ärztlicher Aufsicht sind.

In dem Antrag der Anwälte vom 6.Februar wurde eigentlich eine Verlegung in ein anderes Gefängnis — nicht Lübeck und nicht Trakt — gefordert, z.B. Hamburg oder Frankfurt-Preungesheim. Aber die Verantwortlichen müssen sich wohl erstmal beraten, und es ist zu befürchten, daß sie einen hinterhältigen Vorschlag unterbreiten werden.

Zu der gesamten Entwicklung — vom Hungerstreik bis zur Verlegung jetzt — meinen wir: die Frauen haben mit dem Hunger- und Durststreik einen Teil der Knast- und Justizmauer durchbrochen, wobei aber die besondere Konstellation in Lübeck ne wichtige Voraussetzung war. Es ist eine ganz schön große Öffentlichkeit entstanden, die bis in linke und liberale SPD/FDP-Kreise reichte. Sogar der stellvertretende Bürgermeister der Stadt (der Bürgermeister — CDU - war gerade in Urlaub) und der Senat haben eine recht positive Stellungnahme abgegeben. Die Presse, die anfangs geschwiegen hatte, hat seit dem 1.Februar kontinuierlich berichtet, zwar notgedrungen und nur das Nötigste, aber immerhin. . .

Ausschlaggebend für die Presseberichte waren auch die Verhältnisse im Lübecker Krankenhaus Süd, wo die fünf Frauen drei Tage waren. Am ersten Tag sah es noch ganz normal aus, weil die Stadt nur die nötigsten „Sicherheitsvorkehrungen" getroffen hatte. Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Justiz bestanden dann aber wohl darauf, alles total militärisch abzuriegeln. Nach unseren Informationen waren dort: 54 MEK-Bullen, auch SEK-Bullen (Mobile Einsatz-Kommandos und Sondereinsatz-Kommandos), im Hintergrund drei Panzer. Ein Eingang wurde ganz gesperrt (das Krankenhaus hat nur zwei Eingänge), das Gelände mit Nato-Draht abgeriegelt, am noch „offenen" Eingang wurde Ausweiskontrolle gemacht, auf dem Krankenhausgelände und drumherum unheimlich viel Zivile (ca. 60). Was hinter den Kulissen sich abspielte, wissen wir nicht im einzelnen, aber es läßt sich vermuten.

Verhandlungen und Taktik des Staatsapparats

Mittlerweile gab es Verhandlungen zwischen der Justiz und den fünf Frauen. Aus der Hamburger Traktgruppe stammt diese Einschätzung:

Zur Zeit sind die fünf Frauen im Untersuchungsgefängnis in Hamburg. Sie haben ihren Hunger- und Durststreik abgebrochen und sich bereit erklärt, in zwei bis drei Wochen ein Gespräch über die weitere Lösung zu führen. Die Frauen stellen dazu den Antrag, gemeinsam verlegt zu werden in eine Vollzugsanstalt der BRD oder West-Berlins, die weder Hochsicherheitstrakt noch toter Trakt ist, sowie eine Vergrößerung der Gruppe.

Der erste Erfolg im Kampf gegen Hochsicherheitstrakte konnte mit dem Waffenstillstand der Situation hier im Untersuchungsgefängnis in Hamburg erreicht werden

— durch die Entschlossenheit der Frauen, mit ihrem Hunger- und Durststreik die äußerste Konsequenz in Kauf zu nehmen, eher zu sterben, als zurück in die Trakts zu gehen.
— durch die Weigerung der Lübecker Ärzte, den Durststreik durch Zwangsernährung gewaltsam zu brechen.
— durch Solidaritätsaktionen wie die Besetzung des Theaters am Halleschen Ufer und der Gedächtniskirche in Berlin, die Demo zum Knast in Lübeck und im und zum Knast nach Frankfurt-Preungesheim.

Welche Taktik Bundesinnenminister Baum im Zusammenhang mit den Trakts verfolgt, kann man dem Rundfunkinterview mit RIAS vom 18.Januar entnehmen, wo er sagte: „Die Integration der einzelnen Gefangenen ist nur möglich, wenn man ihn aus den Gruppen herausnimmt, also vom Gruppenzwang befreit und in den normalen Strafvollzug überführt. Deshalb muß mit Nachdruck angestrebt werden, daß nach und nach die wegen Terrorismus verurteilten Gefangenen aus den besonderen Haftbedingungen herausgenommen werden."

Dazu Ministerialdirektor Begemann vom Justizministerium Kiel noch deutlicher in Radio Bremen am 4.Februar auf die Frage der Interviewerin, ob normale Haftbedingungen für die fünf Frauen in Frage kämen: „Ja, wenn sie abschwören".

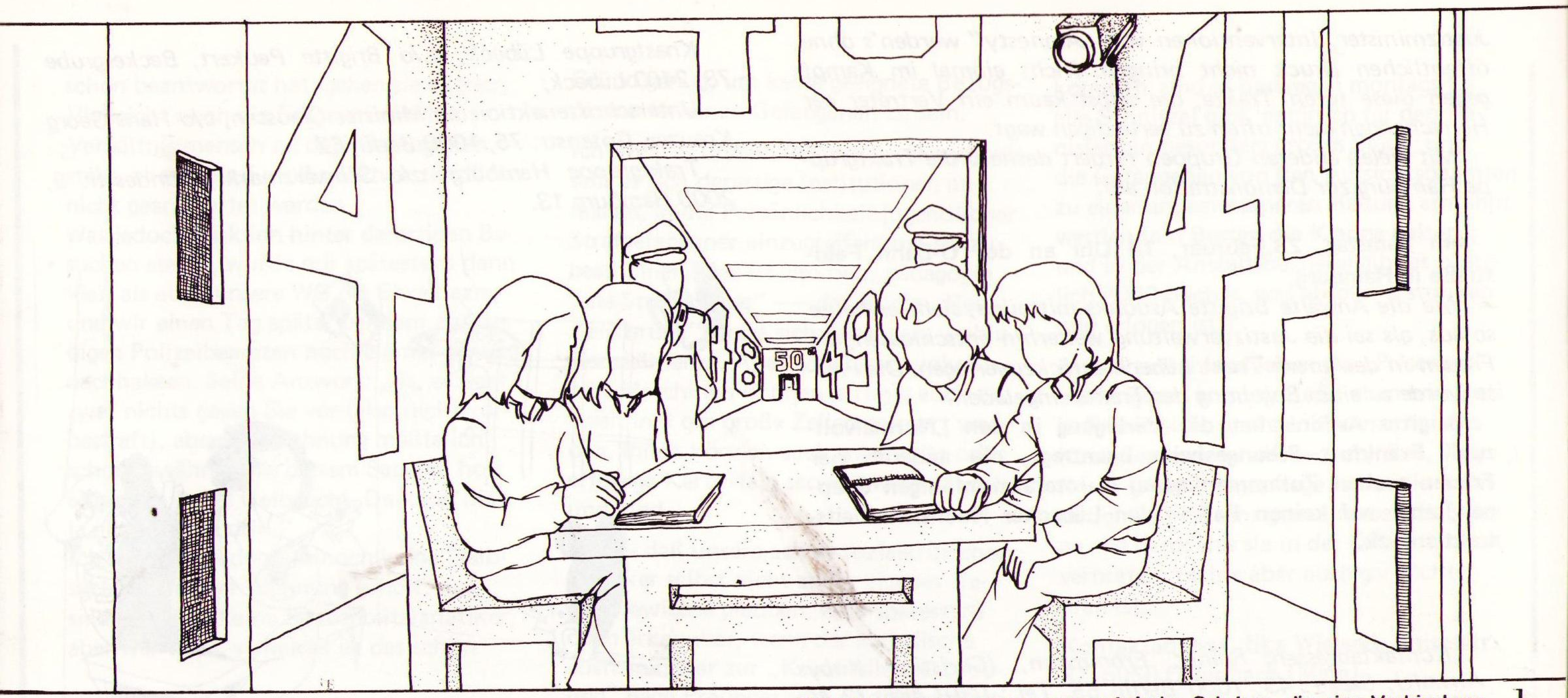
„Die Frage des Schutzes der Gefangenen darf nicht nur Sache der ‚Knastgruppen' sein"

Der Lübecker Hunger- und Durststreik hat bei Knast- und Anti-AKW-Gruppen Diskussionen ausgelöst. Hier sind Auszüge aus dem Brief „eines Genossen aus der Anti-AKW-Bewegung und der Traktgruppe", der sich mit den Gemeinsamkeiten des Kampfes gegen die Atomkraftwerke und für das Überleben der Gefangenen befaßt:

Grundsätzlich besteht Einigkeit darüber,

— daß Trakts Haftbedingungen die Identität/das Leben der Gefangenen zerstören (sollen), daß gerade wir als Linke etwas dagegen tun müssen, und daß dies auch ein Anliegen derAnti-AKW—Gruppen sein sollte, daß das mit den Trakts verfolgte Programm sich perspektivisch unmittelbar auch gegen uns richtet,
— daß eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit der Politik der Gefangenen in den einzelnen Anti-AKW-Gruppen geführt werden soll.

Mit der Struktur — in Form von Bürgerinitiativen —, dem Kommunikationsnetz — überregionale Treffen —, nach denen jeder seine spezielle Orientierung und Widerstandsform entwickeln kann in gegenseitiger



Unterstützung und gemeinsamer Koordinierung des Widerstandes hat sich z.B. in der Bewegung gegen Atomanlagen ein grundsätzliches Modell entwickelt.

Die Politik und die Widerstandsformen, die die Gefangenen vertreten, können, wenn sie an diesem Modell gemessen werden, wie das tendenziell oft geschieht, meiner Meinung nach nicht richtig begriffen werden.

Die Frage, wo was zu machen ist, entscheidet sich auch aus dem Verhältnis weltweiter Kampf der Befreiungsbewegungen – imperialistisches Znetrum und der Konsequenz, die die Menschen daraus ziehen.

Der Inhalt – proletarischer Internationalismus –, die Methode – bewaffnete Intervention – ist eine langfristig angelegte Auseinandersetzung, in der auch wir 'ne Rolle/Entscheidung haben, nämlich auf welche Seite wir uns stellen, das heißt, ob wir uns spalten lassen oder trotz unterschiedlicher Vorstellungen über die Formen zu gemeinsamen Inhalten des Kampfes kommen und uns darüber verständigen.

Es wäre aber meiner Meinung nach für die gefangenen Genossen in ihrer konkret lebensbedrohenden Situation gefährlich, die Auseinandersetzung, wie sehr oft vertreten, auf eine mit ihren Widerstandsformen zu reduzieren. Die Frage des Schutzes der Gefangenen kann und darf nicht nur Sache der ‚Knastgruppen' bleiben. Diese unmittelbare Frage darf nicht umgangen/ausgeklammert bleiben, wenn wir z.B. Trakts als auch gegen unseren Widerstand gerichtet bekämpfen wollen.

Die Auseinandersetzung mit den Positionen der Gefangenen sollte für alle Linken, die sie wollen, mit der Arbeit/Beitrag zu ihrem Schutz zur Einheit/Deckung kommen.

„Dies ist ein Anti-AKW-Plenum. Was soll das hier?"

Auf dem Planum der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) Hamburg wurde ein „Offener Brief" vorgeschlagen, mit dem sich die BUU an die Öffentlichkeit wenden sollte. Die Initiatoren, die „Gruppe zur Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft/ Roter Oktober" sagt zur Diskussion:

Unser Verhältnis zur Anti-AKW-Bewegung ist einfach zu benennen: der Kampf gegen die Vernichtungshaft und gegen Atomkraftwerke sind zwei Abschnitte einer Front, die entstehen muß gegen einen Staat, der in der Stampede von Grohnde anlegt, was er in Stammheim vollstreckt: Widerstand zu massakern. Dieser integrierten Aufstandsbekämpfung steht bei uns nicht viel entgegen, das sagen Anti-Diskussionsbeiträge wie: „Dies ist ein Anti-AKW-Plenum. Was soll das hier?"

Dies ist nicht der erste Versuch von uns, einen Prozeß des Zusammenkommens gegen die Schweine einzuleiten. Wie früher auch schon läuft das in der zugespitzten Situation eines Hungerstreiks. Das ist nicht genug. „Allein über die Leiden entwickelt sich keine Diskussion die Kräfte hervorbringt. Dies kann nur in der Auseinandersetzung mit der Politik und den Widerstandsformen der Guerilla entstehen. Und nur das stärkt real dann auch die Gefangenen." Das halten auch wir für richtig. Die Gefangenen auch. Während eines Hunger- und Durststreiks sich in einem Brief an „Amnesty International" über Konzeptionen bewaffneter Politik auszulassen, ist allerdings makaber. . . Eine breite Diskussion über Inhalte und praktische Schritte, die eine Verbindung der Anti-AKW-Bewegung zum Politik derGefangenen und freien Genossen aus der Guerilla herstellt, ist notwendig, fehlt allerdings bisher in den Bürgerinitiativen. Die Forderung danach ist auch in unserem eigenen Interesse. Bezogen auf die Isolation der Gefangenen sagte jemand: „Nur die Auseinandersetzung mit denjenigen, die praktisch Widerstand leisten, bricht das Ghetto auf." Na klar, aber was soll das heißen? Einige von uns kennen Knast nicht nur von Besuchen . . . und Gorleben nicht nur von der Landkarte.

Im Entwurf eines „Offenen Briefes" hieß es unter anderem:

Wir sind und fühlen uns auch deshalb betroffen, weil die verschärfte Isolationshaft und der programmierte Terror in den Trakts, wie er schon offen wurde im Lübecker Hochsicherheitstrakt, nicht allein das Leben der Gefangenen aus der Guerilla jetzt konkret bedroht, sondern weil sich diese Maßnahmen der BRD-Regierung perspektisch auch gegen uns und alle richten, die Widerstand leisten gegen das lebensfeindliche Atomprogramm (so wurden auf Beschluß des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht unmittelbar vor Beginn der Flachbohrungen für die geplante „Wiederaufbereitungsanlage" für hochaktiven atomaren Müll in Gorleben ca. 100 Zellen im nahegelegenen Celle freigemacht, um weitere Inhaftierungen und Internierungen von AKW-Gegnern vorzubereiten – in einem Gefängnis, das u.a. einen Hochsicherheitstrakt enthält).

Zurück in den Trakt?

Die neuen Kontakte zwischen den Behörden und den fünf Frauen beginnen jetzt, am 19./20. Februar. Eine Berliner Initiative hat sich mit etwa 80 Unterschriften an den schleswig-holsteinischen Justizminister gewandt, um den vorläufigen Abschied der Frauen vom Toten Trakt endgültig zu machen. In dem Appell heißt es:

An den Justizminister des Landes Schleswig-Holstein K.E. Claussen

(. . .) Wir begrüßen die Entscheidung, die fünf inhaftierten Frauen, B. Asdonk, I. Hochstein, Ch. Eckes, Chr. Kuby und A. Reiche nach Hamburg zu verlegen und hoffen, daß diese Entscheidung beibehalten wird.

Wir fordern Sie auf, alles, aber auch alles zu tun, um eine menschenwürdige Behandlung der Frauen zu garantieren.

- Dazu gehört, daß es eine Rückverlegung in den toten Trakt nicht geben darf.
- Dazu gehört, daß die Gefangenen sich von Ärzten ihres Vertrauens behandeln lassen können.

Wir wenden uns gegen jede Form der isolierten Inhaftierung und vor allem gegen die SIcherheitstrakte, in denen die Gefangene von jeglichen Umwelteinflüssen und sozialen Kontakten abgeschirmt und praktisch lebendig begraben werden. (. . .)

Der Erfolg der fünf Frauen – ein Erfolg gegen den bisherigen Höhepunkt der Isolationstechniken, vielleicht auch ein Erfolg gegen den unsinnigen Streit um Zusammenlegung oder „Normalvollzug" – ist also noch nicht gesichert. Briefe an den

Justizminister, Interventionen von „Amnesty" werden's ohne öffentlichen Druck nicht bringen. Nicht einmal im Kampf gegen diese toten Trakte, die selbst kaum ein Vertreter der Herrschenden mehr offen zu verteidigen wagt.

Mit vielen anderen Gruppen fordert deshalb die Traktgruppe Hamburg zur Demonstration auf:

am Samstag, 23.Februar, 10 Uhr an der U-Bahn Feldstraße in Hamburg.

Wie die Anwälte Brigitte Asdonks mitteilen, sieht es heute so aus, als sei die Justizverwaltung weiterhin entschlossen, die Frauen in den toten Trakt Lübeck zurückzuverlegen. Die Presse wurde zu einer Begehung des Trakts eingeladen!

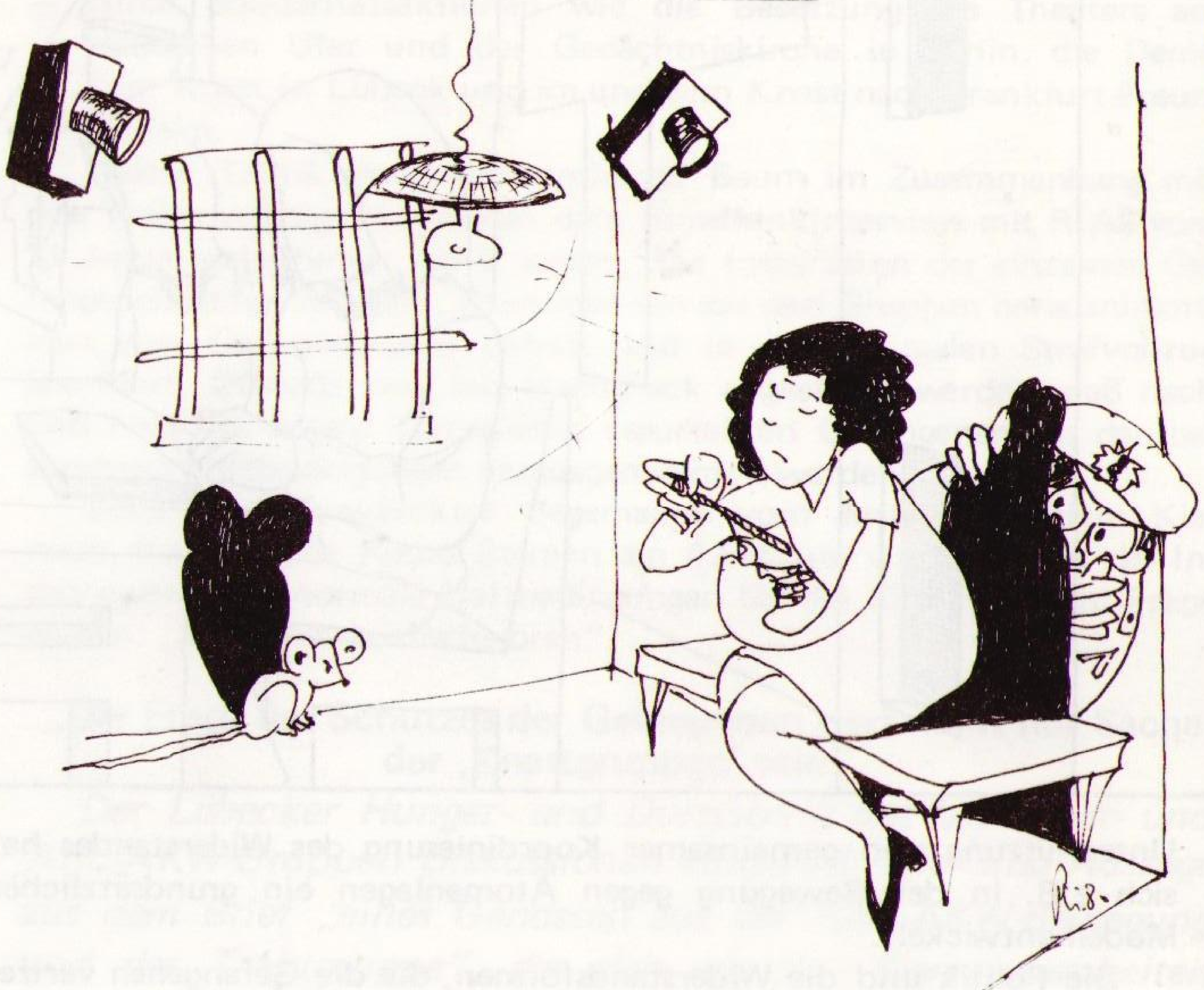
Brigitte Asdonk hat die Verlegung in den „Normalvollzug" Frankfurt–Preungesheim beantragt, die anderen vier Frauen wollen Zusammenlegung in interaktionfähigen Gruppen, aber auf keinen Fall in den Lübecker Hochsicherheitstrakt zurück.

Kontaktadressen: Rainer Frommann, (Christine Kubys Anwalt), Seestr. 43, 1000 Berlin 65, Tel.: 030/ 465 72 40; Michael Spielhoff und Dieter Margsam (Brigitte Asdonks Anwälte), Ottenser Hauptstr. 41, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/390 01 03;

Knastgruppe Lübeck, c./o Brigitte Peukert, Beckergrube 78, 2400 Lübeck;

Unterschriftenaktion an Minister Claussen, c/o Hans-Georg Kreuzer, Gotenstr. 75, 1000 Berlin 62

Traktgruppe Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 13.



JUGENDSTRAFVOLLZUG

DA MÖCHTE MENSCH KEINE ZWANZIG MEHR SEIN

WIESBADEN/ SIEGBURG 15. Februar **Wenig dringt über die alltägliche Situation der Menschen in den Jugendstrafanstalten ans Licht der Öffentlichkeit. Ein wenig Einblick in den Jugendstrafvollzug geben hier zwei Berichte. Einer von einer Frau, die Kontakt zu Gefangenen der Jugendstrafanstalt Wiesbaden aufnehmen wollte. Der andere Bericht stammt von Dietmar, der im Jugendknast Siegburg einsitzt und sich einige Gedanken über den „guten" Jugendstrafvollzug gemacht hat.**

„Es gibt bisher kein Gesetz, das den Strafvollzug bei Jugendlichen regelt. Es sind Überlegungen im Gange, im Ruhrgebiet eine neue Haftanstalt zu bauen." (H. Bajon, persönlicher Referent von Justizministerin I. Doenepp / NRW)

Heinz Kühn, Beauftragter der Bundesregierung für Ausländerfragen, über die Perspektive von Ausländerkinder: „...Wenn wir das Geld nicht für Lehrer und Betreuer auszubringen bereit sind, werden wir es für Polizei und Strafvollzug aufzubringen bereit sein müssen."

ZUR SITUATION IN DER JUGENDSTRAFANSTALT WIESBADEN

In der JVA Wiesbaden sitzen jugendliche Straftäter ab 18 Jahren und älter ein. Der Knast wurde ursprünglich für 200 Gefangene gebaut, – jedoch, nachdem in der Untersuchungshaftanstalt Höchst aufgrund eines ziemlich starken öffentlichen Drucks die dortigen Sichtblenden nur noch für „erwachsene Straftäter" gerechtfertigt werden und folglich die jugendlichen Gefangenen wo anders untergebracht werden müssen (z.B. Wiesbaden oder Rockenberg), ist die Zahl der in Wiesbaden Inhaftierten mittlerweile auf 320 gestiegen, d.h. für die meisten dort: 6 qm für zwei Männer.

Die Politiker und sonstiges Volk predigen überall und immer die „Resozialisierung", aber wenn mensch hinter die Kulissen sieht, dann ist ganz schnell zu merken, das davon nicht mehr viel übrig bleibt. Werden sie diesbezüglich von der Öffentlichkeit in die Enge getrieben (z.B. beim letzten Hungerstreik in der JVA Höchst, s. ID 290–292) so begründen sie dieses Debakel immer wieder mit den fehlenden Finanzen, und damit niemand vergißt, wie sozialkritisch unsere Politiker doch sind, wird immer auch ganz schnell deren ach so guter Wille beteuert.

Ich habe dieses Gelalle satt; es ist so dermaßen volksverdummend, daß es bald zum Himmel stinkt. Ich behaupte, daß es weder die mangelnden Finanzen sind noch irgend ein anderer Grund, der hier die „Resozialisierung" so schwer realisierbar macht oder gar verhindert. Es wird gar nicht erst versucht, weil niemand überhaupt ein Interesse daran hat. Die Strafgefangenen sollen gar nicht zu bewußten, reifen und selbständigen Menschen erzogen werden; im Gegenteil, sie werden entmündigt, zu unkritischen, willenlosen Maschinen gemacht.

So wird in Wiesbaden vom hiesigen Anstaltsleiter z.B. ganz klar bestimmt, was die Gefangenen zu lesen haben und was nicht. Der „Ratgeber für Gefangene" oder ein Hetzblättchen wie den „ID" werden abgelehnt mit der Begründung: „..für den pädagogischen Vollzug nicht geeignet." Aber diese Erziehung durch staatliche Institutionen geht noch viel weiter. Z.B. wurde einem Gefangenen die Schreiberlaubnis mit einer Freundin verweigert, da „sie keine Bezugsperson für ihn sei . Ein Kontakt mit ihr würde sich nicht positiv auf dessen Entwicklung auswirken." Und ob positiv oder negativ, das entscheidet also der Anstaltsleiter. Mich erinnert das alles verdammt an 33, nur das damals die politischen Schulungen und Umerziehungen offensichtlicher durchgeführt wurden.

Wenn ein Gefangener für eine nichtverwandte Person eine Schreiberlaubnis beantragt, so meldet sich früher oder später die Polizei bei der betreffenden Person an. Und das einzige, was sie dann von einem wissen wollen, ist genau das, was sie sowieso schon wissen. Name, Geburtsdatum und -ort und Beruf. Und wenn mensch alles

schön beantwortet hat, gehen sie wieder. Vielleicht noch die Frage, in welchem Verhältnis mensch zu dem Gefangenen steht, aber darauf muß selbstverständlich nicht geantwortet werden.
Was jedoch wirklich hinter derartigen Besuchen steckt, wurde mir spätestens dann klar, als auch unsere WG die Ehre hatte, und wir einen Tag später bei dem zuständigen Polizeibeamten noch einmal genauer nachhakten. Seine Antwort: „Ja, es liegt zwar nichts gegen Sie vor (also nicht vorbestraft), aber die Wohnung müßte ich schon erwähnen. In diesem Saustall holt einer sich ja die Gelbsucht. Da kann man ja nichts essen drin."
Ich habe mir jedenfalls noch keine Gelbsucht in unserer Wohnung geholt, nur sind wir eben keine Sauberkeitsfanatiker, aber wer weiß, vielleicht ist das schon Grund genug, um keine geeignete Bezugsperson für einen Gefangenen zu sein.

Ich finde es unheimlich erschreckend, wie sehr es sich derartige Institutionen anmaßen, in die Persönlichkeit jugendlicher Strafgefangener einzugreifen und sie zu bestimmen. Das ist also der „pädagogische Strafvollzug" –– das ist die „Resozialisierung", fragt sich dabei nur, wohin resozialisieren. Aber willenlose, unkritische Maschinen können ja ruhig auch zu zweit in 6 qm große Zellen gesperrt werden. Ihnen können auch angefaulte oder erforene Kartoffeln serviert werden und, und, und.......

Und – daß unsere ach so sozialkritischen Politiker selbst nicht an ihr eigenes Reformgewichse glauben, wird spätestens dann erkennbar, wenn der kanadische Justizminister zur „Kriminellenbeschauung" nach Preungesheim und Wiesbaden kommen, und es deswegen montags für alle Schnitzel gibt, natürlich für den Minister ein besonders großes Stück; und die Gefangenen von den Aufsichtsbeamten zu einer angemesseneren Haltung ermahnt werden (am Besten die Klappe halten); und in der Anstaltsbücherei gibt es plötzlich 7000 Bücher, was absolut erstunken und erlogen ist.

Ja in Deutschland leben die „Prisoners" (Gefangene, anm. d. Red.) eben wie Gott in Frankreich, und der Kommentar des Kanadiers war zu allem „very fine, very fine". Diese Imagepflege haben sie wohl nötig, weil sie sehr genau wissen, daß das an alle dem, was sie in der Öffentlichkeit verbraten, nichts aber auch gar nichts dran ist.

Kontaktadresse: **Ilka Wieland, Kaiserstr. 32, 6050 Offenbach (Main)**

DER „GUTE" STRAFVOLLZUG

Da ich nun schon vier Jahre Jugendknast hinter mir habe (Dietmar stehen noch 30 Monate Knast bevor, Anm.d.Red.), worauf ich nicht stolz bin, stellt sich mir aber die Frage: Was bewirkt unser so hochgelobter Jugendknast? Ich sehe beim besten Willen, auch heute noch keinen Sinn, daß dieser in irgendeiner Weise, je etwas bringen kann oder wird. Jeder weiß, daß mensch einem Phantom hinter herläuft, daß sich kesserweise Resozialisierung nennt. Ich glaube, der ganze Jugendstrafvollzug, in der BRD und West-Berlin hat überhaupt keine realistische Basis aufzuweisen. Von daher ist es schon eine Frechheit, ein Wort wie Resozialisierung in „unseren" Jugendknästen überhaupt in den Mund zu nehmen, dann aber noch auszusprechen, ist geradezu abartig.

Wie sollen wir denn sozialisiert werden, wenn versucht wird uns zu Asozialen zu machen. Selbst deutsche Jugendrichter wissen, wie zerstörend gerade der Jugendknast in seiner jetzigen Form ist. Das hindert sie aber nicht daran, auch weiterhin Kinder im Alter von 14, 15 Jahren in den Knast zu schicken, unter dem Spruch: „Knast aus erzieherischen Gründen."

Mensch muß glauben, hier sind Wahnsinnige am Werk, was sie für mich auch sind. Denn seit wann ist der Knast eine Alternative für die Opfer unseres Systems?

Denn woher kommt es denn, daß soviele Jugendliche im Knast enden?

Ich behaupte, die Staatsgötter fordern die Kriminalität von uns Jugendlichen. Heute wird der junge Mensch sobald er aufmuckt, in den Knast verbannt, um hier zerbrochen zu werden. Ich selbst kenne Knast als ein Haus der brutalen Härte. Was von Seiten der Kerkermeister noch gefördert wird. Nun solange die Knackis sich untereinander die Fresse einhauen und beklauen, kann die Anstaltsleitung zufrieden sein. Der Knackie frißt das System der Gewalt untereinander so perfekt, daß er nie auf die Idee kommt und auch mal fragt, wozu das gut sein soll. Würden die Knackis soetwas wie Solidarität kennen, könnten die Kerkermeister siegreich bekämpft werden. Nur weil sie genau wissen, daß sich die Knackies gegenseitig alle machen, können sie hier Dienst schieben.

Oder das gute Fachpersonal wie: Psychologen etc., davon habe ich noch nie einen zu G[illegible]cht bekommen, Falls je welche vorh[illegible]den sind, frage ich mich, wozu sind sie da? Denn wenn einer seine Zelle mal klein haut, weil ihm alles stinkt, rückt so ein verkapptes Rollkommando an, was für mich einem Schlägertrupp gleicht, um denjenigen in den Bunker zu bringen, dem die Nerven durchgegangen sind.

Wenn wir dann wieder in die „soziale Gesellschaft" entlassen werden, sind wir meist mir den Nerven am Arsch. Bleibt es da aus, daß sie hingehen und die zerstören wollen, die sie zerstören? Nee, bestimmt nicht. Nach einer gewissen Zeit wandern sie dann wieder ab in den Knast. Nun was hat also der „gute" Jugendknast aus einem gemacht. Nur ein kaputtes Wesen, der mit allem fertig ist.
So und nicht anders läuft es im Jugendknast!
Hier werden Menschen gezielt und bewußt für immer zerstört. Nun liebe Leute, ich selbst scheiße auf die gute Gesellschaft, ich kenne nur noch eins, was wohl für mich das beste ist: Kampf für die Menschlichkeit in Jugendknästen!

Wenn es sein muß sogar mit Gewalt, denn nicht alle sollen hier drin kaputt gehen.
Daher meine Parole:
Kampf und Sieg für'ne Menschlichkeit hinter Mauern oder Blut im Stiefel!!

Wer Dietmar schreiben will, seine Adresse lautet:
Dietmar Hartmann, JVA, 5200 Siegburg

ICH „BAT" UM EINE WOCHE ARREST ....

HAMBURG 31. Januar *Die Würde des Menschen ist unantastbar.. Na, lassen wir's. Was einer anstellen muß, um im Knast überhaupt arbeiten zu „dürfen", welch erniedrigender Handel mit Arbeitsplätzen, um die sich die Gefangenen reißen müssen, im Knast getrieben wird, schrieb Hans-Joachim Both auf, der deswegen in den Hungerstreik getreten ist. Alltag in der JVA Fuhlsbüttel:*

Bitte für Volvo arbeiten zu dürfen

Nach dreiwöchigem Bitten um Arbeit wurde mir endlich zum 24. Januar Arbeit in dem hiesigen Fabrikationsbetrieb der Fa. Volvo zugewiesen. An diesem Tage fühlte ich mich krank. Ich leide an irgendeiner Unterleibsgeschichte, die von den Knastärzten angeblich nicht feststellbar ist, deren Ursachen ich jedoch in den zeitweise eiskalten Zellen im Erdgeschoß dieses Gefängnisses sehe. Ich habe mehrere Male um Verlegung gebeten. Erfolglos! Am 24.1. hatte ich wieder erhebliche Schmerzen und ging morgens ins Revier. Dort durfte ich nicht arbeitsunfähig geschrieben werden, so sagten sie mir und verwiesen mich auf eine Arztmeldung. Der Arzt sollte am nächsten Tag kommen. Da ging ich dann hin. Ich ließ mich nicht krankschreiben. Mir ging es zwar noch immer nicht gut, doch ich hoffte, am Montag wieder arbeitsfähig zu sein.

Am Freitagmittag, etwa um 11 Uhr, ließ mich der Arbeitsinspektor Reiß zu sich holen. Ich lag im Bett, hatte Schmerzen und fragte den Beamten, was Reiß von mir wolle. Ich bat den Beamten, Reiß mitzuteilen, daß er mir sein Begehr mitteilen möge. Daraufhin erfolgte nichts.

„Arbeitsverweigerung" – Fernsehverweigerung

Am Montag, 28.1., trat ich die Arbeit an. Dort wurde ich sofort wieder in meine Zelle geschickt. Begründung: Ich sei abgelöst worden. Gleichzeitig erfuhr ich, daß gegen mich ein hausinterner Strafantrag „Gelber Zettel" wegen Arbeitsverweigerung vorläge. Etwa eine Stunde später kamen zwei Beamte in meine Zelle und verlangten die Herausgabe (lt. Abteilungsleiter Hammer) meines Fernsehgerätes. Ich weigerte mich. Sie drohten mit Verstärkung. Ich gab das Gerät ab. Ich verlangte Hammer zu sprechen. Erst in der Mittagspause wurde ich vorgelassen. Hammer vernahm mich zu dem gelben Zettel. Ich schilderte ihm den Ablauf. Er notierte, aber es interessierte ihn nicht. Auf meine Bitte, das TV wieder herauszugeben, verwies er mich auf den am Donnerstag stattfindenden Strafrapport. In seiner Eigenschaft als Abteilungsleiter, der die Vorermittlungen eines internen Strafantrages zu untersuchen hat, hätte er von meiner „Unschuld" überzeugt sein müssen. Er wäre so gar nicht zum Rapport gekommen.

Am Donnerstag, 31.3., Strafrapport. ... Der Vorwurf der Arbeitsverweigerung mußte fallengelassen werden. Ich hatte nachträglich für die beiden fehlenden Tage (24. und 25.1.) eine Krankmeldung beigebracht. Aus der Verweigerung wurde also nichts. Reiß versuchte mich dann auf mein Nichterscheinen auf seine Aufforderung festzunageln. Ich erklärte, daß ich mit Schmerzen im Bett gelegen hätte... Ich hatte den Eindruck, daß Reiß beleidigt war. Er war mit seiner Anzeige wegen Arbeitsverweigerung gegen mich nicht durchgedrungen, jetzt schien er trotzdem noch irgendwie zu seinem Recht zu kommen. Er sagte, er würde mich also fortan als „schuldhaft ohne Arbeit" führen. Ich antwortete, daß das doch wohl nur ein Witz sei. Er selber hätte vor allen Anwesenden soeben bestätigt, daß ich ihm wochenlang wegen Arbeit hinterhergelaufen sei und außerdem – das sei nachprüfbar – hätte ich in dieser Anstalt stets „freiwillig" gearbeitet. Er behauptete, ich hätte die Arbeitsablösung selbst verschuldet. Er hätte am Freitag mit mir sprechen wollen und ich wäre seiner Aufforderung nicht gefolgt. Dr. Stark forderte mich auf, draußen auf dem Flur zu warten. Das Tribunal wollte beraten.

Ich wurde wieder hereingerufen. Das mit der Arbeitsverweigerung wurde eingestellt. Dafür erhielt ich einen Verweis. Für die Nichteinhaltung der Aufforderung von Reiß soll ich fortan „offiziell" „schuldhaft ohne Arbeit" geführt werden, bis mir eine neue Arbeit zugewiesen wird. Ich erklärte, daß ich soeben erst wieder – am Morgen vor dem Rapport – einen Antrag auf Arbeit eingereicht hätte. Ich sei also arbeitswillig. Von schuldhafter Arbeitslosigkeit kann mit keinem Wort die Rede sein. Das ist vollkommen paradox. Mein Einwand interessierte die Herren nicht. Es sei keinerlei Arbeit da und außerdem könne ich mich ja beschweren. Ich bat um die Wiederaushändigung meines Fernsehers. Abgelehnt ! Wer schuldhaft ohne Arbeit ist, erhält keine TV-Genehmigung.

Ich sagte, daß ich mich gegen dieses Willkür-Urteil wehren würde, da ich mir denken kann, was jetzt entsteht. Reiß hat keinen Bock mehr auf mich. Also wird er mir vorläufig auch keine Arbeit zuteilen. Solange gibt es auch kein TV. Außerdem gibt es bei „schuldhafter Arbeitslosigkeit" auch kein Taschengeld. Das sind zwar bloß monatlich etwa 25 Mark, aber als mittelloser Gefangener ist das für mich 'ne Menge Geld. Bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit hätte ich einen Rechtsanspruch auf das Geld. Interessierte die Herren nicht. Raus. Abgang. Zurück auf die Zelle.

Hungerstreik

Beschweren, beschweren... Alles schön und gut, aber ändert das die Willkürmaßnahmen, unter denen wir ständig zu leiden haben? Da sitzt ein Anstaltsleiter, also der Boß dieses Knastes, hört sich meine Stellungnahme an und ich merke, aus seiner Sicht stimmt er mir zu. Das zeigt letztlich auch der Verweis, den er pro forma erläßt. Da pfeift einer seiner Untergebenen ein paar beleidigte Drohungen und der Chef, der sein Gesicht nicht verlieren möchte, gibt diese Sanktionen unkritisiert weiter.

Ich „bat" als Ersatz für diese „Bestrafung" um eine Woche Arrest. Wurde abgelehnt. Ich könne mich ja beschweren. Ich bin mir darüber klar, daß der Hungerstreik das letzte Mittel eines Gefangenen gegen die alles bestimmende Obrigkeit ist. Ich weiß auch, daß dieses Streikmittel sich gegen einen selbst richten kann. Aber in diesem Fall fehlt mir der Anreiz, den Rechtsweg zu gehen, der so wenig Aussichten auf Erfolg aufweist. Ich will meine Rechte nicht irgendwann, sondern hier und heute. Ich werden auch bereit sein, meine „Pflichten" zu erfüllen.

Ich habe Dr. Stark ausrichten lassen, daß ich ihn ganz allein für diesen Streik verantwortlich mache. Kein Reiß oder sonstwer hat entschieden. Er hat sich von den Emotionen seiner Untergebenen leiten lassen...

Dagegen wehre ich mich mit diesem Hungerstreik.

Meine Forderungen:

1. Die Eintragung, daß ich schuldlos ohne Arbeit bin bzw. sofortige Zuweisung einer Arbeit.
2. Sofortige Herausgabe meines Fernsehgerätes.
3. Sofortige Verlegung – aus Gesundheitsgründen – auf eine andere Station.

Ich bin seit heute mittag, 31. Januar im unbefristeten Hungerstreik bis zur Klärung meiner berechtigten Forderungen.

Hans-Joachim Both, JVA Fuhlsbüttel, 2000 Hamburg 63.

und was ist jetzt mit ihm? ist immerhin schon 3 Wochen her !!

Einige Antworten auf einige Antworten

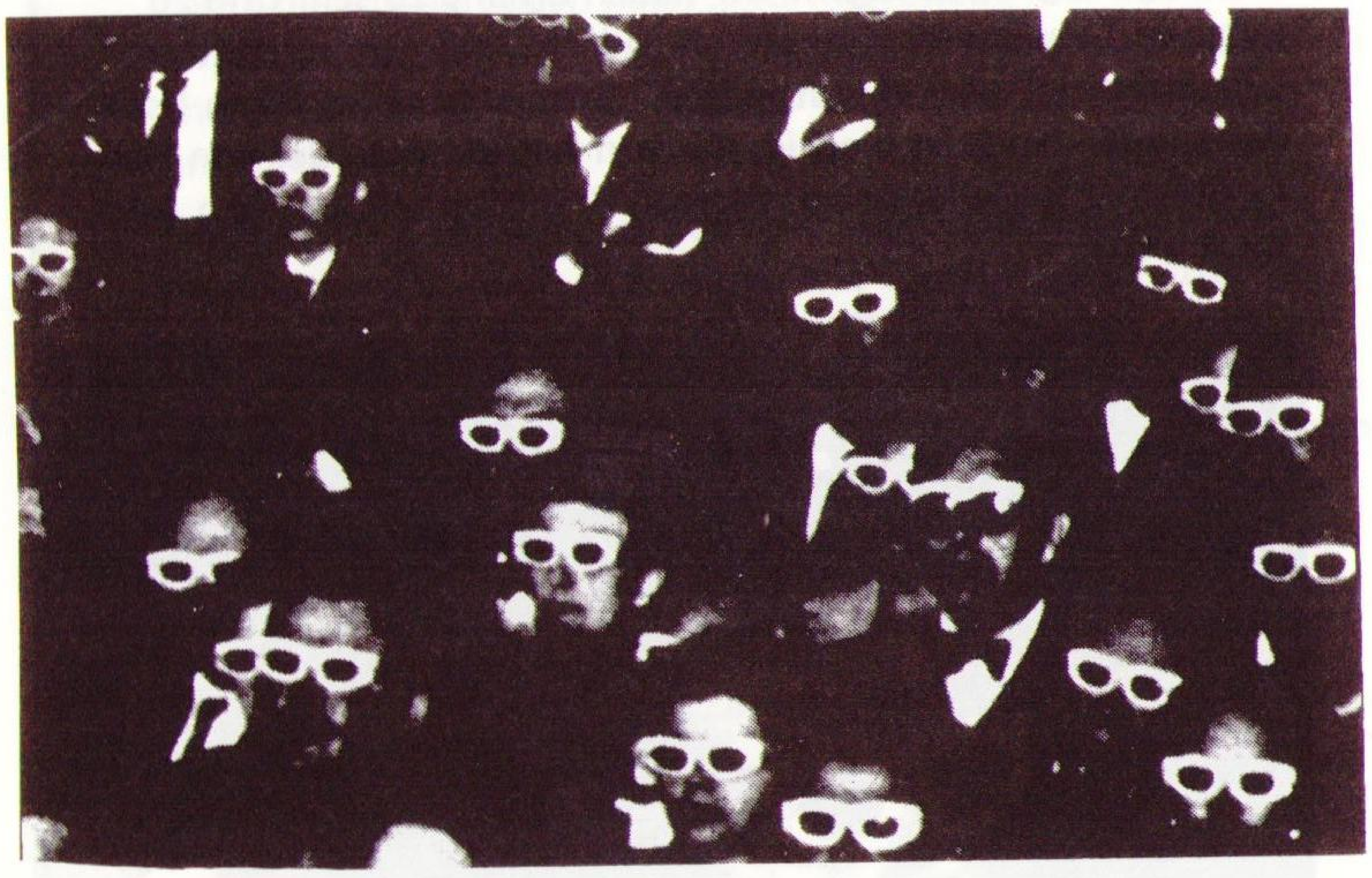
„DU BIST EIN GROSSER EGOIST, PPZ"

In der Nr. 319 druckte der ID (ebenso wie der „Arbeiterkampf" einen Beitrag von Peter Paul Zahl, in dem dieser Stellung bezieht zur Diskussion der politischen Gefangenen (aller Gefangenen) um „interaktionsfähige" Gruppen oder „Normalvollzug". An der Diskussion sind u.a. Norbert Kröcher, Ali Jansen, Karl-Heinz Dellwo und Roland Augustin von den verschiedenen Positionen her vehement beteiligt.

Im nachfolgenden Brief nimmt Heinz-Jürgen Gironi, der genau wie Peter Paul Zahl in den „Genuß" des Strafvollzugs in der Anstalt Werl kam, Stellung zu Peter Paul Zahls Beitrag „Einige nötig gewordene Antworten":

Peter Paul Zahl, ich habe vor ein paar Tagen den „Arbeiterkampf" Nr. 170 bekommen und auch die Seite 50 gelesen. Und da wir Werler Gefangenen in deinem Brief zumindest indirekt auch vorkommen, und ich dich und auch den Ali Jansen kenne (mit dem ich übrigens jeden Tag bei der Freistunde für eine Stunde zusammen bin), will ich zu deinem Brief auch was sagen. Ich kann zwar nicht behaupten, für viele oder gar alle Gefangenen zu sprechen, aber immerhin doch für den größten Teil derjenigen, mit denen ich hier in Werl näheren Kontakt pflege.

Für uns bist du ein Mensch mit zwei Gesichtern:



Nach außen, zu deinen Genossen und deren Zeitungen, bist du der alle Menschen liebende Revolutionär, nach innen gegenüber deinen Mitgefangenen bist du ein zynischer und arroganter Kerl, der in jeder Sekunde herausstellen will, daß er was besseres wie wir kriminellen Gefangenen ist. Ich und auch einige Mitgefangene erinnern uns noch gut an die Zeit, als du hier im Haus 3 lagst. Und dabei erinnern wir uns ganz besonders an die Freistunden, wenn du auf dem Rasen liegend Audienz abzuhalten pflegtest. Deine überheblichen Bemerkungen und noch schlimmer dein zynisches Lächeln sind uns allen in sehr guter bzw. schlechter Erinnerung geblieben. Dazu bist du noch ein großer Egoist. Solange wir für dich und deine privaten Ziele brauchbar waren, hast du von uns Gebrauch gemacht (auch in deinem Verhältnis zur Gefängnisleitung).

Zu deinen Auseinandersetzung mit dem Ali Jansen habe ich hier nichts zu sagen. Von eurer Theorie verstehe ich zu wenig, um groß darüber zu diskutieren. Und wahrscheinlich, das nehme ich wenigstens stark an, wird der Ali dir auch direkt antworten. Der kann das auch besser. Zu sagen haben wir aber einiges zu der Rolle, die der Ali und du hier in Werl einnehmen. Du bist (und da hilft dir dein ganzes Abstreiten und schönes Schreiben nichts) einer der Gefangenen, der voll auf die Leimrute der Justiz gekrochen ist. Und da sitzt du ganz feste drauf. Nicht umsonst bist du einer der wenigen, der auf der Schulstation ist.

Du hast in den 7 Jahren Knast nicht „sieben Jahre Widerstand" geleistet, sondern du hast dich nach draußen 7 Jahre lang gut verkauft und bist hier drinnen immer nur so weit gegangen, daß du die „Herren des Morgengrauens" nicht ernsthaft auf dich böse machtest.

Und wenn du dich darüber aufregst, daß der Karl-Heinz Dellwo (den ich im Knast auch kurz kennengelernt habe) sagt: „Und da haben wir auch immer noch eine größere Relevanz als ihr!", dann regst du dich über die Wahrheit auf. Oder willst du etwa abstreiten, daß das Verhalten von Ali (der ständige Widerstand von ihm, der auch durch den übelsten Terror nicht klein beigab und gibt) hier keine größere Relevanz als dein schmeichelndes Gekläff hat. Für jeden, der die Schnauze gestrichen voll hat wegen der völlig wahnsinnigen Bedingungen hier im Werk ist der Ali auf alle Fälle 1.000 mal eher eine Orientierung, als du mit deinem angepaßten Verhalten. Und wenn es einer ist, der sich keine Angst über „blaue Augen" machen muß, ist er es und nicht du. Die Bemerkung war überhaupt die größte Frechheit von dir.

Das einzige, was du hast, ist eine große Lobby von Schönschwätzern, was dir am meisten fehlt, ist ein Rückgrat. Laß dir eins wachsen und dann kritisier den Ali und seine Genossen. Aber das wäre dann ja unnötig, weil du deine Arschkriechereien nicht mehr mit Giftspritzereien verdecken müßtest.

Noch was, von wegen Resonanz. Am besten informiert uns da die Justiz selber. Warum werden wohl die Gefangenen, die mit Ali während der Freistunde reden, durch die Gefängnisleitung so massiv unter Druck gesetzt? Ich könnte dir da einiges erzählen. Als du noch hier im Haus 3 lagst, haben wir sowas nie erlebt.

Heinz-Jürgen Gironi, Postfach 301, 4760 Werl.

„HAUSSE" oder „BAISSE"?

Auf ihrem Münsteraner Beratungskongreß am 2./3. Februar beschlossen die Bunten und Alternativen Listen Hessens, sich für eine Wiederaufnahmeverfahren für Peter Paul Zahl, Freispruch für Astrid Proll, Freilassung von Peter Egloff, Einstellung des Verfahrens gegen Brigitte Heinrich, Abschaffung der Hochsicherheitstrakte und interaktionsfähige Gruppen im Strafvollzug einzusetzen. Die Grünen und Bunten planen Veranstaltungen zwecks Geldbeschaffung für diese Kampagnen. Dazu antwortet Peter Paul Zahl in einem Brief an Alexander Schubart (GLH, Paul-Kornfeld-Weg 45, 6000 Frankfurt 50, Tel.: 0611/586605):

Lieber Aschu,

selbstverständlich freue ich mich zunächst darüber, daß der Münsteraner Beratungskongreß der Bunten und Alternativen Listen die Idee einer Kampagne entwickelte und diskutierte, Betroffenen der politischen Justiz – ists nicht jede? – konkret zu helfen. Freue ich mich über die Initiativen zugunsten von Astrid Proll, Brigitte Heinrich, Peter Egloff, P.P.Z. und alle Gefangenen, die unter die „Maßnahmen der HÄFTLINGSÜBERWACHUNG" und deren schärfsten Ausdruck, den „Hochsicherheitstrakt" fallen, gefallen sind. Auch wir waren und sind der Meinung, daß Einzelfallhilfe und Kampagnenpolitik zusammengehen können und sollen. Nicht umsonst hieß die Dokumentation der PPZ-Initiative: „AM BEISPIEL....."

Aber genau da setzen auch meine Bedenken ein.

Wird es geschafft, den Einzelfall für viele Fälle zu nehmen? Wird es geschafft, am konkreten das Allgemeine zu verdeutlichen? Manchmal, fürchte ich, eben nicht. Ich verstehe viele — und nicht die Schlechtesten — nur zu gut, wenn sie mosern, motzen, polemisieren, ist „mal wieder" nur vom (einigermaßen „reputierlichen") Einzelfall, von Astrid, Brigitte, PPZ die Rede. Auch ich frage nach — den anderen, auch und vor allem nach jenen, deren „Linie" mir nicht im geringsten paßt (mein offner Brief, kürzlich in der Alternativpresse veröffentlicht, an einige RAF-niks mag da ein Beispiel sein), aber auch nach jenen, die Öffentlichkeit dringend brauchen, jenen, die die Peitsche Baums und des BGH und der OLGe und des BKA zu spüren bekommen, derweil bei uns andren, mittlerweile Bekannteren das winzige Stück Zuckerbrot, das da gereicht wurde, von der Systempresse zum süßen Gebirge umgelogen wird.

Mags auch zur Zeit verwegen erscheinen angesichts der seit kurzem laufenden Hetzkampagne der Rechten gegen mich anläßlich der Verleihung des Bremer Förderpreises für Literatur an mich, der (gerichtlich erzwungenen) „Ausführung" nach Bremen, der nun er folgten Verlegung nach Berlin von seiten der CDU (Bremen, Berlin, Nordrhein-Westfalen), Springerpresse, FAZ, Deutscher National- und Soldatenzeitung, Gewerkschaft der Polizei (Bremen und Berlin), XY-Zimmermann et tutti quanti — der P.P.Z. ist z.Zt. aus dem Gröbsten raus und hat einen „guten Ruf" bis selbst in SPD-Kreise hinein; bei Astrid, Brigitte und Peter ists ähnlich, Baums Strategie zeitigt Folgen.

Der Hochsicherheitstrakt in Berlin-Moabit wurde nun belegt. Zurecht wird getrommelt!

Aber sind die HS-Trakte in Celle, Straubing, Köln-Ossendorf und Frankenthal nicht schon längst belegt? Haben wir geschwiegen, weil wir die unmaterialistischen Sprüche der RAF Reste einfach nicht mehr hören können? Weil — gewiß — von ihrer Seite aus und durch verwirrte „Antifa"-Gruppen Solidarität nur zu oft instrumentalisiert wurde?

Sind wir nicht verantwortlich gewesen für eine hirnlose Aktion wie die dpa-Besetzung in Frankfurt? Weil wir auch sortierten: die guten ins.... die schlechten ins....?

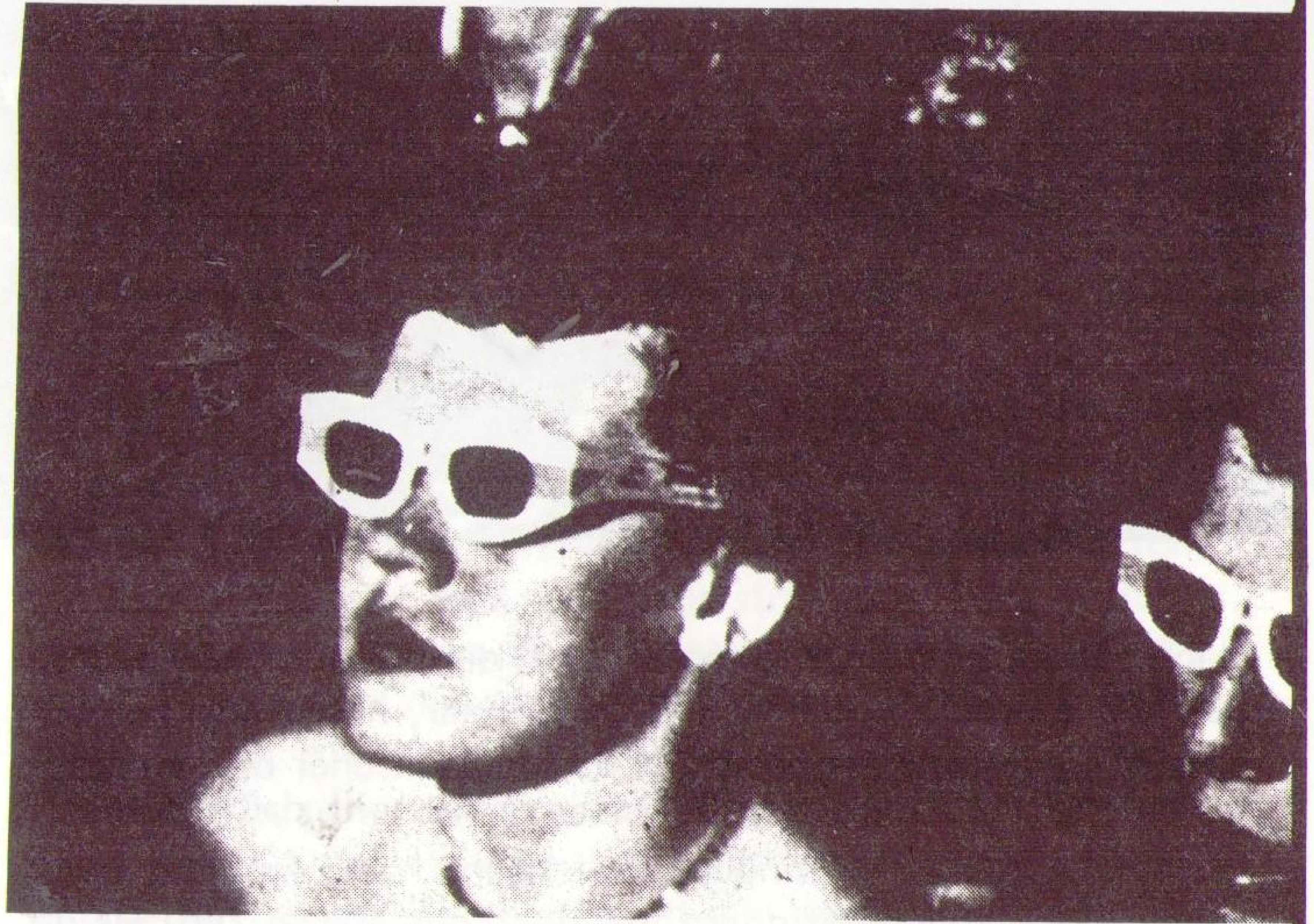
Ich finde Eure Debatte und Initiative gut.

Ich erkläre mich zur Mitarbeit bereit.

Unter der Voraussetzung, daß wir nicht mehr selektieren; daß wir wirklich am Einzelfall den Allgemeinfall verdeutlichen. Wir haben geschwiegen zum „Schmücker"-Prozeß, in dem Ilse Schwipper-Jandt just mit den dreckigen Fricks zur lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, welche die internationale Öffentlichkeit im Astrid-Prozeß hat verhindern können; in Düsseldorf, auf dem Gelände der Polizeikasernen findet ein Inquisitionsprozeß im Stile Franco-Spaniens statt, der gegen Manfred Adomeit und Norbert Kröcher. Bis auf einige unverdrossene Düsseldorfer und Berliner Freaks achtet keine Sau darauf, was da an Schweinereien passiert; in Werl läuft Lothar Gend, wegen eines Schusses in eine Polizeiferse (von dem nicht mal klar ist, wer ihn abfeuerte - vermutlich ein Kollege des Polizisten), wie ich, zu fünfzehn Jahren Knast verurteilt, herum, läuft rum mit Rheuma, kaputten Nerven, kaputtem Kreislauf, kaputtem Verdauungssystem, läuft rum wie ein „Muselmann" in Dachau — und wir schweigen und schweigen und lassen's zu; in Celles Hochsicherheitstrakt sitzen sie zu dritt - und wir leiern eine Kampagne an für jene, die aus dem Schlimmsten raus sind.

Raus, weil sie kämpften, Widerstand leisteten, ständig informierten. Raus, weil sie noch Familien und Fr eundinnen und Freunde und Genossinnen und Genossen und liberale Mitstreiter und, vielleicht, auch Talent für dies und das hatten.

Lieber Aschu,
um es ganz grob zu sagen: wir haben bislang zu sehr und zu lange in Tauschwert-Kategorien gedacht und gehandelt. Der „Tauschwert" des „Knastpoeten" Zahl ist hoch, der von Ilse Schwipper-Jandt ist niedrig, der von Astrid hoch, der von Harry Stürmer in Celle gering, der von Brigitte hoch, der von Adomeit unten.



Ist es so?

Wenn ja, wie ändern wir's?

Setzen wir auf „Hausse" und „Baisse"?

Es ist wichtig, die Idee einer Kampagne aufzugreifen und in die Praxis umzusetzen, die AM BEISPIEL..... klarmacht, wo's lang geht. Beweisen oben angeführte Beispiele aber nicht, daß wir zu träge waren, das BEISPIELhafte zu sehen? Blieb dann nicht immer wieder „der Fall X" oder der „Fall Y" im Gedächtnis haften?

Wie ändern wir's?

Ich weiß es nicht. Ich begreife offen gestanden, vieles nicht, was „draußen" läuft; begreife die Liquidierung basisdemokratischen Denkens bei den Grünen nicht; begreife Flipper- und Chaotentum in linken Projekten nicht mehr; begreife nicht, warum die MAGNA CHARTA der Gefangenenbewegung nicht viel mehr diskutiert wird, vermaßt wird; begreife eine Menge nicht oder nicht mehr oder noch nicht: bin im Knast.

Wenn ich JA sage zu Euren Ideen, JA zu den von Dir genannten 5 Punkten, dann unter obigem Vorbehalt, dann mit den genannten Einwänden.

Es ist wahr, daß die Freisprüche oder Freilassungen von Brigitte Heinrich, Astrid Proll, Peter Egloff, P.P. Zahl ein Zeichen sein können, eine „Tendenzwende", ein Atemholen im Kampf, wichtige Etappen im Kampf um Fr eiheit und Selbstbestimmung; ebenso können sie das Linsengericht sein, mit dem Baums Strategen unser Schweigen oder auch nur unser Innehalten erkaufen.

Denn zutiefst erschrocken bin ich immer noch über den Mangel an Großem Atem, an konkreter Utopie, dann etwa, wenn ich verständnislos gefragt werde: „AMNESTIE FÜR ALLE, P.P.? Wie geht das denn...?"

Ein Einwand gegen meine Fragen könnte natürlich lauten: wenn wir ALLES fordern, werden wir NICHTS durchsetzen; und: sind erst Astrid und Brigitte und Peter freigesprochen, und ist auch der P.P.Z. auf „freiem" Fuß, haben wir viel erreicht. Gewiß. Und ich habe wahrlich nichts dagegen. Aber ich halte es mit Maurice Sendak: „Es muß m e h r als alles geben!" Das von Euch erwogne Flugblatt sollte, meine ich, diese Fragen ventilieren.

Die Serie von Kulturveranstaltungen - warum nicht auch andre? Auf „Kultur" fahren zu viele ab, wir erlebtens auf vielen Benefiz-Veranstaltungen. Da wo „der Biermann" wichtig, der Anlaß unwichtig wurde – was nicht an Biermann liegt! – sollte die Forderungen nach „Normalvollzug" für alle im Mittelpunkt stehen. Am Einzelfall wollen wir lediglich verdeutlichen. Kommt für den „Einzelfall" unterm Strich was raus – um so besser.

Und: in die Kampagne, sollten so viele Organisationen wie möglich und so viele Individuen wie's geht eingeschaltet werden. Für Astrid, Brigitte, Peter und P.P. setzen sich – was unbedingt für sie spricht! – mittlerweile auch Jusos und Judos, evangelische und katholische Studentengemeinden, Naturfreunde und SPD-Pressesprecher, die „Vier Aufrechten" im Bonner Bundestag, Humanistische Union und Schriftstellerverbände, PEN-Clubs und Teile der Gewerkschaft ein. Bei den fünf Forderungen, die Du aufzähltest, muß es möglich sein, alle an einen Tisch, auf eine Bühne, in eine Veranstaltung zu bringen. Alle – bis auf die Reaktion.

Freiheit und Glück!

P.P.

Seidelstr. 39, TA II 1000 Berlin 27

GEGEN VERMENGUNG VON BUNTER LISTE UND KB

Hamburg
28. Januar

Mit fast vier Prozent der Stimmen schockte die Bunte Liste Hamburg 1978 die etablierten Parteien bei den Bürgerschaftswahlen (entspricht den Landtagswahlen in den anderen Bundesländern). Die FDP flog aus dem Parlament heraus. In Hamburg-Eimsbüttel schaffte es die Bunte Liste sogar, mit genau fünf Prozent zwei Abgeordnete in die Bezirksversammlung (entspricht dem Kreistag) zu gelangen. Zusammen mit sieben Ausschußmitgliedern melden sich jetzt diese beiden Bezirksabgeordneten in einer Erklärung gegen Bestrebungen innerhalb der Bunten Liste zu Wort. Es wird dem KB (Kommunistischer Bund), vorgeworfen, übelste Machtpolitik gegenüber Bunte Liste-Mitgliedern zu betreiben, die auch bei den 'Grünen' mitarbeiten. Hier Auszüge aus der Erklärung:

ERKLÄRUNG DER ABGEORDNETEN DER BUNTEN LISTE/EIMSBÜTTEL

Die Einheit und der Pluralismus der BUNTEN LISTE sind akut gefährdet. Während in anderen Bunten und Alternativen Listen eine solidarische Debatte um die Frage der Mitarbeit bei den 'Grünen' läuft(eine Diskussion, die wir angesichts der komplizierten Lage für selbstverständlich halten), ist dieses Problem in Hamburg von Anfang an vom KB als Diffamierungs-Kampagne gegen die Befürworter einer Mitarbeit bei den 'Grünen' und als Machtkampf um Vorstandsposten benutzt worden.

Nach dem Karlsruher Kongreß hat der KB seinen Kurs enorm verschärft:

1) Im „Arbeiterkampf" Nr. 169 werden die 'Bunten' bei den 'Grünen' diffamatorisch mit den Jusos in der SPD gleichgesetzt und ihr Engagement für fortschrittliche Positionen in Karlsruhe als Bemühungen um „kosmetische Veränderungen" bezeichnet. (...) Auf dieser Grundlage kommt der KB zu der Aussage, daß die bei den 'Grünen' eingetretenen Linken bereits keine 'Bunten' und 'Alternativen' mehr sind und „Ihre Wege werden sich nun auf längere Sicht von den Bunten und Alternativen trennen". Diese Auffassung zielt eindeutig auf Spaltung der Bunten Liste (nicht nur in Hamburg) ab und läßt lediglich Form und Zeitpunkt offen.

2) Seit einigen Tagen verteilen 4 Vorstandsmitglieder der BUNTEN LISTE ein Flugblatt „Grüner Putsch in der Bunten Liste", bei dem die Federführung des KB nicht zu übersehen ist. Wie die Überschrift schon andeutet, ist hier eine neue Sprachregelung gefunden, in dem von „grünen Flügel der Bunten Liste", der „grünen Mehrheit des Buli-Vorstandes" und lächerlicher Weise „grüne Majorisierungsversuchen" gesprochen wird. Das Flugblatt geht gegen Bemühungen, die Freunde und Mitglieder der BUNTEN LISTE,die bei den 'Grünen' mitarbeiten, zur Teilnahme an der Buli VV zu bewegen. Da die Buli keine formale Mitgliedschaft kennt und bisher um größtmögliche Offenheit bemüht war, muß dieses Flugblatt als erster Schritt in Richtung Unvereinbarkeiten bzw. zunächst "Mitglieder zweiter Klasse" verstanden werden.
Nicht mehr die politisch radikaldemokratischen Auffassungen stehen hier im Mittelpunkt, sondern die Mitgliedschaft bei den 'Grünen' wird zur Scheidelinie erhoben, die sogar die Teilnahme an einer Buli VV nicht mehr als wünschenswert, sondern als bedrohlich erscheinen läßt.
Die beiden Eimsbütteler Abgeordneten sowie die Mehrheit der Ausschußmitglieder sind den 'Grünen' beigetreten, um dort für bunte Ideen einzutreten. unsere Parlamentsarbeit und unsere Zusammenarbeit mit den Bürgerinitiativen wird sich dadurch nicht im geringsten ändern. (....)

3) Wir haben das ‚Beschlußprotokoll' des leitenden Gremiums des KB vom 14.1.80 erhalten, aus dem nähere Einzelheiten zu seinen weiteren Planungen bzgl. der BUNTEN LISTE zu ersehen sind.

a) der KB hat beschlossen, alle Mitglieder seiner Hamburger Ortsgruppe zu dieser VV zu mobilisieren, unabhängig von der Frage, ob diese KB Mitglieder überhaupt in irgendeiner Weise mit Buli-Arbeit befaßt sind, was für die wenigsten zutrifft: „um zahlreiches Erscheinen wird gebeten." (....)

b) Die so erreichte Mehrheit des KB soll unverzüglich zur Übernahme der bisherigen Buli Gremien führen. „Dementsprechend ist es notwendig, alle Gremien der Buli, die Zeitungsarbeit usw. so umzugestalten, daß sie bei Wahrung eines Pluralismus (? ?) den realen Strömungen in der Buli Rechnung tragen, statt in undemokratischer Weise die Vorherrschaft der grünen Fraktion fortzuführen." (aus Beschlußprotokoll des LG 14.1.80) Unter „realen Strömungen" versteht der KB sich selbstverständlich zuerst einmal selbst, was aus den Mobilisierungsanstrengungen gegenüber seinen Mitgliedern leicht er-

sichtlich ist. Tatsächlich existiert keine grüne Fraktion in der BUNTEN LISTE. Etwa 500-600 Mitglieder bzw. Freunde der Bunten Liste Hamburg sind allerdings inzwischen den grünen Kreisverbänden beigetreten und bemühen sich, hier eine Arbeit im Sinne der Buli zu leisten.

c) in seinem Rundbrief präzisiert das LG des KB die im „Arbeiterkampf" angekündigte Trennung auf „längere Sicht": „Dabei ist vorerst die Existenz einer grünen Fraktion in der Buli als Tatsache zu respektieren. Das Wörtchen vorerst verrät mit am deutlichsten, daß die jetzige Situation nur als kurzfristige Übergangslösung angesehen wird und nach einem günstigen Zeitpunkt der Spaltung der BUNTEN LISTE Ausschau gehalten wird. (...)

Der vorprogrammierten Spaltung der BUNTEN LISTE will der KB offensichtlich eine Phase vorschalten, in der er zunächst alle Gremien mit Leuten seiner Wahl besetzt, zu wichtigen Versammlungen in „voller Mannschaft" erscheint und zusätzlich das Kräfteverhältnis in der BUNTEN LISTE dadurch verändert, daß er durch eine systematisch gesteigerte Diffamierungskampagne die ‚Bunten', die bei den ‚Grünen' arbeiten, aus der Buli herausdrängt.

Angesichts dieser Tatsachen erklären wir:

- daß wir uns dieser Politik des KB nicht beugen werden
- daß wir mit keinem Vorstand der Bunten Liste zusammenarbeiten werden, der seine Existenz der Machtpolitik des KB verdankt, die Mitarbeit bei den ‚Grünen' unsolidarisch diffamiert und gegen den Pluralismus der BUNTEN LISTE agiert sowie ihre Spaltung betreibt
- eine Redaktion der Buli Zeitung, die einen solchen politischen Kurs verfolgt, kann ebenfalls nicht auf die Zusammenarbeit mit uns rechnen.

Wir fordern den KB auf, seine Diffamierungskampagne zu stoppen und seine Macht und Putschpolitik aufzugeben.

Wir fordern die 4 Vorstandsmitglieder auf, ihr Pamphlet „Grüner Putsch in der Bunten Liste" selbstkritisch zurückzuziehen.

Ilona Kiene, Bezirksabgeordnete
Christine Kukielka, Bezirksabgeordnete
Wulf Sorge, Ausschußmitglied
Harry Clemens, Ausschußmitglied
Bettina Hoeltje, Ausschußmitglied
Ulf Lüdecke, Ausschußmitglied
Aram Ockert, Ausschußmitglied
Sabine Klencke, Ausschußmitglied
Horst Schachner, Ausschußmitglied
Herbert Szagun, Sekretär

GEWALTFREIER WIDERSTAND WESTFALEN

Die Kontaktadresse der Regionalgruppe Westfalen der Gruppe Kollektiv Gewaltfreier Widerstand (KGW) hat sich geändert. Die neue Adresse: **Michael Seligmann, Dammstr. 5, 4400 Münster/Westfalen. Tel.: 0251/ 44 279.** (Läuft auch unter der Bezeichnung „Gruppe Omega").

ABTEILUNG MENSCHENRECHTE IN DER FREIEN WELT

Washington/Hamburg, 6.2.80

Phillip Agee, Amerikaner, hat weiterhin keinen Paß, darf weiterhin nicht reisen. Agee, von 56 bis 68 als CIA-Beamter meistens in Latein-Amerika eingesetzt, hat mit „der Company" (Insidername für CIA) gebrochen und etliche übelriechende Interna an die Öffentlichkeit gebracht. Dafür wird er auch im Ausland seit Jahren verfolgt und von England, Frankreich und Holland auf amerikanisches Drängen ausgewiesen. Zur Zeit lebt er in Hamburg.

Kurz vor Weihnachten 79 wurde ihm vom State Department sein amerikanischer Paß entzogen. Fingierter Grund: es bestehe die Gefahr, er könne nach Teheran reisen, um bei der Aufdeckung der CIA-Aktivitäten den Persern behilflich zu sein. Agee: „An diese Reise habe ich nicht einmal gedacht."

Agee klagte per Rechtsanwalt in Washington, um seinen Paß wiederzubekommen. Am Montag, den 28.1., hielt auch Richter Gesell vom Federal District Court in Washington die Aktion des State Department (amerikanisches Auswärtiges Amt) für illegal. Die Regierung müsse Agee seinen Paß zurückgeben. Daraufhin ging das State Department in Berufung. Gesell hatte zwar gesagt, der Paß solle sofort zurückgegeben. werden, aber am 5.Februar beschloß die 2.Instanz, daß Agee weiterhin paßlos bleiben solle, bis jedenfalls das nächsthöhere Gericht — Circuit Court — in zwei Monaten oder so den Fall aufnimmt.

In der sogenannten McCarthy-Ära (sogenannt, weil sie in Wirklichkeit keineswegs von dem kleinen republikanischen Senator McCarthy, sondern schon viel früher von dem liberalen demokratischen Präsidenten Harry Truman eingeführt wurde), — in der sogenannten McCarthy-Ära wurden Amerikanern haufenweise, zu hunderten, zu tausenden, ihre Pässe verweigert, entzogen, storniert. Damals genügte es, daß man Jahrzehnte voher einen angeblichen Kommunisten gekannt hatte oder einen Dollar für die spanische Republik spendierte. Diese UN-menschenrechtswürdigen Praktiken wurden Ende der fünfziger Jahre vom Obersten Gerichtshof (Supreme Court) als verfassungswidrig aufgehoben. Kommen die guten alten Tage wieder?

Max Watts/ID

Die Verhältnisse sind krank, nicht die Menschen

Die „Sozialistische Selbsthilfe Köln" (SSK) führt seit nunmehr 10 Jahren einen Kampf gegen die Verhältnisse in der Psychiatrie Rheinland.

Resultat dieses Kampfes ist u.a. die Schließung des Landeskrankenhauses (LKH) Brauweiler. Der SSK brachte zwei Todesfälle in diesem Hause ans Licht der Öffentlichkeit: Marion Masuhr und Franz Machwirth wurden mit Dämpfungsmitteln vollgepumpt und starben durch diese Behandlungsmethode.

Neben dieser Öffentlichkeitsarbeit über die LKH's (übrigens gibt der SSK monatlich die „Unbequemen Nachrichten" heraus) leben und arbeiten die Mitglieder, meist ehemalige Inhaftierte der Psychiatrie, Knast und Trebegänger im SSK zusammen.

Im Januar hat der SSK einen Brief an den obersten Chef der Psychiatrie in Rheinland, Prof. Kulenkampff geschrieben. Kulenkampff selbst ist einst als Liberaler, als Reformer angetreten, erst als Klinikchef in Düsseldorf, jetzt als Direktor im Landschaftsverband Rheinland, um das System von innen zu verändern. Aber er ist gescheitert und er weiß das. Aber er gibt es nicht zu, sondern greift stattdessen die an, die diesem System wirksame Alternativen abverlangen und entgegensetzen.

Noch ein Wort zum Landschaftsverband Rheinland: Der Landschaftsverband hat einen Jahresetat von 6 Mrd. DM und 20 000 Beschäftigte. Neben dem Bau und Verwalten von Straßen ist der Landschaftsverband Träger von 6 LKH's. Das demokratische Deckmäntelchen ist die „Landschaftsversammlung", der kommunale Beamte und Delegierte angehören. Ein großer Teil dieser Abgeordneten ist persönlich von der Spitze des Landschaftsverbandes abhängig.

Im nachfolgenden Brief an Prof. Kulenkampff beschreibt der SSK sein Selbstverständnis und seine Vorstellung von Psychiatrie.

Wir bringen Auszüge aus diesem Brief:

1. Gegen das System der Psychiatrie gibt es nur die Alternative und die heißt: Menschenrechte

(. . .)

Unser Kampf gegen die Verhältnisse in den psychiatrischen Einrichtungen ist in erster Linie ein Kampf für die Grundrechte der betroffenen Menschen. Dabei geht es nicht um bessere oder schlechtere Heilmethoden, es geht nicht darum, die eine psychiatrische Lehrmeinung gegen die andere durchzusetzen, es geht nicht um Fachrichtungen, es geht überhaupt nicht um medizinische Probleme.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich unser Kampf gegen die Unterdrückung des Menschen durch die Psychiatrie in keiner Weise von dem Kampf, den wir in anderen Bereichen führen. Es ist ein Kampf gegen politische Unterdrückung, gegen ein System, das Menschenrechte außer Kraft setzt, das von der Fachrichtung der Medizin her aus dem 19. Jahrhundert stammt, das aber auch und vor allem das Menschenbild, die Ordnungs-Vorstellungen und die politische Unterdrückung des 19. Jahrhunderts im Geltungsbereich des Grundgesetzes bis heute fortsetzt.

Von daher gesehen ist ein Streit um unterschiedliche Behandlungsmethoden müßig. **Kein** Behandlungs-System hat hier eine Existenz-Berechtigung, wenn es darauf beruht, daß die Menschenrechte der Patienten außer Kraft gesetzt werden. Die systematische Behandlung von Menschen, die man in Ihren Landeskrankenhäusern antrifft, ist von unserer Verfassung her tiefstes Unrecht. Um sie bekämpfen zu dürfen, ist es erforderlich, eine Alternative aufzuzeigen. Es ist auch gar nicht möglich, innerhalb dieses Systems wirksame Verbesserungs- oder Reform-Vorschläge zu machen. Seine Abschaffung ist selbst ein positives Ziel. Insofern ist der Kampf gegen das herrschende Psychiatrie-System vergleichbar mit dem Widerstand gegen den Faschismus — bei aller Übertreibung, die in diesem Bild enthalten ist.

Das Recht, ein diktatorisches System zu beseitigen, steht einem jeden Menschen von Natur aus zu. Es gibt demgegenüber nur eine Alternative und die heißt: *Menschenrechte* — die steht im Grundgesetz.

Wenn dieses Ziel erreicht ist, die antidemokratische Grundlage der Behandlung psychisch kranker Menschen zu beseitigen, dann ist der Weg frei für neue Behandlungs-Methoden, die sich durchaus unterschiedlich entwickeln können — allerdings nur im Rahmen strikter Beachtung der Menschenrechte der Patienten.

2. Die Antwort des SSK heißt: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit

Bezieht man aber den Vorwurf der angeblich fehlenden Alternative des SSK auf den einzelnen Menschen, der hilfsbedürftig ist oder seelisch krank; so muß man ihn in folgender Weise verstehen: Auch wir ständen dem einzelnen seelisch Kranken hilflos gegenüber und wüßten nicht, wie ihm aus seiner verzweifelten Lage herauszuhelfen sei.

So jedenfalls ist dieser Vorwurf einfach falsch.

Richtig an dem Vorwurf ist lediglich, daß wir über keine **medizinische** Behandlungs-Methode verfügen. In Wirklichkeit aber arbeiten wir längst an einer Alternative, ohne daß sie als psychiatrische oder psychologische Alternative hervortritt. Und unbemerkt von der sogenannten Fach-Öffentlichkeit hat diese unsere „Alternative" bei vielen Menschen einen überraschenden Erfolg.

Diese Alternative ist der SSK selbst. Sie besteht aus nichts anderem als aus den Umweltbedingungen, die wir im Rahmen unserer Möglichkeiten verändern und in einem demokratischen Sinne neu begründen. Sie besteht darin, daß wir in unseren Firmen versuchen, sozialistische Arbeits-Bedingungen zu schaffen, daß ohne Ansehen der Person oder der Herkunft sich jeder an allen Arbeiten beteiligen muß, daß wir allein die Fähigkeiten eines jeden Menschen beurteilen wollen — nicht seine Berufsausbildung oder sozialen Stand. Daß täglich neu in den Arbeitsversammlungen alle gemeinsam entscheiden über Arbeit, über Wohnen,

über Kämpfen, daß Hilfe für einzelne Menschen in Not genauso gut zu unserer Arbeit gehört wie der Kampf gegen die Unterdrückung und die Unterdrücker des kleinen Volkes, daß wir unter uns die Hierarchie bekämpfen, daß wir die Differenzierung, sprich Isolierung, im armen Volk aufheben wollen und Alte und Junge, Ausländer und Deutsche, angeblich seelisch Gesunde und angeblich seelisch Kranke mit gleichen Rechten zusammen arbeiten, kämpfen und leben.

Also nicht die einzelnen Menschen wollen wir „behandeln", nicht in ihren Gehirnen und ihren Seelen suchen wir die Ursachen für seelische Krankheiten, wir versuchen nach Kräften, andere Lebensbedingungen, eine andere Umwelt zu schaffen. Unsere „Heil"-Methode ist also letztlich auch eine politische. Unsere „Medikamente" sind neue Lebensziele, die nicht mehr bestimmt sind von Konsum, Geld, Aufstieg in der sozialen Hackordnung, sondern sich ausrichten an den menschenwürdigeren Träumen, welche die Geschichte hervorgebracht hat. Wie sie etwa in der Parole: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" ihren Ausdruck fand.

Wahrscheinlich werden Sie dieses alles nicht nachvollziehen können. Wir müssen auch einräumen, daß wir bisher nur sehr unvollkommen diese unsere Ziele verwirklicht haben. Zu denken geben sollte Ihnen allerdings, daß der SSK, eine Gruppe von Schwachen, Entrechteten und unter Normalbedingungen unproduktiven Menschen eine ganz ungewöhnliche Kraft entfaltet, die hier auch Sie zu spüren bekommen. Schon allein in dieser Kraft sehen wir eine Bestätigung dafür , daß unsere „Heil"-Methode der Ihrigen weit überlegen ist.

Wir wollen hier einräumen, daß es unter den Insassen Ihrer Anstalten eine kleine Gruppe von Menschen gibt, die auch medizinische Hilfe brauchen. Aber die große Mehrheit der sogenannten psychisch Kranken — dessen sind wir ganz sicher — leidet nicht an etwas, dem mit medizinischen Mitteln zu begegnen wäre. Sie leiden an den Verhältnissen, in denen sie zu leben gezwungen werden. In denen es zumindest für die unteren Gesellschaftsschichten genügend handfeste Gründe für Furcht und Angst gibt, genügend reale Ursachen dafür, daß ohnmächtige Menschen auf ihre Lebensbedingungen aggressiv, querulatorisch oder verwirrt reagieren, genügend Anlässe, am Sinn des Lebens zu zweifeln, genügend Gründe, „verrückt" zu werden. Wir, der kleine SSK, können die Mächte und Kräfte in unserer Gesellschaft, die diese Verhältnisse erzeugen, natürlich nicht beseitigen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß allein die Auflehnung gegen diese Verhältnisse bereits so viel an innerer Befreiung mit sich bringen kann, daß der einzelne auf die kranken Lebensverhältnisse nicht mehr unbedingt „krankhaft" reagieren muß.

Wir wollen es bei diesen wenigen skizzenhaften Bemerkungen belassen, jedenfalls ist diese „Alternative" für den Umgang mit seelischen Krankheiten nur für jemanden nachvollziehbar, der sich vorstellen kann, daß es auch in dieser Gesellschaft politische, soziale und menschliche Unterdrückung gibt, der zumindest erahnt, welches unverschuldete Leid, welche Not, welche Entfremdung und Verzweiflung große Teile des Volkes auch heute noch zu ertragen haben.

3.Drohende Vertreibung und Ungewißheit macht die Menschen kaputt.

Hier wollen wir nicht mehr von „alternativem Umgang" mit seelisch kranken Menschen sprechen, sondern von Vorbeugung. V e r h i n d e r n, daß Menschen seelisch krank werden, d a s muß ja das letzte, das eigentliche Ziel eines jeden sein, der mit seelisch Kranken zu tun hat. Dieser Aufgabe gegenüber hat die „Alternative des SSK" wahrscheinlich ihre größten Erfolge — während Sie mit Ihren Einrichtungen ihr hilflos gegenüber stehen.

Im Vorhergehenden haben wir schon angesprochen, daß unser Kampf, wie wir etwas pathetisch sagen, mehr Bereiche umfaßt als den der Psychiatrie. Es wenden sich inzwischen viele verschiedenartige Menschen und Menschengruppen an uns und bitten uns um Hilfe. Die meisten von ihnen sind in irgendeiner Form Opfer des sogenannten Beamtenstaates geworden, ihnen ist Unrecht geschehen, gegen das sie auf gesetzlichem Wege nichts ausrichten können. Wenn wir diesen Menschen zur Seite stehen, so ist fast immer deutlich erkennbar, daß diese Hilfe auch

(Foto:Kölner Volksblatt)

NERVENKLINIK ALZEY

Gedächtnisprotokoll eines 29-jährigen Mannes, der erlebte, wie seine Freundin (39) mißhandelt wurde, indem man sie 4 Wochen lang ununterbrochen an das Bett geschnallt und mit Haloperidol behandelt hat.

„Ich bin Alkoholiker, und bin etwa 2 Monate lang in der Nervenklinik Alzey gewesen. Meine dortige Bekannte litt unter Depressionen, ich verstand mich mit ihr recht gut, und brachte es immer dazu, sie aufzuheitern. Eines Tages durfte sie nicht mehr ins Freie, ich war betrübt darüber. Sie wäre zu unruhig, erfuhr ich, und müsse daher — paradoxerweise — verschlossen bleiben. Sie war keine aufsässige Patientin, manchmal zwar unruhig aber nicht rebellisch. Als sie noch im Anstaltsgelände spazieren gehen durfte, stand sie unter Haloperidol, der Speichel lief ihr durch das Zeug beständig im Mund zusammen. Sie ging langsam und unsicher. Eines Tages wurde sie in einen gefürchteten geschlossenen Bau verlegt. Bald bekam ich heraus, in welcher Zelle sie lag: Im ersten Stock. Ich zog mich zum Fenster hoch und sah, daß sie am Bett festgeschnallt war. Das empörte mich zutiefst, zudem in diesem Bau die wirklich Verrückten waren. Sie selber war intelligent und hatte Temperament. Ich zog mich zum vergitterten Fenster hoch

eine Vorbeugung davor ist, daß die Verzweiflung der Betroffenen in seelische Krankheit umschlägt.

Als Beispiel dafür wollen wir hier die Stadtsanierung erwähnen. Unter diesem Begriff werden von staats wegen überall im Land tausende von Menschen aus ihren Wohnungen, aus ihren Häusern, aus ihren Stadtvierteln vertrieben und in fremde Umgebungen umgesetzt. Diese Sanierungs-Maßnahmen laufen in der Regel über lange Jahre, sie wirken sich auf die betroffene Bevölkerung wie ein Nervenkrieg aus und werden letztlich über die Köpfe der Menschen hinweg mit ungeheuren Zwangsmitteln durchgesetzt. Allerorten haben wir Menschen getroffen, die erklärten, daß die drohende Vertreibung und vor allem die lange Zeit der Ungewißheit sie nervlich zerrüttet hat, bei vielen stellten sich Schlafstörungen ein, Depressionen griffen um sich. Es gibt niemanden, der ermessen könnte, welcher Berg von menschlichem Leid mit den Häuser-Abrissen und den Umsetzungen von Menschen verbunden ist. Es gibt niemanden, der abschätzen könnte, wie viele Menschen durch die Sanierungs-Maßnahmen seelisch krank geworden und schließlich auch in Behandlung gekommen sind.

Wir kämpfen, wie Sie vielleicht wissen, auch seit langen Jahren gegen die Abrisse von gut erhaltenen Wohnhäusern und konnten in vielen Fällen sogar die Interessen der Bewohner durchsetzen. Aber auch wenn dies am Ende nicht der Fall war, so ließ sich doch deutlich feststellen, daß unsere Hilfe und Unterstützung die betroffenen Menschen häufig vor dem völligen Absturz in Depression und Verzweiflung bewahrt hat, daß die Zerstörung ihres Hauses und ihrer Heimat nicht a u c h noch die Zerstörung ihrer Seele nach sich zog. Sich gewehrt zu haben nicht allein zu sein, das Unrecht nicht stillschweigend runterschlucken zu müssen, das allein genügt scheinbar in bestimmten Situationen schon, den Ausbruch seelischer Krankheiten aufzuhalten und zu verhindern.

Soviel zur „Alternative des SSK". Sie haben also recht, wenn Sie uns vorwerfen, keine psychiatrische Alternative zu haben und auch keine medizinische. Demgegenüber sind wir wahrscheinlich wirklich nur destruktiv. **Unrecht** haben Sie aber, wenn die Behauptung **so** aufgestellt wird, als hätten wir **keine** Alternative, als ließen wir die Menschen allein, als hätten wir überhaupt keine Idee, wie es weitergehen könnte, als gäbe es nichts Aufbauendes bei uns, nichts Positives.

Was wir hier in dürftigen Worten auszudrücken versucht haben, geht wahrscheinlich an Ihnen völlig vorbei, womöglich verstehen Sie es nicht einmal. Wie gesagt, dafür sind ja Voraussetzungen nötig: daß man Verbindung hat mit der Not und dem Leiden, die im Volke umgehen und deshalb ahnt, daß seelische Krankheiten nicht nur durch Vererbung oder Schäden an Gehirnzellen entstehen; und daß man **Stellung** dazu bezieht und eine Haltung einnimmt, die wir sozialistisch nennen.

Wir würden uns durchaus nicht wundern, wenn Sie als deutscher Psychiater diese unsere Haltung auch nur als Krankheitsbild wahrnehmen können, so wie es viele Ihrer Kollegen ohne Skrupel tun. Uns wundert so etwas nicht, weil man sich in Ihrer Gesellschaftsschicht ohne viel Mühe vormachen kann, daß in unserem Lande im wesentlichen doch alles in Ordnung ist und daß in diesem Sozialstaat doch niemand einen ernsthaften Grund hat, „verrückt" zu werden. Und nicht zuletzt geht es ja schließlich in der Auseinandersetzung mit unsereins auch um Ihre Berufs-, Existenz-, Standes- und Geldinteressen. Denn würde unsere Anschauung sich durchsetzen und würden unsere Ziele erreicht, dann gäbe es keinen Bedarf und keinen Raum mehr für das, was herkömmliche Psychiater und ihre Helfer gelernt haben. Bedrücken würde es uns allerdings auch nicht, in deren Augen selbst krankhafte Querulanten, krankhaft aggressive Psychopathen, Schizophrene oder ähnliches zu sein. Denn wir kämen ja in beste Gesellschaft: der Jesus aus Nazareth gehört dazu, der Thomas Münzer, der Che Guevara, der Widerstand gegen das Naziregime und die sogenannten Dissidenten in der Sowjetunion und alle die zahllosen anderen „Verrückten", mit denen wir unsere Wahnideen teilen.

Freundliche Grüße, SSK

und unterhielt mich mit ihr, wobei ich beobachtet wurde und selber zur Strafe in einen geschlossenen Bau kam.

Entlassen aus der Station, wieder vor ihrem Bau hörte ich sie nach mir Rufen. Mir blutete das Herz. Als ich nach einer Woche wieder am Fenster war, konnte sie nur noch krächzen. Sie liebte die Fr eiheit und lag unter Haloperidoleinwirkung gefesselt im Bett. Sie freute sich, wenn ich mich für ein paar Minuten am Gitter zeigte. Einen Monat hielt man sie dort.

Entlassen wurde sie nach heftigen Protesten ihres Mannes. Nachdem sie sich in der Zelle 4 Wochen lang heiser geschrieen hatte! Sie war den ganzen Tag festgeschnallt, lag nur noch aphatisch im Bett, unterhalten konnte man sich kaum noch mit ihr. Sie durfte auch nicht im viereckigen Hof mit den anderen Patientinnen spazieren gehen. Nur bei Besuchen ihres Mannes durfte sie eine halbe Stunde mit ihm ins Kaffeehaus.

Sie war abgemagert, unfrisiert - achtete nicht mehr auf ihr Äußeres und hatte tiefblaue eingefallene Schatten unter den Augen. Sie war seelisch gebrochen, ihr Mann weinte. Sie sprach kaum ein Wort, freute sich nicht über den Besuch ihres Mannes wie man meinte ! Ihre Augen waren stumpf und glanzlos und ihr erfrischendes Temperament war völlig dahin."

Kontakt: SSK, Liebigstr. 25, 5000 Köln 30, Tel.: 0221/ 55 61 89.

LANDESKRANKENHAUS EICHBERG

Gespräch mit einem 22-jährigen Mann über seine Erlebnisse in einer hessischen Psychiatrie (Landeskrankenhaus Eichberg).

??? Wie bist Du in diese Klinik gekommen

!!! *Damals wurde ich bei einer Haftverschonung aus dem Knast entlassen, weil akute Lebensgefahr bestand. Serum B Hepatitis-Leberschaden-(Fixerhepatitis). Ich war durch die Erlebnisse im Knast fertig mit mir und hatte keine Zukunftsperspektive. Ich habe mir dann Heroin besorgt und wollte Schluß machen; wollte mir den „goldenen Schuß" setzen.*

??? Was hast Du dann gemacht

!!! *Unter diesem Druck und aus Angst vor dieser Psychiatrie, die sehr verrufen ist unter meinen Bekannten, willigte ich in eine „freiwillige Behandlung" ein, aber nur, weil ich nicht „abhauen" konnte.*

??? Wie waren Deine ersten Eindrücke von dieser Psychiatrie

!!! *Ich bin also nachts gegen 3 Uhr dahingebracht worden. Zwei diensthabende „Kleiderschränke", die sich Pfleger nannten, nahmen mich erst einmal in Empfang. Ich mußte mich nackt ausziehen und wurde auf peinliche Weise gefilzt. Meine ohnehin schwachen Proteste, ich war noch sehr benommen vom Heroin, wurden mit Schlägen und Tritten beantwortet.*

??? Wohin, auf welche Stellen haben sie Dich geschlagen

!!! *Sie haben mir Genickschläge verpaßt und "Eisbeine" (Eisbeine sind Tritte mit dem Knie).*

??? Was hat man anschließend mit Dir gemacht

!!! *Dann hat man mich in Anstaltskluft gesteckt und in einen schlecht riechenden 10 Betten-Saal gebracht und mir ein Bett zugewiesen. In diesem Raum ist mir aufgefallen, daß gut 1/3 aller Patienten fixiert (angeschnallt) waren.*

??? Was ist Dir sonst noch passiert

!!! *Einmal wurde ich beinahe von einem Alkoholiker erwürgt, der plötzlich vor meinem Bett stand. Das sage ich nur, um ein Beispiel zu geben, mit welchen Leuten ich zusammengesperrt wurde.*

??? Was war eigentlich mit deiner Hepatitis; wurdest Du da untersucht oder behandelt

!!! *Man nahm mir Blut ab, das heißt, daß ich es selber tun mußte, weil kein Arzt in der Lage war, meine Vene zu treffen. Ich wurde erst nach drei Tagen dem Chefarzt vorgeführt. Der hat dann meinen lebensgefährlichen Zustand richtig eingeschätzt und mich endlich in ein öffentliches Krankenhaus überwiesen, wo ich sogleich auf die Intensivstation mußte.*

??? Noch einmal zur Klinik; hast Du irgendwelche Medikamente bekommen

!!! *Ja*

??? Weißt Du, wie das Medikament hieß

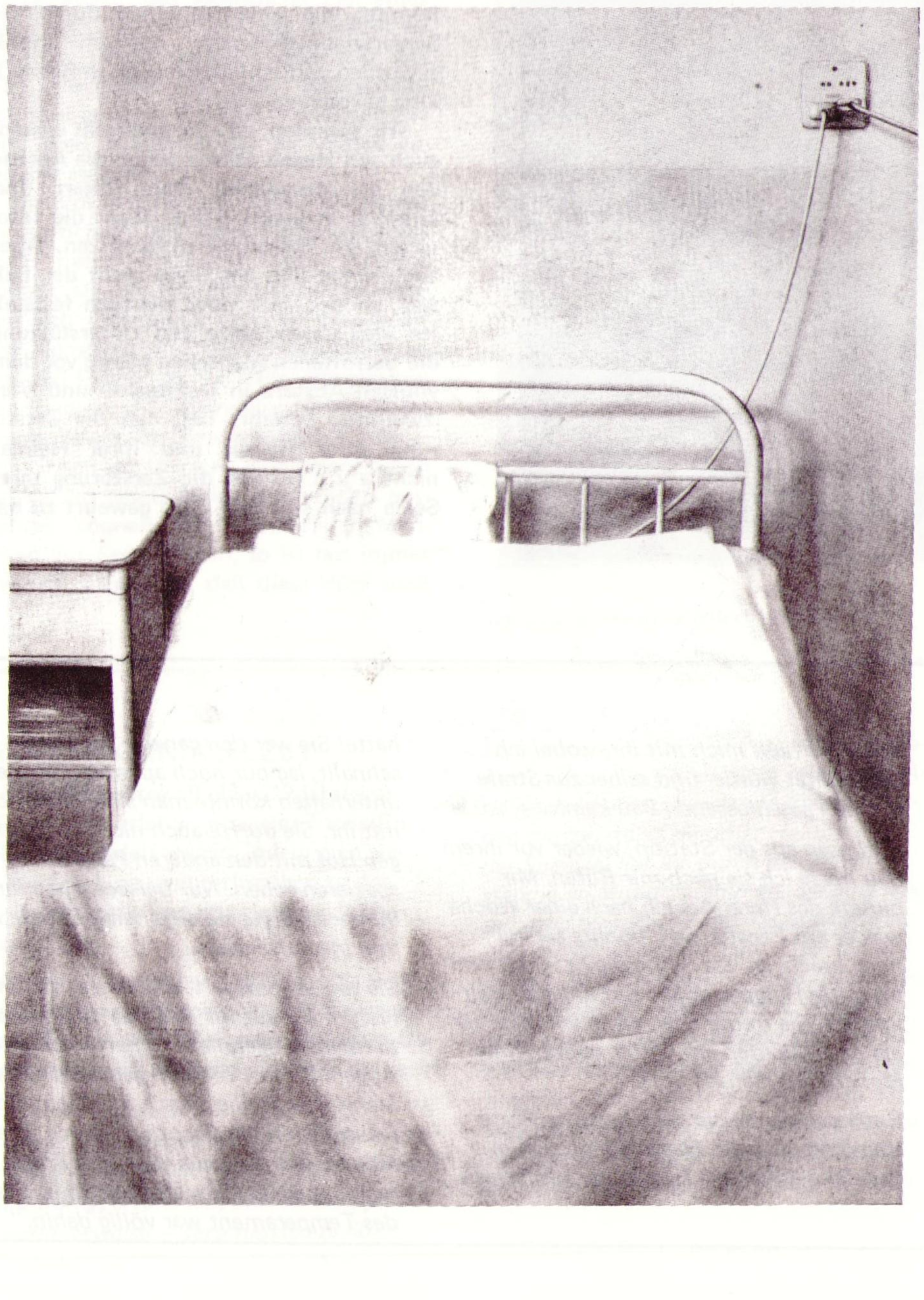
!!! *Nein*

??? Kannst Du beschreiben, wie das Medikament gewirkt hat, und wie hat man es Dir verabreicht

!!! *Ich bekam eine Spritze in den Muskel und anschließend - etwa 15 Minuten später - war mir sehr übel. Ich hatte einen unbeschreiblichen Schmerz im Hinterkopf. Ich wurde sehr müde und konnte doch nicht schlafen. Dann bekam ich sehr starke Krampfzustände; teilweise zuckten meine Beine. Ein anderes Mal rollte sich meine Zunge nach oben und ich konnte nicht sprechen. Dann ist mir noch aufgefallen, daß ich noch tagelang Sehschwierigkeiten hatte; ich konnte nichts lesen. Erst nach dieser Spritze fühlte ich mich wirklich behandlungsreif.*

??? Welchen Zweck erfüllt Deines Erachtens eine Psychiatrie

!!! *Eine gute Frage. Mein Eindruck ist: „Diese Schweine" wollen Leute kaputt machen!*



Peter Erlach

ERKLÄRUNG EINES VERSCHWUNDENEN,

Der Frankfurter Gefangenenrat wurde vor allem durch die Aufdeckung des Mannheimer Gefängnisskandals 1974 in der Öffentlichkeit bekannt. Er wollte keine Reform des Strafvollzugs, sondern strebte eine Gefangenenkultur an, die jegliche Internierung in Frage stellt. Der Nachrichtendienst (ND) war dabei ein wichtiges Informations- und Diskussionorgan, an dem sich sehr viele Gefangene beteiligten.

Seit 1975 wird der Gefangenenrat kriminalisiert: 4 Mitglieder, unter ihnen Peter Erlach, wurden festgenommen. Weitere Verhaftungen folgten. Der Prozeß gegen den Gegangenenrat wurde immer wieder mit den unterschiedlichsten Begründungen verschoben. Einzelne Gefangenenratsmitglieder sind inzwischen zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Herbst 1979 versuchte Peter Erlach, eine Neuauflage des Nachrichtendienstes (ND, vgl. ID Nr. 304), von dem dann ein paar Nummern herauskamen. Mit seiner jetzigen Erklärung fordert Peter Erlach alle Interessierten auf, den ND weiterzuführen.

Als einziger Verantwortlicher für den Nachrichtendienst für eine Gefangenenbewegung (abgekürzt ND), der 1974 vom Gefangenenrat in Frankfurt begonnen worden ist und den ich 1979 weiterzuführen versucht habe, bin ich euch eine Erklärung für mein Verschwinden schuldig.

Ich habe mir von den zwei Möglichkeiten, die ich zuletzt hatte, nämlich mich einsperren zu lassen oder zu verschwinden, die zweite ausgesucht. Nicht weil mich die Aussicht, eine längere Zeit meines Lebens im Knast zu verbringen, so sehr abgeschreckt hätte. Ich bin nicht gern im Knast, aber das Leben dort hat für mich bestimmte subjektive Vorteile, die mir den Aufenthalt leichter machen. Ich glaube, man sollte sich nicht scheuen, ab und zu ins Gefängnis zu gehen. Und schließlich kann man jetzt dort die besten Leute treffen, neue Sokrates', Platos und Lenins, die es draußen, in der Atmosphäre der Angst und der verblödenden Kollaboration schon fast nicht mehr gibt. Jeder Student könnte dort viel mehr lernen, als an der Uni, wo jetzt die vertrockneten Koryphäen ihre verdünnten Surrogate des Marxismus mischen.

Aber die Zeit, die ich hätte absitzen müssen, wäre doch etwas zu lang geworden, und deshalb habe ich meine Habseligkeiten genommen und bin gegangen. Die schon stattgefundenen Prozesse gegen den Gefangenenrat haben uns im übrigen eine Ahnung vermittelt, was uns da bevorsteht. Der Staatsschutz scheint in unserem Fall nicht mehr recht zu ticken, was er tut.

Ich warte jetzt vier Jahre auf meinen Prozeß. Zwei Jahre habe ich davon hinter Gittern verbracht. Vielleicht kann er jetzt, wo ich weg bin, endlich anfangen.

Denn solang ich da war, hat er nicht angefangen. Nur das Urteil gab es schon lang. Zunächst hat es einen mysteriösen, sehr eiligen Prozeß gegen ein ehemaliges Mitglied des Gefangenenrats gegeben, gegen einen, der sich angeboten hat, auszusagen und uns zu verkaufen. Er stand offenbar unter Druck und hat auch vorher seine Aussagen mehr als einmal widerrufen, so daß man zuletzt kaum noch wußte, was Widerruf des Widerrufs und was Widerruf der Aussage war. Er hat es ihnen jedenfalls auch nicht leicht gemacht, und sie waren froh, mit ihm fertig geworden zu sein. Als Zeugen erschienen nur Polizisten. Der Denunziant, der in der Nacht vor dem Urteil auf ein Gefängnistor geschossen und einen Polizisten lebensgefährlich verletzt hatte, kam milde weg. Erklärlich, denn die Strafe bekamen wir andern. Im Urteil stand, daß nun bewiesen sei, daß wir eine kriminelle Vereinigung waren. Das macht es sozusagen rechtskräftig, daß wir ohne viel Anstrengung mit Beweisaufnahme und dergleichen fünf Jahre dafür bekommen. Die "Beweisaufnahme" war also schon abgeschlossen, bevor sie eigentlich beginnen sollte. Sie dauerte zwei Tage, bei einer Anklageschrift von 129 Seiten und 75 Zeugen, von denen man keinen hören wollte. Die 129 Seiten der Anklageschrift bilden akkurat unseren Paragraphen: 129. Die Staatsanwälte haben doch manchmal einen Sinn für Ironie.

Ich glaube nicht, daß ich in meinem Prozeß allzuviel sagen könnte und daß ich mir auch hinterher noch Gehör verschaffen könnte. Es geht mir auch gar nicht um meine Unschuld. Ich will gar nicht unschuldig sein, wo es fast eine Schande ist, unschuldig zu sein. Ich würde höchstens Unsinn reden und den anderen schaden, meinen Verteidigern auf die Nerven gehen, indem ich auch noch alle Verbrechen rechtfertigen würde. Ich würde sicher versprechen, es wieder zu tun. Und mich dabei, wie immer wenn ich aufgeregt bin, zu Äußerungen versteigen, die das Entsetzen aller Bürger und Genossen sind. Und dafür würde man mich dann, für wer weiß wie lange, einsperren.

Das alles halte ich für ziemlich überflüssig. Es wäre ein Heroismus, der sich lieber mit etwas Nützlicherem befaßt, wenn einen schon der Wahnsinn der andern zwingt, sich dauernd mutig zu verhalten. Dieser Prozeß ist ein derart dummes und unmoralisches Theater, daß es sich wirklich nicht lohnt hinzugehen. Es ist nicht einmal ein richtiger Prozeß, weil der Richter nicht einmal richtig richten kann, was noch das Allerschlimmste ist, denn sonst könnte man wenigsten noch was draus machen. Aber er läßt einen ja nicht mal zu Wort kommen. Es ist also alles für die Katz, was man sagt, und hinterher steht sowieso etwas anderes in der Zeitung. Nicht einmal das letzte Recht früherer Verurteilter, sich zu ihren Verbrechen zu bekennen, ist heute mehr möglich, auch dank der linken Zeitungen.

Der ND ist wieder mal ins Wasser gefallen, wie schon einige Male vorher. Wir haben es nie zu einer richtigen Zeitung gebracht, es kam immer etwas dazwischen. Mal wurden wir verhaftet, mal wurden wir beschlagnahmt, mal wurde unsere Druckmaschine in die Asservatenkammer verschleppt, und nun ist es wieder nichts. Die anständigen Linken haben es gut. Trotzdem: Bruder, Schwester, macht weiter! Wo der ND wieder auftaucht, da schicke ich die Kartei und Artikel hin. Macht den Nachrichtendienst weiter, er ist wichtig.

Vorwärts Lumpenproletariat!

Zeichnungen von Peter Erlach

CCCP: frauen

Im Dezember 1979 erschien in Leningrad die Zeitschrift "Frauen und Rußland". Daraufhin hat die Polizei den Redakteurinnen Sofia Sokolova, Julja Vosnesenskaja, Tatjana Mamonova und Tatjana Goriceva mitgeteilt, daß die Veröffentlichung einer zweiten Nummer der Zeitschrift ihre Inhaftierung zur Folge hätte. Die Frauenzeitschrift "Courage" hat dieses Thema zum Inhalt des nächsten Heftes gemacht.

FRAUEN–"SAMIZDAT" IN DER SOWJET–UNION

Präambel

Wie ist es entstanden?
Mit Leiden
wie der Mensch, wenn er geborgen wird.
Wie konnte es so schön werden?
Durch die Trauer,
wie das Gesicht des Menschen.
Wie bist du dahingekommen?
Barfuß,
wie man in eine geliebte Stadt kommt.
Wie hast du es gefunden?
Schwierig,
wie man Freunde findet,
wie ich euch fand,
die diese Zeilen lesen.

Diese guten patriarchalischen Grundsätze

Heutzutage soll sich der Verstand aktiv durchsetzen. Aus diesem Grunde sehen wir uns gezwungen, dieses brennende Thema aufzugreifen. In unserem Jahrhundert der globalen Feminisierung des Mannes und der Maskulinisierung der Frauen, d.h. der Verschiebung des bisherigen Standpunktes und der Neubewertung der alten Positionen, die wir hier erläutern wollen: die Lage der Frau in der Gesellschaft ist die Hauptfrage der Gegenwart. Wenn in Europa die Frage fast gelöst ist, insbesondere in Frankreich, wo im Kabinett vier Frauen sitzen, und auch nicht wenige Frauen im europäischen Parlament sind, so stellt sich doch bei uns die Frage besonders scharf. Die Masse der Frauen ist pessimistisch. Die Männer sind indifferent oder behaupten zynisch, daß das Problem unbedeutend sei. Dabei ist es genauso klein wie ein Samenkorn, aus dem ein Baum wächst.

Die brennenden Probleme des Lebens sind bei uns so sehr in eine Sackgasse geraten, daß Skepsis zum normalen Zustand wird, zur Norm. Dies wirkt sich vor allem auf die Frauen aus, als empfindlichstem Teil der Gesellschaft. Das Ideal, das in der guten alten patriarchalischen Zeit entstand: die ergebene Frau, die demütige Mutter, der Engel am häuslichen Herd – existiert nicht mehr. Aber die traditionellen Grundsätze, die Starrheit des Bewußtseins, machen die Frauen zur Karyatide des eigenen Hauses, genauer gesagt: der kommunalen Wohnung. (. . .)

Man kann nicht leugnen, daß sich das kulturelle Niveau der Frau verbessert hat. Aber sie blieb in vorsintflutlichen Lebensbedingungen. Als wichtigste soziale Forderung heute erscheint eine wahre und nicht oberfläch-

liche Emanzipation. Es ist unumgänglich, die Besonderheiten der Lage der Frau in der Familie und in der Produktion festzustellen, damit sie nicht die Hausarbeit und die gesellschaftliche Arbeit unter unbeschreiblichen Opfern erbringen muß, sondern endlich zu einem menschlichen Wesen mit all seinen Rechten wird.

Das Patriarchat ist zu einer Phallokratie herangewachsen. Es ist verständlich, daß die gebildeten Frauen einen Ausweg suchen und ihn in der Ablehnung des Kinderkriegens sehen. Eine bewußte Mutterschaft kann nicht auf unfruchtbarem Boden entstehen. Der Protest der Frauen gegen die Willkür der Männer besteht jedoch nicht nur in dieser Ablehnung, sondern viel häufiger in einer paradoxen Ablehnung ihrer eigenen Person. Diese Flucht in die Absurdität ist gesetzmäßig, weil die negative Bewertung alles Weiblichen, eine unausgesprochene sexistische Einstellung, offiziell gültig ist und leider auch von den Nonkonformisten nicht überwunden wird. Die sexistische Haltung gegen über Frauen führt zur völligen Vernichtung ihrer Persönlichkeit; in den unteren Schichten der Gesellschaft ist die jahrhundertelange Geduld der Frauen schon krankhaft geworden, dort, wo die ununterbrochene Sauferei die Männer zu Tieren machte.

Jedoch gibt es auch in den intellektuellen Familien feudale Verhältnisse und Vaterlosigkeit, obwohl in diesen Familien häufig ein Wettbewerb stattfindet, ein Kampf der Egoisten. Die Frauen sind dort genauso wie die Männer: Sie argumentieren sachkundig, rauchen, trinken, fluchen genauso wie die Männer. Die intellektuellen Frauen wollen sich nicht als Opfer fühlen, doch die männliche Kultur schließt Frauen aus und sät Frauenhaß. Den Begriff "Männerhaß" gibt es übrigens nicht. Der brutale Druck seitens der phallokratischen Kultur unterdrückt in den Frauen alles Weibliche und treibt sie ebenfalls zum Frauenhaß. Dieser Unsinn blüht bei uns immer mehr. Die Frau, die keine richtigen Informationen erhält und mit Irrlehren vollgestopft ist, sieht ihren wahren Feind nicht. Indem sie vor sich selbst davonläuft, irrt sie in den dunklen Ecken einer fremden Kultur umher.

Diese Frauenverachtung führt zum Zerfall der Familie, zur Geschlechtertrennung und zur Vereinzelung der Frauen untereinander. Ein solch geringes Selbstbewußtsein offenbart die inneren Widersprüche unserer Gesellschaft. Die bisherigen Erfahrungen des weiblichen Teils der Gesellschaft werden nicht berücksichtigt, und neue Erfahrungen werden nicht gemacht.

Die höhere Ausbildung der geistigen Fähigkeiten führt genau wie früher dazu, daß die Frau allein bleibt, denn die Männer sind es gewohnt, daß Frauen für ihre persönliche Entwicklung Opfer bringen. In einem riesigen verwahrlosten Land ist es schwierig, die Stufen der Degradierung zu verfolgen. Die kleinen Enthüllungen gehen selten über eine Zeitungsspalte hinaus. Die neuen Ideen werden bereits von Anfang an diskreditiert. Die Stimme der Wahrheit ist inmitten des Paradelärms kaum zu hören. Bei uns spricht man viel von Verteidigung, aber bevor man jemanden verteidigen will, sollte man die Lebensfähigkeit der gesamten Gesellschaft gewährleisten. D.h. zuerst kommt die Frau, die das Leben gibt, und dann erst die Verteidiger, nicht umgekehrt.

Um die Gleichberechtigung der Frau zu verwirklichen, muß die Gesellschaft ihr mehr zahlen als dem Mann und nicht weniger. Aber es handelt sich nicht um eine arithmetische Aufgabe. Schon Gorki hatte vorgeschlagen, der Frau für jedes Kind fünf Jahre Arbeitszeit anzurechnen. Und viele schlugen vor, den Frauen für jedes Kind eine vernünftige Summe zu bezahlen. Man muß anmerken, daß die besten Vertreter Sowjetrußlands wirklich einen objektiven Zugang zur Frauenfrage hatten. Lenin vergaß niemals die Frauen, wenn er sich an die Massen wandte. Die Forderung nach Gleichberechtigung für alle Menschen darf nicht die eine Hälfte der Menschheit ausschließen. In der Tat hat die russische Revolution nicht nur das Blutvergießen hervorgebracht, sondern auch die Erhebung des Volkes und einzelner Personen. Der Enthusiasmus der 20er Jahre in Rußland ist bekannt und verständlich. Die Hoffnung auf die neue Zeit, auf neue Beziehungen zueinander war sehr stark. Die russische Revolution hatte in der ganzen Welt Resonanz und sie veränderte die Welt. Die Liberalisierung der Gesellschaft im ganzen hat allmählich auch die Stellung der Frau liberalisiert. In Rußland ist dieser Prozeß in der Periode des Persönlichkeitskultes um Stalin zum Stillstand gekommen.

Aber der Krieg hat den beispiellosen Mut der Frauen gezeigt, die , wie man sah, fähig waren, Leben zu schenken und gegen den Faschismus zu kämpfen. Dann folgte die Periode des Aufbaus des Landes und schließlich ein kurzes Aufblitzen des Tauwetters nach der Entstalinisierung in den 60er Jahren. In jener Zeit fiel der Eiserne Vorhang, trat die Textilarbeiterin Furzewa in die Regierung ein und flog die Tereschkowa in den Kosmos. Es ist bekannt, daß die Lage der Frau durch die Gesellschaft bestimmt wird, aber . . . Margret Thatcher, die gegenwärtige Ministerpräsidentin von Großbritannien, ist die logische Folge der Erfahrungen von Indira Gandhi, Seramaro Banderaneike und anderen Frauen in den Regierungen verschiedener Länder. Obwohl man auch dort von der Gefahr der multinationalen vaginalen Tyrannei spricht, bei uns schreibt man in der "Literaturnaja Gaseta" über diese neue Tendenz: "Hat der Mann Angst? ", riskieren sie es doch. Nun, das Risiko ist eine edle Sache. Ironisch, aber symptomatisch schreibt der ungarische Schriftsteller Moritz: "Wenn die Frauen die Macht in ihren Händen haben, dann erst werden wir verstehen, was Entschiedenheit ist. Keine Sentimente, keine Albernheiten. Nur Frauen können so mit Frauen sprechen." D.h. man fürchtet die Macht der Frauen, aber gleichzeitig erhofft man sie. Die Sehnsucht nach dem natürlichen Altruismus der Frauen liegt im Menschen, doch das vom Patriarchat geforderte Stereotyp entfremdet ihn dieser Sehnsucht.

Die einen fürchten sich vor dem Spott, denn die Frauenbewegung habe sich kompromittiert. Aber ist nicht auch der Akt des Gebärens kompromittiert worden, und trotzdem werden Kinder geboren? Ist nicht auch die Kirche kompromittiert worden, und gleichzeitig findet die Lehre Christi immer wieder neue Anhänger? Andere fürchten die Begrenzung der Frauenbewegung auf die Frauen, und sie betonen, daß auch die Männer leiden und es nicht möglich sei, nur über Frauenprobleme zu sprechen. Obwohl man nie einen Gynäkologen dafür verurteilen würde, daß er nur Frauenkrankheiten heilt, denn solche Spezialisierung abzulehnen, wäre töricht. Die dritten sagen, daß die Frauenbewegung ein absolutes Hirngespinst sei. Es gäbe ja Mängel, doch wenn wir erst den Kommunismus aufgebaut haben, werden alle Fragen, auch die Frauenfrage, wie von selbst wegfallen. Die vierten fallen ins andere Extrem, die Führerinnen der Frauenbewegung anzuklagen, sie würden Schmutz aufwirbeln.

Trotz alledem entwickelt sich die Frauenbewegung zum Kristallisationspunkt für die aktuellsten Ideen, die in der Luft liegen. Die hartnäckige Gleichgültigkeit der meisten Männer gegenüber der Frauenbewegung verstärkt diese nur noch. Man macht viel Lärm um das Thema "Schützt die Männer" (sie sterben an Wein- und Zigarettenmißbrauch und sexuellen Perversionen((!!, ID), und unbewegt schaut man auf die Frauen, die die Straßen pflastern oder bei der Eisenbahn die Schwellen schleppen. Ungerührt hört man allerorts die

Flüche, die eine deutliche Diskriminierung der Frauen auf sprachlicher Ebene sind. Niemandem würde es einfallen, das Brot dafür zu beschimpfen, daß es uns ernährt. Demgegenüber scheint es völlig normal, die Frau, die der Gesellschaft das Leben schenkt, zu beschimpfen. Die Rückständigkeit der bis an den Abgrund geratenen Masse von Alkoholikern, die dumpfe Mißgunst dieses wuchernden einzelligen Organismus gegenüber Frauen, diese willenlose gigantische Amöbe — das ist die Bremse des sozialen Fortschritts.

Die Redaktion des Almanach "Frauen und Rußland"
Das Red.-Kollektiv

Übersetzt aus dem Russischen von "Courage"

DIE MATRIARCHALISCHE FAMILIE

von Tatjana Mamonova

Diesen Artikel aus "Frauen und Rußland" haben wir aus ‚Liberation' übersetzt.

„ Niemand hat den Mann von der Verpflichtung, das Brot der Familie zu verdienen, befreit, aber die Preiserhöhung und die riesige Verteuerung der Lebenshaltungskosten führen dazu, daß eine Kleinfamilie (3 Personen) mit dem Geld, das er verdient, nicht auskommt. Nach den offiziellen Angaben ist der Durchschnittslohn 150 Rubel. Mit dieser Summe können drei Personen mit knapper Not überleben, aber das Geld des für das Wachstum des Kindes notwendigen Obstes und Gemüses fehlt, und für Kleidungsstükke bleibt kein Geld übrig (trotz der Unfreundlichkeit des russischen Klimas). Und diese Zahl ist nur ein offizieller Durchschnitt. (. . .) Um der Wirklichkeit näher zu kommen, darf nicht der Anteil des Lohnes der Männer, der für das Trinken ausgegeben wird, verschwiegen werden. So erfüllen die Männer ihre erste Verpflichtung.

Heutzutage fühlt sich der Mann der Hausarbeit entbunden. Der, der noch einen Nagel einschlagen kann, ist eine Rarität. Jetzt schlägt die Frau alle Nägel ein, und auf die Männer, die an den "leichten" Aufgaben der Hausarbeit teilnehmen, wird auf der Straße mit dem Finger gezeigt.

Heutzutage gibt es ungefähr zwei Arten männlichen Benehmens: 1) zurückgekommen von der Arbeit besäuft sich der Ehemann und schläft ein oder er fängt eine Schlägerei an — 2) zurückgekommen von der Arbeit legt der Ehemann sich hin, um die Zeitung zu lesen oder fernzusehen. (Es kann eine verträumte dritte Art geben: der Ehemann kommt nach Hause zurück und macht Sachen, die er mag, Hobby oder kreative Arbeit).

Nachdem wir bis zwei gezählt haben, haben wir angehalten, weil wir verstanden haben, daß der Mann heute keinen Dienst — auch keinen Brotverdienst — mehr erfüllt. Reden wir jetzt von den vielen Pflichten der Frau:

1) Wie in der Vorzeit bringen wir die folgende Generation auf Kosten unseres Blutes und unserer Schmerzen zur Welt. (. . .) Man betrachtet mit Verachtung die Gebärende als eine leichtfertige Frau. (. . .) Ihre seelischen Leiden vermehren der unglaubliche Schmutz und das totale Besuchsverbot, das in der Entbindungsanstalt herrscht. Die Ehemänner — die keine Ahnung von den Leiden ihrer Frauen haben — können keinen Respekt äussern. Ohne einen Tropfen von ihrem Blut für die Geburt ihres Kindes zu geben, verhalten sich die Männer eine Woche später wie gewöhnlich: "Gib mir das, blöde Kuh! Mach das, blöde Kuh!"

2) Die "leichten" Aufgaben der Frau sind nicht besonders einfach heutzutage. Auch in großen Städten bieten die Läden nicht viel an, und es ist schwer, eine Mahlzeit zu machen mit den geringen Sachen, die es gibt. Eine normale Familie darf sich keinen Kühlschrank erlauben, und die Frau muß jeden Tag einkaufen gehen. Der Warenmangel ist verantwortlich für die ungeheueren Schlangen, die es für die fehlenden Waren (Gemüse, Obst und andere seltenen Waren) gibt. Die Mütter verbringen Stunden und Tage in diesen Reihen, wo kein Mann sich sehen läßt. Aber Schlangen von Männern leeren sich nicht an den Türen von Kneipen. (. . .)

3) Die Erziehung der Kinder bleibt uns überlassen, denn die Kleinkinderanstalten und die Kindergärten sind ein utopischer Traum, der sich schließlich in eine Gegenutopie umkehrt: Die Kinder, die wir da hinbringen, kommen krank heim. Die Frau muß immer Krankenscheine und Bescheinigungen dabei haben. Ehemals blieb sie mit ihren gesunden Kindern zu Hause, heute nimmt sie sich freie Tage, um ihre kranken Kinder zu Hause zu pflegen.

4) Die Frau, die endlich eine Arbeit gefunden hat, wird schon bei ihrer ersten Krankheit schlecht angesehen. Und wie immer ist es die Frau, die für die Krankheit ihrer Kinder verantwortlich ist. Mit diesem gewöhnlichen Kommentar: "Du hättest sie nicht machen dürfen!" Mit diesen Worten versetzt man sie an einen weniger gut bezahlten Arbeitsplatz. Nachdem sie das zweite oder dritte Mal krankgeschrieben ist, versucht man ihr zu kündigen.

Eins gegen vier, das ist heutzutage die Pflichtengleichheit zwischen Mann und Frau. Dieses Ungleichgewicht ist

noch stärker in einigen Familien wegen besonderer sowjetischer Bedingungen: in den meisten kreativen Berufen deckt der Lohn die Grundbedürfnisse nicht. (. . .)

Mutter zu sein und einen kreativen Beruf zu haben, ist unvereinbar, außer wenn sich eine Großmutter um die Kinder kümmert. (. . .) Die Frau sagt ihrem Mann: "Du bist mein Stolz" und sie bringt den Mozart, der in ihr ist, um. Oder sie schweigt, und es ist der Ehemann, der den "Mozart" umbringt. Der dritte Ehemann hat noch weniger Bedenken: "Es gab nie einen weiblichen Mozart und es wird ihn niemals geben. Gott hat euch nicht dafür gemacht".

Aber er hat nicht bemerkt, daß der Vorgang angefangen hat (wenn er nicht schon gelaufen ist) — der Vorgang, der zu der matriarchalischen Familie führt. Er hat nicht bemerkt, daß die Frauen (unabhängig von ihrer Erziehung und Stellung) versuchen, sich von ihrem betrunkenen Ehemann zu trennen. Die wirkliche menschliche Gesellschaft, die aus Müttern und Kindern besteht, verstieß die Männer. (. . .) "

Zu den Autorinnen

Julja Vosnesenskaja. Sie wurde 1940 als Tochter eines hohen Offiziers geboren. Mit zwanzig Jahren erster Zusammenstoß mit den sowjetischen Realitäten (sie hat ihre Jugend in Deutschland verbracht): sie schlägt einen Milizsoldaten, danach geht sie ein Jahr in den Untergrund. Sie versucht, das Schwarze Meer auf einem Schlauchboot zu überqueren, dann die polnisch-sowjetische Grenze zu überschreiten. Sie studiert besonders das Strafgesetzbuch und das Prozeßrecht, um den Behörden die Stirn bieten zu können. Als Malerin organisiert sie alternative Ausstellungen und nimmt auch selbst daran teil. In den siebziger Jahren veröffentlicht sie einen Gedichtband. Am 21. Dezember 1976 wird sie in Leningrad festgenommen, als zwei Maler angeklagt werden, Verfasser einer riesengroßen Inschrift auf der Peter-und-Paul-Festung zu sein: "Die KPdSU ist ein Volksfeind". Während des Prozesses tritt sie in einen 65-tägigen Hungerstreik. Da es keine Beweise gegen sie in dieser Sache gibt, beschuldigt man sie, die Absicht gehabt zu haben, die Untergrundzeitung "Das Maß der Zeit" (die niemals erschienen ist) zu gründen. Am 29./30. Dezember 1976 wird sie verurteilt. Da sie Kinder hat, wird sie nicht in ein Lager geschickt, sondern zu fünf Jahren Exil verurteilt, "relegiert". 1977 flieht sie aus dem ihr zugewiesenen Ort. Am 29. Juni 1977 wird sie aufs Neue festgenommen und zu zwei Jahren Lager verurteilt. Sie hat ihre Strafe abgesessen und das Lager Ende 1979 verlassen. Während ihrer Haft wohnt sie der Verlegung der Gefangenen bei, die sie in ihrem Text "Brief aus Novosibirsk" beschreibt, der schon 1977 in den "Samiz-dat-Heften" veröffentlicht und in "Frauen und Rußland" wiederaufgenommen wurde. Sie wurde kürzlich zusammen mit T. Mamonova und S. Sokolova festgenommen und wieder freigelassen.

Tatjana Mamonova. Tatjana ist ungefähr 35 Jahre alt, sie ist verheiratet und hat einen Jungen von vier Jahren. Sie fungiert als Chefredakteurin von "Frauen und Rußland". Seit Dezember ist sie Pressionen seitens des KGB ausgesetzt. Im Januar 1980 wird sie zusammen mit I. Vosnesenskaja und S. Sokolova wegen "Frauen und Rußland" festgenommen. Sie hat ein Ausreisevisum beantragt.

Tatjana Goritceva. Sie ist ungefähr 30 Jahre alt. Spezialistin für Heidegger und Kierkegaard. Begründerin der Untergrund-Zeitschrift "37".

Sofia Sokolova. Sovia ist um die Vierzig. Sie hat einen volljährigen Sohn. Sie ist Jüdin und wollte ausreisen, hatte auch schon ein Visum, hat jedoch im letzten Moment verzichtet. Vor kurzem hat sie ein Visum für Frankreich beantragt. Im November 1979 hat sie, gleichzeitig mit einer ganzen Reihe von anderen Leuten aus Leningrad, eine "Mahnung" erhalten, gemäß dem Dekret vom 25. Dezember 1972des

ber 1972 des Präsidiums des Obersten Gerichtshofes der Sowjetunion. In ihrem Falle handelt es sich in Wirklichkeit um ihre Mitarbeit an "Frauen und Rußland". Sie hat sich geweigert, diese "Mahnung" zu unterschreiben. Wurde kürzlich zusammen mit I. Vosnesenskaja und T. Mamonova festgenommen und wieder freigelassen.

Elena Svarc. Elena ist ungefähr 30 Jahre alt. Sie schreibt seit ihrer Kindheit. Die Dichterin Akhmatova wurde durch ihre Texte, die sie mit 16 schrieb, auf sie aufmerksam. Sie hat schon mehrfach veröffentlicht , sowohl in Samiz-dats, als auch in der Zeitschrift "37" und im Ausland. In der Sowjetunion sind ihre Gedichte "Schwarze Ostern" und "Mirovic" am bekanntesten.

N. Malachovskaja. Sie ist 32–33 Jahre alt, Philologin und Schriftstellerin, verheiratet mit dem Dichter Pazoukhin. Ihr Sohn Vania ist neun Jahre alt.

Über vier der Autorinnen ist nichts bekannt: Irina Tiscenka, Vera Golubeva, R. Batalova und Jana Ivina.

IRAN: exclusiv-interview mit den besetzern der U$-botschaft in teheran:

INTERVIEW MIT DEN BESETZERN IN DER AMERIKANISCHEN BOTSCHAFT IN TEHERAN

Frankfurt/Teheran 19.2.80

In den letzten Tagen liefen wieder sehr widersprüchliche Informatio- durch die westliche Presse darüber, was denn eigentlich mit den amerikanischen Geiseln passiert. Wird "der IRAN" sich mit den Amerikanern arrangieren oder geht die Revolution im Iran trotz Sowjet-Besetzung Afghanistans weiter? Deswegen ist eigentlich die Lage der 49 Geiseln und die Stellungnahme ihrer Behüter äußerst wichtig.

Obwohl der ID schon am 8.Februar die Telefonnummer der US-Botschaft in Teheran bekanntgab - man kann sie auch im Selbstwählferndienst unter 009821 - 820091 erreichen -, scheint es noch immer der STP (staatstragenden Presse) schwerzufallen, die Meinung der studentischen Besetzer direkt zu erhalten. Bei der Frankfurter Rundschau z.B. muß man sich erst aus der japanischen Zeitung Yomiuri informieren. Der ID scheute weder Kosten und Mühe und rief an:

Max Watts/ID: Ich rufe an wegen der Geiseln.

Botschaftsbesetzer: Es geht ihnen allen gut.

ID: Wir haben hier gehört, daß die Geiseln bald befreit werden, ohne da ß der Schah in den Iran zurückgeschickt wird.

Besetzer: Das ist absolut falsch. Unsere Position hat sich überhaupt nicht geändert. Die Geiseln werden nur freigelassen, nachdem der Schah in den Iran zurückge bracht wurde.

ID: Banisadr hat gesagt, die Geiseln könnten auch unter anderen Bedingungen befreit werden.

Besetzer: Das stimmt nicht. Banisadr hat gesagt, daß die USA sich entschuldigen und ihre Verbrechen im Iran gestehen muß. Banisadr hat nichts betreff der Freilassung der Geiseln gesagt.

ID: In den Medien im Westen wird heute berichtet, daß es einen Widerspruch zwischen Banisadr und den Botschaftsbesetzern gibt, daß Banisadr die Geiseln bald freilassen will.

Besetzer: Banisadr setzt seine eigene Strategie weiter fort. Aber es stimmt nicht, daß er die Geiseln freilassen will. Diese Version ist ein Mißverständnis der westlichen Medien, die von den amerikanischen Imperialisten absichtlich getäuscht werden.

ID: Falls Banisadr sagen würde, die Geiseln müssen an die Iranische Regierung übergeben werden, was würdet ihr tun?

Besetzer: Wir sind sicher, daß Banisadr so etwas nicht sagen wird. Außerdem folgen wir der Linie des Imam (Chomeiny). Das ganze Volk folgt der Linie des Imams und Banisadr – als Präsident des Volkes – folgt auch der Linie des Imam. Und die Politik des Imam ist, daß der Schah in den Iran zurückgebracht wird.

ID: Was wäre, wenn Banisadr seine Linie ändern würde?

Besetzer: Banisadr wird seine Linie nicht ändern. Banisadr wird vom Volk kontrolliert. Und die Linie Banisadrs ist die Linie des Volkes. Und muß die Linie des Volkes bleiben. Und die Linie des Volkes ist: der Schah muß in den Iran zurückgebracht werden.

ID: Wir haben gehört, daß Banisadr von Chomeiny zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt wurde. Was wäre, falls Banisadr oder andere Soldaten zur Botschaft schicken würde, um die Geiseln herauszuholen. Was würdet ihr tun?

Besetzer: Banisadr wird das nicht tun, weil Banisadr unserem Volk folgt. Wir haben keine Probleme dieser Art mit Banisadr. Das ist nur Selbsttäuschung des Imperialismus, der dem amerikanischen Volk, den Menschen im Westen, etwas vortäuschen will. Sie erzählen, daß Banisadr kommen und die Geiseln befreien wird, ohne daß der Schah zurückkommt. Aber das ist ganz falsch. Das stimmt einfach nicht.

ID: Es wird uns gesagt, daß Banisadr gesagt hätte, er würde die Geiseln bald befreien.

Besetzer: Das ist falsch, das ist ganz unrichtig. Und Banisadr hat diese Nachrichten gestern oder vorgestern dementiert.

ID: Falls es doch dazu kommen sollte, daß versucht wird, den Studenten die Geiseln wegzunehmen, was würdet ihr tun?

Besetzer: Was?

ID: Falls Militär zur Botschaft kommen und sagen würde, wir wollen die Geiseln haben, was würdet ihr tun?

Besetzer: Wir werden die Geiseln nicht herausgeben. Nur wenn der Schah in den Iran zurückgekommen ist, dann werden wir die Geiseln freigeben. Wir werden sie nicht herausgeben. Wir sind bereit für jede Aktion.

ID: Auch bewaffnete Aktionen?

Besetzer: Falls es notwendig ist, ja. Das wird die Sache unseres Volkes sein. Unser Volk wird uns verteidigen.

ID: Mit Waffengewalt?

Besetzer: Ja, falls es notwendig ist, mit Waffengewalt. Wir sind dabei, 20 Millionen Soldaten bereitzustellen.

ID: Das ganze Volk?

Besetzer: Eine Volksarmee.

ID: Falls sie versuchen würden, die Geiseln wegzunehmen?

Besetzer: Wer?

ID: Wir können ja noch nicht wissen, wer!

Besetzer: Falls es zu irgendeiner solchen Aktion kommen würde, wird uns unser Volk, die Massenarmee von 20 Millionen verteidigen und wir werden die Geiseln behalten. Es wird ein Krieg sein mit Toten, das wäre das Resultat jeder bewaffneten Aktion, die gegenüber der Botschaft unternommen würde, uns gegenüber.

ID: Ihr werdet die Geiseln nicht friedlich herausrücken?

Besetzer: Nein, keineswegs. Die Geiseln werden nicht ohne den Schah herausgegeben.

ID: Mit wem spreche ich?

Besetzer: Mein Name ist Y.

S., mit dem du letzte Woche gesprochen hast, ist nicht da. Ich vertete ihn.

ID: Was ist deine Funktion?

Besetzer: Ich bin der Verantwortliche für internationale Telefonverbindungen mit der Presse.

ID: Vielen Dank, auf Wiederhören.

Besetzer: Auf Wiederhören.

An eines sollte man sich erinnern: In Guatemala-City wurde auch eine Botschaft - die spanische - besetzt. Niemanden ist etwas passiert, bis man die Geiseln "befreien" wollte. Daraufhin waren sie alle bis auf eine Ausnahme tot.

Max Watts/ID

Larzac

BÜRGERMEISTER SPERREN DEM RICHTER DIE STRASSEN

Millau Januar'80 *Bereits seit Jahren kämpfen die Bauern des Larzac, eines Hochplateaus in Südfrankreich, für die Erhaltung ihrer Lebensbedingungen – gegen die Ausweitung eines bereits bestehenden Truppenübungsplatzes. Der aktuelle Stand: Die Enteignungsverfahren für die betroffenen Bauern sind inzwischen abgeschlossen, es bedarf noch eines Richters, der den Wert der Grundstücke schätzt und danach die Höhe der Entschädigung im Einzelfall festsetzt. Von ihm und seiner Tätigkeit ist im Folgenden, einem Auszug aus der Januar-Nummer der "Gardarem lo Larzac"(der Zeitung der Larzac-Bauern und -Komitees), die Rede.*

"6.Dezember: La Blaquerie, Gemeinde La Couvertoirade: Drei Barrikaden versperren den Zugang zum Dorf. Gefällte Bäume (wie 1940), alte Reifen. Um 10 Uhr warten 300 Personen: 100 bis 150 vom Larzac, die anderen von den Larzac-Komitees überall in Frankreich... Die Reifen brennen. Kurz danach kommt der Richter an einer der Barrikaden an. Er wird von 300 Polizisten der "gendarmes mobiles", die mit Schlagstöcken und Gasgranaten bewaffnet sind, begleitet. Außerdem von seiner Sekretärin und einigen Polizeioffizieren.
Der ganze Troß marschiert auf die Wiese, um das Feuer zu umgehen, und stößt auf die 300 Opponenten, die am Ortsschild von "La Blaquerie" stehen, der Bürgermeister an der Spitze. Die erste Hundertschaft hält an, die Polizisten machen eine Gasse frei und der Richter, eben noch inmitten der zweiten Hundertschaft, schreitet voran, bis stracks vor den Bürgermeister. Der - sehr beherzt - stellt sich ihm entgegen und erklärt mit der selbstverständlichsten Miene der Welt: "Das ist ein öffentlicher Weg. Als Bürgermeister der Gemeinde sperre ich die Straße für den öffentlichen Verkehr." Sagt's dreimal, die Menge applaudiert. Der Richter - verdutzt - fragt noch nach den Grundeigentümern, mit denen er verhandeln will. Keine Antwort!
Der Richter und sein Troß ziehen sich unverrichteter Dinge wieder zurück. Um 14 Uhr noch einmal die gleiche Szene. Von den 43 Grundeigentümern sind nur 3 - darunter kein Bauer - bereit, Verhandlungen zu akzeptieren.

7.Dezember, Pierrefiche: Die Leute von Pierrefiche haben die Ankunft des Richters vorbereitet als sei es die Generalprobe für die Vertreibung von Grund und Boden: Ballons gegen Hubschrauber, ab 6 Uhr Bau von 15 Barrikaden mit Bäumen, Felsblöcken und alten Reifen, an den strategisch wichtigen Punkten Beobachterposten. Bis Sonnenaufgang sind fast alle versammelt. Der Richter braucht über eine Stunde für den letzten Kilometer... Und wieder das Gleiche: offizielle Sperrung der Straße, Rückzug des Richters, keine Besichtigung der Grundstücke.

13. und 14. Dezember, Nant: Der Bürgermeister und eine Abordnung der Bauern treffen sich am Ortseingang, so war es vereinbart – ohne Polizei und ohne Barrikaden. Aber der Widerstand ist so nicht entschieden genug: der Richter besichtet am Nachmittag Grund und Boden.

17.Dezember: Gemeinde Millau (das ist zwar die Stadt im Tal, aber zur Gemeinde Millau zählen z.B. auch Potensac und La Blaquiere im Norden des Larzac-Plateaus): Am Vormittag die gleichen Szenen wie am 6. in La Couvertoirade und am 7. in Pierrefiche: Barrikaden, keiner will den Richter empfangen. Dann ein simpler Taschenspielertrick des Richters: "Ich gebe Ihnen einen zweiten Termin am 21.Dezember. Um 14 Uhr komme ich nicht wieder." Jedermann hat verstanden, daß der Richter nicht zurückkommt, die Journalisten von Millau und die Delegation des Ortes machen sich auf den Rückweg. Die Bauern und die anderen Aktiven sind mißtrauisch und bleiben noch. Glücklicherweise!
Eine Stunde später, nach 20 Km Umweg kommt der Richter wieder, aufs Neue begleitet von seinen drei Hundertschaften. Der Polizeioberst erklärt, seine Erregung ist nicht zu übersehen: "Wir räumen die Straße!" Er versichert, daß der Richter nicht mitgekommen sei, was nicht stimmt. Die 30 Leute, die noch da sind, setzen sich auf die Straße. Die Gasgranaten werden vorbereitet, und, um den 30 einen Vorgeschmack zu geben, gibt er den Befehl zu knüppeln...
Nach 150 Metern kommt alles völlig unerwartet zum Stillstand. Die wütenden Offiziere geben den Befehl einzuhalten. Was ist passiert? Nun, gerade zu dieser Stunde findet eine Sitzung des "Conseil General"(Selbstverwaltungsorgan eines Departements, nahezu bedeutungslos; dominierendes staatliches Organ in den Departements ist der Präfekt, Anm. des Übers.) statt. Und der ist von den Vorkommnissen unterrichtet. Die Sitzung wird unterbrochen, der Präfekt, der sein Gesicht nicht verlieren will, wird veranlaßt, den Befehl zum Rückzug zu geben. Voila!
Abends: Demonstration in Millau, damit die Leute, die tagsüber keine Zeit hatten aufs Plateau zu kommen, Ihre Solidarität ausdrücken können. 1 000 bis 1 500 Leute. Eine Tanne, angesengt und eingegangen durch die Schießerei des Militärs im vergangenen Sommer, wird wie ein Weihnachtsbaum geschmückt – nur mit Granaten und Girlanden aus Patronengürteln. Und dieser Baum wird dann bis vor die Unterpräfektur getragen. Er zeigt für alle deutlich, was aus dem Larzac wird, wenn das Militärgelände Realität werden sollte."

AMERICA CENTRAL

NICARAGUA – EL SALVADOR – GUATEMALA

Das folgende Interview wurde im Anschluß an eine Nicaragua-Solidaritätsveranstaltung mit zwei Genossen gemacht, die gerade von einer längeren Reise durch Nicaragua, El Salvador und Guatemala zurückgekehrt sind.

Wie schätzt du die ökonomische Situation im Moment in Nicaragua ein, und wie sind die Chancen, wirklich unabhängig zu werden?

„Das ist sehr schwierig zu beantworten. Zwei Ebenen müssen unterschieden werden, zunächst die ökonomische Struktur. Diese ist noch immer total geprägt durch die Strukturen unter Somoza: Monokultur, auf Export ausgerichtet, Import fast aller Produktionsmittel und Konsumgüter – das ist ja bekannt – und der damit verbundenen Konsumgewohnheiten der Bevölkerung, die an kapitalistischen Vorstellungen orientiert war und geprägt durch die Zwänge eines „unterentwickelten Landes". So ist es z.B. sehr kompliziert, die Leute „gesund" zu ernähren, waren sie doch immer daran gewöhnt, fast nur Bohnen und Maisfladen zu essen und haben so wenig Interesse an Gemüse. Diese Ebene sehe ich als sehr negativ. Die andere Ebene sehe ich als sehr positiv, es gibt einen ungeheuer großen Elan an der Basis und die Sandinistas sollten diese enorme Bereitschaft zum Neuaufbau nutzen, um eine wirkliche „Volks"wirtschaft zu schaffen und somit eine Gegenströmung gegen die erste Ebene zu bilden."

Sind die Sandinistas dabei schon an ihre Grenzen gestoßen?

„Es gibt das Problem der „Zentralisierung". In Managua sitzen die wichtigsten Zentralen der neuen Organisationen und da sehe ich ein großes Problem. Z.B. befindet sich die Zentrale der INRA (Agrarinstitut) in Managua selbst. Auf dem Land oder in kleineren Städten gibt es nur Zweigstellen. Alle vier Wochen kommt ein Vertreter der INRA oder der Regierung auf die Hacienda, auf der die Bauern arbeiten und auf denen zum Teil noch die alten Verwalter sitzen. Eine ständige Auseinandersetzung findet somit nicht statt und die Probleme können sich verschärfen: Das Volk war im Kampf gegen Somoza vereint aber jetzt zeigt sich, daß es kein einheitliches Volk ist. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist in der Lage, Initiativen beim Staatsaufbau zu ergreifen. Die meisten Menschen organisieren nur ihr Alltagsleben anders, verstehen aber nicht, was auf der hohen Ebene der Politik und Staatsaufbau passiert. Dazu kommt, daß die meisten Analphabeten sind und nie gelernt haben, etwas zu organisieren. Besonders stark trifft dieses Problem die ehemaligen Wanderarbeiter, die immer nur von einer Hacienda zur anderen gewandert sind. Meiner Meinung nach machen die Sandinistas hier den Fehler, daß sie nicht genügend politische Diskussionen mit diesen Leuten führen. Dabei gibt es an der Basis sehr viel Radikalität und, trotz allem Vertrauen in die Sandinistas, die Angst, daß diese den bürgerlichen Kräften in der Regierung nachgeben. Die Leute sehen alle Fehler zuerst bei den Sandinistas, weil sie nicht die wirklichen Strukturen erkennen können. – Ein anderer Punkt ist: die Sandinistas sprechen immer nur von der Vereinheitlichung der Tendenzen, die vor dem Sieg bestanden hätten. Dies ist jedoch nicht wahr, es gibt diese verschiedenen Tendenzen sehr wohl immer noch."

Was hat sich für die Bevölkerung wirklich geändert?

„Die Sandinistas haben das Land von Somoza verstaatlicht, Zwischenhandel ausgeschaltet und versuchen das Problem von Arbeitslosigkeit mit ihren Wirtschaftsmaßnahmen zu bewältigen. Was mir besonders gut gefällt, ist, daß sie alle schönen und bourgeoisen Häuser beschlagnahmt haben und für den öffentlichen Gebrauch freigeben: Für Wohlfahrtseinrichtungen, Komitees und Sekretariate. Weiter fällt auf, welche ungeheuren Leitstungen für den Wiederaufbau schon geleistet wurden: alle zerstörten Brücken sind z.B. wieder aufgebaut worden, und das innerhalb von 5 Monaten. Durch die „Aktion Sauberkeit" ist das Land wirklich sauber geworden und die Hygiene besser. Die Basiskomitees entwickeln verschiedene Aktivitäten, z.B. wurden in einem Viertel Nähmaschinen gekauft und an die Frauen verliehen. Die Probleme von Arbeitslosigkeit und Hunger sind jedoch noch nicht gelöst. Besonders auf dem Land ist das Dilemma oft noch groß: Die Landarbeiter hören im Radio die Parolen: „Produktion steigern, Konterrevolution niederhalten" – aber ihre Situation ist in vielen Fällen noch nicht besser, die versprochenen Neuerungen sind nur teilweise realisiert worden (z.B. Urlaub, eigenes Werkzeug oder doppelte Bezahlung für Sonntagsarbeit). Die Leute wollen erst essen und dann politisch diskutieren.

Eine Sache hat mich sehr enttäuscht: Die Frauen waren im Kampf gegen Somoza immer sehr politisch aktiv gewesen, jetzt aber ziehen sie sich wieder auf ihre „Frauen"bereiche zurück und kümmern sich in der Hauptsache um den Sozialen Bereich. Als besonders positiv empfand ich die Jugend. Alle sind ungeheuer offen und optimistisch, völlig unbürokratisch und nicht so angepaßt wie hier."

Wo siehst du die Gefahr für Nicaragua?

„Ich sehe die Gefahr, daß Nicaragua von außen wirtschaftlich erpreßt wird und daß die Sandinistas diese Schwierigkeiten ans Volk weitergeben müssen. Die Unruhe von unten könnte wachsen (Hunger und fehlendes politisches Bewußtsein) und zu mehr Repression von oben führen.

Kannst du etwas über die Unterschiede zwischen Nicaragua und El Salvador sagen. Z.B.: Stimmt es, daß die Bourgeoisie dort nicht, wie in Nicaragua unter Somoza, gespalten ist und daß die linken Organisationen wesentlich stärker sind als sie früher in Nicaragua waren?

„Ja das stimmt völlig. Es Salvador ist wesentlich stärker industrialisiert als Nicaragua. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind nicht so groß und es gibt keine so starke Zentralisierung. Es existiert eine heimische, geschlossene Bourgeoisie und ein starkes Proletariat. Die Massen sind sehr bewußt, denn sie haben schon lange Erfahrung mit der Bourgeoisie und mit Demokratisierungsversuchen. Die drei linken, revolutionären Parteien sind sehr stark und haben klare Positionen. Sie waren schon sehr früh gezwungen, weitergehende politische Analysen zu machen, da ihre Bourgeoisie ihnen nicht wie nur eine Symbolfigur (Somoza) gegenüberstand. Auch die Politik der Guerilla ist sehr klug, sie haben ihre Attacken immer nur gegen „Schuldige" selbst geführt und keine Vergeltungsmaßnahmen nach einer gelungenen Aktion unternommen. Die Bewegung ist wirklich auf dem ganzen Land verstreut und wird seit der Vereinheitlichung der drei Parteien immer stärker."

Es scheint, als wäre die Oligarchie bereit, den Krieg zu führen, sie hat gesagt, sie sei bereit, 120 000 Menschen umzubringen, wenn es sein muß.

„ Die Bevölkerung von Salvador ist seit langem an Terror, Folter und Todesschüsse gewöhnt, besonders von Seiten der paramilitärischen „Orden". Das ist nichts neues. Es gehört zum alltäglichen Leben der Menschen. Ich glaube sicher, daß die diesen Krieg gewinnen werden."

Welche Gefahr geht von Carter aus, könnte er nicht nach Afghanistan eine Intervention in Salvador seinerseits legitimieren?

„Das glaube ich nicht. Seine Militärhilfe verstehe ich eher als Hilfe für die eigene Wirtschaft und wichtig für seinen Wahlkampf. Ich glaube eher, daß er versuchen wird, Guatemala stärker an die USA zu binden. In Guatemala ist die Situation noch nicht so entwickelt wie in Salvador. Das Land ist hauptsächlich Agrarland (mit starker US-Investition). Und nicht weit entwickeltes Handwerk. Es gibt kein organisiertes Proletariat und keine starken linken Parteien. Die Guerilla sind meist Bauern und ihre Aktionen haben kaum politische Kraft. Nicaragua hat bis jetzt schon eine starke Signalwirkung gehabt. (Siehe Vereinigung der politischen Parteien und der Guerilla in Salvador.) Es wird auch weiterhin die Entwicklung in den umliegenden Ländern beeinflussen.

„Wir haben einen Wachsaal für die Unruhigen"

Bericht

Bericht über das zentrale psychiatrische Krankenhaus in Nicaragua

Managua
19. Februar

Wir stehen außen am Zaun. Drei Männer stehen innen. Der eine hockt wie ein Tiger, der daran gewöhnt ist, neugierig beschaut zu werden, auf einem Mauersims und bringt seinen Körper mit verschiedenen kleinen Gewichtsverlagerungen allmählich in eine Lage, die für ihn äußerst bequem sein muß. Mit seinen blassen Tieraugen sieht er gleichmütig über uns weg. Der andere hat sich starr aufgerichtet vor uns aufgestellt und kreist unsicher mit den Armen. Sie haben ihm ein Mittel eingespritzt. Er ist alt, mit einem Gesicht wie ein von langem Gebrauch abgescheuerter Lappen, faltig, mit einer zerknitterten Haut überzogen. Er will eine Zigarette. Auch der Alkoholiker, mit dem wir gesprochen haben, will eine Zigarette. Als wir die Zigaretten durch den Zaun schieben, kommen noch andere – in zerlumpten Kleidern, halb nackt, die Hosen mit Stricken statt mit Gürteln. Manche mit eigenartig langsamen Bewegungen, als würden sie auf einer Stange balancieren.

Der Alkoholiker macht eine Geste, wie sie ein Fremdenführer macht, wenn er die Touristen um sich schart und ihnen eine neue Sehenswürdigkeit erklärt.

„Diese Muchachos hier", sagt er, „sind alle hier, weil sie nicht richtig im Kopf sind oder weil sie zuviel getrunken haben wie ich und dann schlimme Sachen angestellt haben. Sie sind etwas langsam, weil sie Drogen bekommen haben. Manche können gar nicht laufen. Manche können gar nicht sprechen. Ich will nie wieder trinken."

„Habt ihr auch Elektroschock hier? "

„Ich will dir's zeigen, wie es geht." Er preßt die Fäuste gegen die Schläfen und schließt die Augen, dann durchfährt es seinen Körper wie von einem Schlag. Es rüttelt ihn, er reißt furchtsam die Augen auf, sein Gesicht verzerrt sich. Um sicher zu sein, daß wir ihn verstehen, wiederholt er es ein paar Mal.

„Wie findest du das? "

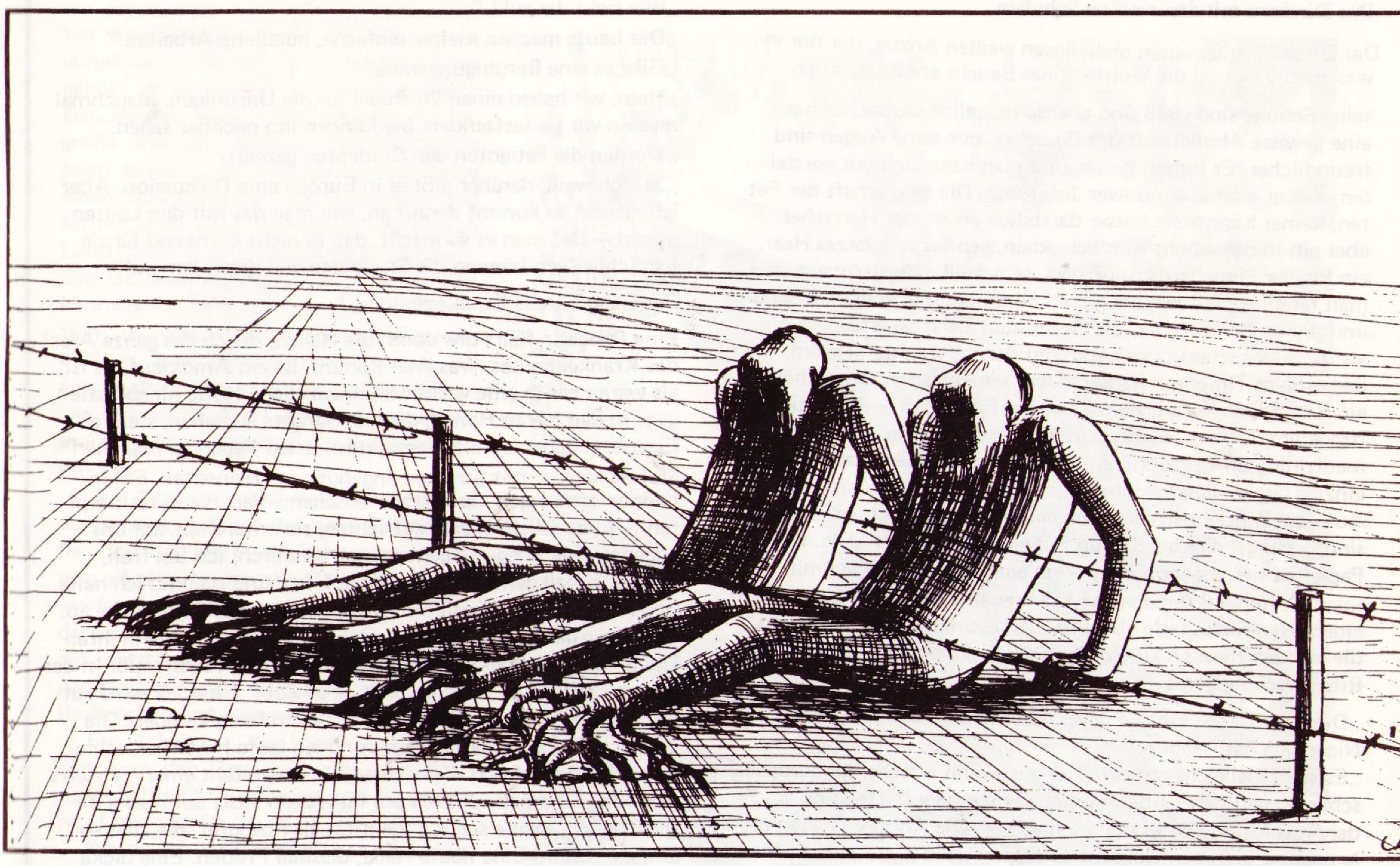
„Das ist so... es wird mit vielen hier gemacht. Es tut weh. Hinterher ist man benommen, nicht mehr derselbe. Du weißt nicht, wo du stehst und gehst und mußt dauernd kotzen."

„Warum laßt ihr das mit euch machen? "

„Wir sind hier, um geheilt zu werden. Es ist Teil der Behandlung."

„Aber die Behandlung ist völlig unnötz, in Wirklichkeit ist es eine Folter, die man mit euch macht."

„Wenn du das sagst, sind wir der gleichen Meinung. Sie binden uns an Händen und Füßen fest, und dann machen sie es. Ich glaube nicht, daß das gut ist."



Er zeigt auf die anderen. „Sieh sie dir an, sie sind schon ganz hinüber."

Bekommt ihr jeden Tag Medikamente?"

„Dreimal am Tag müssen wir sie schlucken. Die am Abend sind die schlimmsten. Alle hier bekommen solche Medikamente."

„Was sind das für Medikamente?"

„Ich weiß nicht. Pillen, Tropfen, Spritzen. Wer nicht will, bekommt Spritzen reingehauen."

An einer anderen St elle des Zauns

Diesmal sind es Mädchen und alte Frauen, die am Zaun stehen. Auf der anderen Seite stehen Fresco-Verkäuferinnen mit ihren weißen schmutzigen Rüschenschürzen und den Blechschüsseln, in denen die kleinen Plastikbeutelchen mit der Limonade liegen. Es stehen auch die Freunde und die Bräute da, und man küßt sich durch die Maschen im Zaun. Und wie immer, wenn an einem Platz regelmäßig ein Paar Leute verkehren, hat eine Tortillabäckerin neben ihnen ihren Stand aufgeschlagen.
Ein Mädchen erzählt uns, daß sie von ihrem Vater hierhergebracht worden ist. Nach dem Tod ihrer Fr eundin sind ihr die Nerven zusammengebrochen, sagt sie. Sie muß vielleicht zwei Monate bleiben.

Während dessen wirft einer der Männer die Trümmer eines morschen Baums über den Zaun, um die Besucher und die Fresco-Mädchen zu verjagen, vielleicht aber meint er nur uns. Wir waren schon gestern hier, und die uns gestern angebettelt hatten, sind auch heute wieder da, Fr auen in übel zugerichteten Hemden, die nackten Füße in Sandalen, mit Stricken um den Leib. Auf dem Haar der einen Fr au liegt so etwas wie Puder – es sind Läuse, das Gewimmel eines ganzen Läusevolks.

Die Frauen begrüßen uns freundlich oder traurig-dösig, verlangen Geld, Zigaretten, betasten uns, lachen, wir müssen sagen woher wir kommen, wer wir sind, was wir wollen. Ein paar Uralte stehen starr und schweigsam wie Bäume herum, aber sobald wir uns ihnen nähern, strecken auch sie die Hand aus. „Gib mir Geld", sagt eine Alte zu mir. „Nur ein bißchen", und sie sieht mit einem Blick an mir hoch, als wollte sie ein Geldstück aus einem Loch fischen, in das es hineingefallen ist.

Der Mann von der Torwache haust in einer engen Zelle neben dem Tor, mit einem schmutzigen Tisch, auf dem sein zerbeulter Wassereimer steht, in dem er sich wascht und aus dem er trinkt, und ein Eisenbett mit einer zerfetzten schmutzigen Plastikmatratze drauf. Während die Frauen und ein paar Männer sich um uns drangen, telefoniert er mit der Verwaltung. Eine Frau zeigt uns einen großen dunklen Fleck am Arm, hier ist sie geschlagen worden. Von wem, können wir nicht herausbekommen.

Auf dem Weg zur Verwaltung treffen wir auch ein Mädchen in grünen Militärhosen und mit einem Gewehr. Sie beobachtet uns, während wir mit den Frauen reden, die hinter uns hergezogen sind.

„Wen bewachst du hier?", frage ich.

„Somozisten."

„Was sind Somozisten?".

„Zwei sind hier."

„Und du paßt auf, daß sie nicht ausrücken?"

„Ja."

„Wenn sie abhauen, was machst du?"

„Schieß ich ihnen eine Kugel durch die Brust."

„Vielleicht sind sie nicht verrückt, sondern stellen sich nur so, um hier rauszukommen.
hier kann man leicht flüchten."

„Die sind schon wirklich verrückt. Sie sind im Gefängnis durchgedreht."

Sie blickt mich dabei an, als wüßte sie vieles, was ich nicht weiß.

Der Direktor mit den weißen Schuhen

Der Direktor trägt einen makellosen weißen Anzug, der nur etwas zu eng ist und die Wülste seines Bauchs abbildet. Auch seine Schuhe sind weiß und ebenso makellos sauber. Er hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Pinochet, nur seine Augen sind freundlicher. Er lächelt gerne, und man kann sich gut vorstellen, daß er einmal ein braver Junge war. Die Herrschaft der Fetten, keiner könnte sie besser darstellen als er, der Herrscher über ein Idiotenreich: rundlich, klein, geöltes schwarzes Haar, ein kleiner Pinochet-Schnurrbart, sein weißer Arzt-Anzug, den man für einen Tropenanzug halten könnte, die weißen Strümpfe und die weißen Schuhe, die besser zum Tennisspielen taugen als für dieses schmutzige Lager mit den verstaubten Hallen, in denen seine Patienten hausen. Über seinem Schreibtisch hängt ein Bild Sandinos, auf dem Tisch ein Fähnchen – die Nationalflagge; im Schrank Bücher, offenbar hauptsächlich Bände von medizinischen Zeitschriften, und dies scheint überhaupt der einzige Ort in diesem Haus zu sein, wo es ein paar Bücher gibt. Auf dem Schreibtisch sehe ich eine Akte, wie sie hier üblich sind – ein geknickter Karton mit einigen Papieren drin. Ein Papier ist herausgenommen – ein amtliches Schreiben mit einem Stempel drunter. Eine Krankenakte. Später werden wir in einem Raum tausende übereinandergeschichtete Akten sehen, die auf den Regalen zu einem staubüberzogenen weißlichgrauen Brei verschmolzen sind.

„Dies hier ist das einzige psychiatrische Krankhenhaus, das Nicaragua hat", sagt er.

„Es sieht vielleicht etwas düster aus, wenn man es mit europäischen Augen sieht. Aber wir haben nicht viel Mittel, und vor der Revolution war es noch schlechter. Die Kranken waren alle nackt und in den Häusern eingesperrt. Sie hatten weder Matratzen noch Decken und lagen auf dem Maschendraht ihrer Betten. Jetzt werden wir bald für alle Bettlaken aus Plastik haben und Betten. Das Essen ist ausreichend, wenn auch hier und da etwas fehlt. Und das ist ja die Hauptsache, daß die Leute etwas zu essen haben. Das ganze Geld fließt den normalen Krankenhäusern zu. Das ist ja auch verständlich. Wir haben mit einer neuen Krankenhalle begonnen, aber wir können sie nicht weiterbauen, weil das Geld fehlt."

„Wieviel Patienten sind in dieser Klinik? "

„Dreihundertsiebzig."

„Aus welchem Umkreis kommen sie? "

„Sie kommen von überall her, aus ganz Nicaragua."

„Werden sie zwangsweise hierher gebracht? "

„Man meldet, daß jemand krank ist, und dann bringt die Ambulanz ihn hierher, oder die Familie bringt ihn. Manchmal ist es auch die Polizei, wenn jemand auf der Straße herumfliegt."

„Gibt es Reformen auf dem Gebiet der Psychiatrie? "

„Wir wollen das Krankenhaus später nur für die schweren Fälle behalten und die leichten Fälle ambulant behandeln, in den Barrios. Aber es gibt keine offiziellen Reformen. Wir sind sechs Ärzte hier, die das alles alleine machen, zusammen mit den Sozialarbeitern und Psychologen."

Seine Auskünfte sind freundlich und gelassen, während uns seine Kinderaugen etwas belustigt betrachten. Er hat in Europa studiert, kennt Basaglia, Jones, Foucault, die Antipsychiatrie, kennt das psychiatrische Krankenhaus in Havanna, das er für das beste der Welt hält. Er sagt:

„Wir wenden hier bei der Behandlung eine Mischung von traditionellen und modernen Methoden an. Die meisten Krankheiten sind Schizophrenie und organische Nervenkrankheiten wie Epilepsie. Wir behandeln sie hauptsächlich mit Medikamenten und Elektroschock. Es gibt auch Psychotherapie, und wir haben auch Arbeitstherapie."

„Wie sieht die aus? "

„Die Leute machen kleine, einfache, nützliche Arbeiten."

„Gibt es eine Beruhigungszelle? "

„Nein, wir haben einen Wachsaal für die Unruhigen. Manchmal müssen wir sie festbinden. Sie können ihn nachher sehen."

„Werden die Patienten den Studenten gezeigt? "

„Ja. Ich weiß, darüber gibt es in Europa eine Diskussion. Aber ich glaube, es kommt darauf an, wie man das mit den Leuten macht – daß man es so macht, daß es nicht kränkend für sie ist. Schließlich können die Studenten viel dabei lernen."

Der Gang durchs Krankenhaus

Eine Pflegerin führt uns durch die Hallen, durch das ganze Areal des Krankenhauses. Was jetzt kommt, ist ein Amoklauf. Es ist, als wären wir in eine wirkliche, unwirkliche Hölle hinabgestiegen. In den leeren Hallen, die wie Hangars aussehen, steht ein Eisenbett neben dem anderen, und darauf liegen an manchen Stellen nackte, mit Stricken angebundene Menschen. Ein Innenhof öffnet sich - erstarrte Menschenleiber, die in zerlumpten Kitteln daliegen, sich aufrichten, sie umdrehen, auf uns zugehen. Die Pflegerin geht schnell hindurch, ich bin froh, daß es schnell geht, die Tür geht auf, wir sind da, und ich halte den Fotoapparat überall hin, wo ich einen sehe und drücke ab. Es ist mir lieber, daß ich mit keinem dieser Leute, die in ihren Lumpen herumhocken auf den Betten liegen, reden muß. In den Hallen kreischt es, das Geräusch eines Zoos. Eine Tür wird aufgeschlossen, dahinter Leiber mit Stricken festgebunden. Die Tür wird wieder abgeschlossen, und ich laufe hinterher, schiebe mich brutal durch die nächste Tür – da steht einer. Er starrt mich an, ich drücke ab. Ich bin fast schon stolz auf meine Beschäftigung, meine sichere Identität als Fotograf, die alles so einfach macht. Eine neute Halle, diesmal Frauen. Eine dicke Nackte steht im Weg. Ich weiß nicht, ob ich sie aufs Bild bekommen habe. Frauen liegen hier herum, einige gefesselt an die Eisengestelle ihrer Betten. Die meisten Betten überdeckt mit Plastiktüchern, die wie Tischdecken einer billigen Kneipe wirken. Darauf ein Mensch. Es gibt offenbar nicht einmal Matratzen. Bei einigen fehlt auch das Tuch. Ich stelle mir vor, geschützt durch die Linse der Kamera, daß diese Bilder einen Sinn haben, deshalb mache ich sie. Aber trotzdem ist es eine Schweinerei, was ich mache.

Agencia de Prensa LATAM
Lateinamerikanische deutschsprachige Presseagentur

DER MINISTER UND DIE ARBEITER

Über den Streik in einer Zuckerfabrik in Nicaragua haben wir von einem Juan aus Managua folgenden Bericht erhalten:

"Die Arbeiter der Zuckerfabrik 'Amalia' traten in den Streik. Sie wollten mehr Lohn. Sie waren mit ihrem Verwalter unzufrieden und mit der Bürokratie, die die Maschinen ungenutzt verrotten läßt. Sie forderten eine Kooperative, die sie selbst verwalten könnten. Der Minister kam und verhandelte mit ihnen. Er machte ihnen Vorwürfe, sie gäben mit ihrem Streik ein schlechtes Beispiel für die anderen Arbeiter, die jetzt nicht streiken sollten. Der geforderte Lohn war etwa 2 DM pro Tag (20 Cordobas). Ein kleines Sieb für den Kaffee kostet mehr als 3 Cordobas. Aber die Arbeiter brauchen es nicht, weil sie sich keinen Kaffee leisten können.

Die Regierungszeitung "Barricada" (die Zeitung der Sandinisten) berichtete merkwürdigerweise über den Streik der Zukkerarbeiter. Unter dem Titel "Die Forderungen waren gerecht, aber die Methoden waren falsch" schrieb sie, der Agrarminister Jaime Wheelock habe mit den Arbeitern diskutiert, jedoch die Arbeiter hätten wenig Lust gezeigt, zuzuhören. Unter ihnen hätte sich offenbar der Einfluß einer Gewerkschaft ausgebreitet – der CTN, Zentrale der nicaraguensischen Arbeiter – die sich gegen

die Revolution stellt. Die Arbeiter hätten Beschwerden gegen die Verwaltung vorgebracht. Wheelock, den man eigens geholt hatte, sprach zu den Arbeitern: Der Betrieb hätte durch die Somozisten große Verluste erlitten. Die Maschinen seien ruiniert, der frühere Besitzer hätte einen Schrotthaufen zurückgelassen und sei mit dem Geld abgehauen. Im ganzen Land gäbe es Nahrungsmittelknappheit. Die Grundnaherungsmittel verschwinden vom Markt. Es geht darum, die Spekulation zu bekämpfen. Preiserhöhungen müßten verhindert werden. Deshalb sei eine einheitliche Linie bei Lohnerhöhungen notwendig. Man sollte sie vermeiden, um ein weiteres Steigen der Preise zu verhindern.

Ein Arbeiter unterbrach ihn: „Wir finden, daß der Staat der neue Patron ist, für den wir jetzt schuften müssen. Warum wird nicht der alte Verwalter rausgeworfen, der uns piesackt?" Wheelock darauf: „Wir haben den Betrieb enteignet. Jetzt gehört der Betrieb dem Volk, nachdem wir El Gregor (den früheren Besitzer) verjagt haben."

Ein Arbeiter: „Wir haben aber keinen Anteil an den Gewinnen, unsere Bohnen sind nicht mehr geworden, seit El Gregor nicht mehr da ist."

Wheelock: „El Gregor hat uns seine Schulden hinterlassen, und wir müssen produzieren. Wir haben keine andere Wahl, als uns einzuschränken. Jeder muß sich einschränken, die einen mehr, die anderen weniger — die Reichen mehr, die Armen weniger. . . "

Arbeiter: „Der Lohn genügt uns nicht, wir können davon nicht leben. Wie sollen wir arbeiten, wenn wir nicht genug zu essen haben. Wie sollen wir den ganzen Staat erhalten, wenn wir nichts essen?"

Wheelock: „Euch wird der höhere Lohn durch höhere Preise wieder weggenommen, wenn alle höhere Löhne fordern. Unser Ziel muß sein, daß wir Investitionen machen zugunsten der Arbeiter. Der Gewinn von El Gregior wird sich in größeren Sozialleistungen auf euch übertragen."

Arbeiter: „Wir wollen nicht, daß der Gewinn in die Hände des Staates geht. Wir wollen eine Kooperative bilden, und zwar stellen wir uns vor, daß wir dazu eine Anleihe aus Costa Rica nehmen und unseren Betrieb selbst verwalten."

Wheelock: „Eine Kooperative kann sich nicht abspalten, nur der ganze Staat kann die Produktion lenken. Wir müssen versuchen, die Mittel zu bekommen,die wir brauchen. Das können wir nur mit einer Planung für den ganzen Staat."

Ein Arbeiter sagt:„ Wir wollen nicht, daß man uns Konterrevolutionäre nennt. Wir wollen, daß man uns eine Antwort auf unsere Lohnforderung gibt."

Wheelock: „Was passiert, wenn alle Arbeiter dasselbe wollten wir ihr? Dann würde die Produktion von Kaffee, Baumwolle und Zucker stehenbleiben — und was dann? Dann sinken wir in absolutes Elend."

Arbeiter: „Wir machen es, um mehr Reis und Bohnen zu essen. Wir sind schon im Elend."

Wheelock: „Vergeßt nicht, daß wir einen Krieg geführt haben. Die Produkte müssen wir großtenteils aus dem Ausland kaufen. Die Gesamtsumme eurer Lohnerhöhung kostet eine Ambulanz, aus der ihr auch Nutzen ziehen könntet, so aber gebt ihr der Produktion einen Schlag."

Arbeiter: „Zu essen brauchen wir nötiger als eine Ambulanz, denn wir müssen arbeiten."

Wheelock: „Ich stimme eurer Lohnerhöhung zu, aber ich sage euch, daß es überhaupt nichts nützt, die Löhne zu erhöhen."

Arbeiter: „Doch, es nützt, wir essen besser."

Wheelock: „Es ist notwendig, daß man uns im Ministerium direkt unterrichtet und daß sich nicht irgendwelche anderen Leute zwischen uns und euch stellen, so daß wir nichts rechtzeitig erfahren. Wenn ihr eure Probleme diskutiert, versucht euch auch mit dem Verwalter darüber zu verständigen — aber nicht mit Gewalt."

Zum Abschluß fragt Wheelock die Arbieter, ob sie einverstanden wären mit der Revolution. Die Arbeiter antworten, daß sie einverstanden wären.

„Patria Libre o Murir", ruft Wheelock in den Raum und die Arbeiter stehen auf und wiederholen: „Patria Libre o Murir" — „Freies Vaterland oder Tod" . . .

„Arbeiter und Bauern an die Macht", rufen einzelne aber hinterher."

Juan, Managua

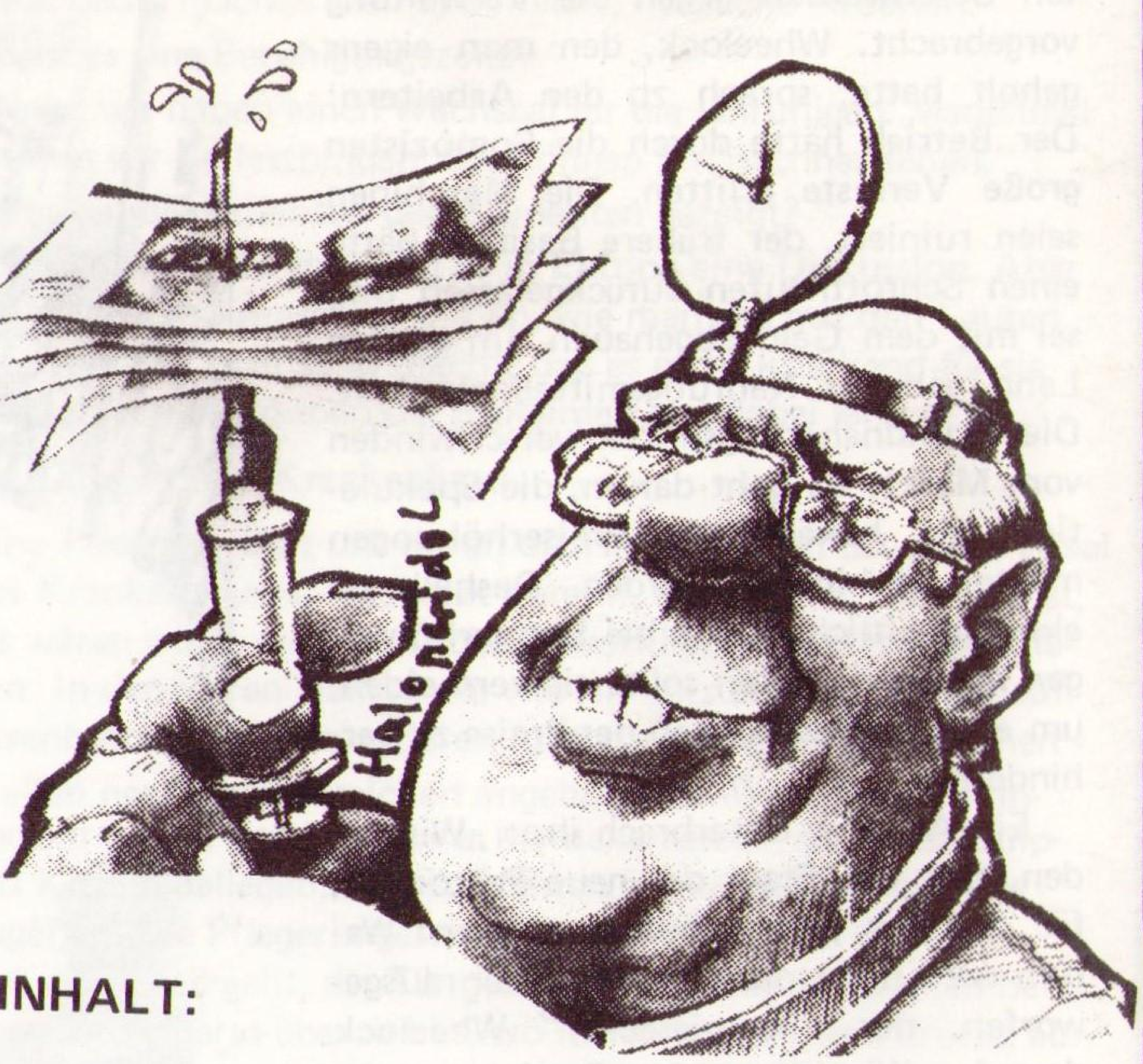
Postvertriebsstück ID Nr. 322

Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Nummer des Abos **bez. bis ID Nr.** **Exempl.**



HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704352
Verantwortlicher Redakteur: Waldemar Schindowski

Redaktionsschluß: Mittwoch, 16.00 Uhr
ID-Bilderdienst: 0611 / 70 20 96

BEIRAT DES ID:

Arnfried Astel/Schriftsteller - **Johannes Beck**/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehnke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Dr. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller -**Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

ABONNEMENTSBEDINGUNGEN:

Vierteljahr (12 Hefte):	**30.– DM**
Halbjahr (24 Heftte):	**60.– DM**
Jahresabo (48 Hefte):	**120.– DM**

Als Bestellung gilt die Überweisung auf das **Postscheckkonto 52 52 28 – 602, Postscheckamt Frankfurt/Main (Frankfurter Informationsdienst e.V.).**

Auf dem Überweisungsabschnitt bitte entsprechende Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adreßwechsel. Außerdem LESERLICH die genaue Anschrift und (falls vorhanden) die Abonummer.

Wenn auf dem Adreßaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, heißt das, daß das Abo bald ausläuft und daß schleunigst Geld auf unser Konto überwiesen werden muß.

KEIN GELD AUF'M KONTO, KEIN ID IM KASTEN!

EIGENTUMSVORBEHALT:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zurhabenahme" ist keine persönliche Aus händigung im Sinne dieses Vorbehalt. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden;

INHALT:

Kurze

Hannover: Grohnde–Prozeß 1
München: Personalausweis-Verweigerung 1
Wunsiedel: Film, Filme, gefilmt 1
Berlin: Neue Prozeß–Welle 1
Bonn: ZDL-er/Verweigerung im "Ernstfall" 1
Kelkheim: Prozeß gegen B 8–Besetzer 2
Münster: Häuser abgerissen 2

Polizei/Knast/Repression

Münster: Wie finden Sie denn das, Herr Minister 2
Lübeck: Toter Trakt 3
Wiesbaden/Siegburg: Jugendknast 7
Werl: Du bist ein großer Egoist, PPZ 10
Hamburg: Ich "Bat" um eine Woche Arrest 8
Erklärung eines Verschwundenen 18

Grüne/Bunte/KB

Berlin: PPZ an GLH 11
Hamburg: Bunte Liste und KB 12

Psychiatrie

Köln: SSK–Die Verhältnisse sind krank nicht die Menschen 14
Alzey: Gedächtnisprotokolle 15
Eichberg: "Ich bekam eine Spritze in den Muskel und....... 17

Ausland

Washington/Hamburg: Abteilung Menschenrechte 13
UdSSR: Frauen-"Samizdat" 19
Teheran: Interview mit den Bestzern der US-Botschaft (neue Folge() 23
Nicaragua–El Salvador–Guatemla
Interview mit zwei Genossen 26
Managua: Üsychiatrie in Nicaragua 27
" : Der Minster und die Arbeiter 29